

26. Jahrgang

**3/99**

Vierteljahres-  
zeitschrift für  
Stadtgeschichte  
Stadtsoziologie  
und  
Denkmalpflege



---

Helmut Böhme

---

Harald Bodenschatz

---

August Gebeßler

---

Jörg Leist

---

Eugen Schmidt

---

Rosemarie Wilcken

---

Kohlhammer

---

# Die Erfindung der »Alten Stadt«

Otto Borst  
zum  
Fünfundsiebzigsten

---

Herausgegeben von Hans Schultheiß



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift  
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie  
und Denkmalpflege

Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft  
Die alte Stadt und in Verbindung mit  
Ulrich Bauer, Helmut Böhme, Rudolf  
Hillebrecht (†), Eberhard Jäckel und  
Friedrich Mielke  
herausgegeben von Otto Borst

*Redaktionskollegium:* Prof. em. Dr. OTTO BORST, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart (Herausgeber) – Prof. Dr. AUGUST GEBESSLER, Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a. N. (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft) – HANS SCHULTHEISS, Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a. N. (Chefredakteur).

Professor Dr. HARALD BODENSCHATZ, Technische Universität Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Franklinstraße 28/29, 10587 Berlin – Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität Trier, Fachbereich III: Geschichte, Universitätsring 15, 54286 Trier – Prof. Dr. TILMAN HARLANDER, Universität Stuttgart, Fakultät für Architektur und Stadtplanung, Keplerstraße 11, 70174 Stuttgart – Dr. HELMUT HERBST, Museum und Galerie der Stadt Waiblingen, Postfach 1751, 71328 Waiblingen – Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart, Städtebauliches Institut, Keplerstraße 11, 70174 Stuttgart – Prof. Dr. RAINER JOOSS, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringer Straße 200, 73525 Schwäbisch Gmünd – Dr. URSULA VON PETZ, RWTH Aachen, Planungstheorie und Stadtplanung, Schinkelstraße 1, 52062 Aachen – VOLKER ROSCHER, Bund Deutscher Architekten der Hansestadt Hamburg, Mittelweg 89, 20149 Hamburg – Prof. Dr. JOACHIM B. SCHULTIS, Erster Bürgermeister, c/o Stadtverwaltung Heidelberg, Baudezernat, Palais Graimberg, Kornmarkt 5, 69117 Heidelberg – Dr. DIETER SCHOTT, Technische Universität Darmstadt, Institut für Geschichte, Schloss, 64283 Darmstadt – Dr. HOLGER SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches Institut, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart.

*Redaktionelle Zuschriften* und Besprechungsexemplare werden an die Adresse der Chefredaktion erbeten: 73726 Esslingen am Neckar, Postfach 10 03 55, Tel. (07 11) 35 12 - 32 42, Fax (07 11) 35 12 - 24 18.

*Die Zeitschrift* Die alte Stadt ist zugleich Mitgliederzeitschrift der ca. 160 Städte umfassenden Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. und erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 320 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 165,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 126,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 45,40 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

*Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung:* W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart, Tel. 07 11 / 7 86 30. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 80336 München, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

HANS SCHULTHEISS, Otto Borst zum Fünfundsiebzigsten ..... 165

HELMUT BÖHME, Otto Borst zum Dank ..... 168

ABHANDLUNGEN

HELMUT BÖHME, Die Erfindung der »Alten Stadt«. Begriffsbegründung und Begriffswandel im Spiegel ihrer Störungen ..... 169

AUGUST GEBESSLER, Zum Denkmalthema in der »Alten Stadt« ..... 193

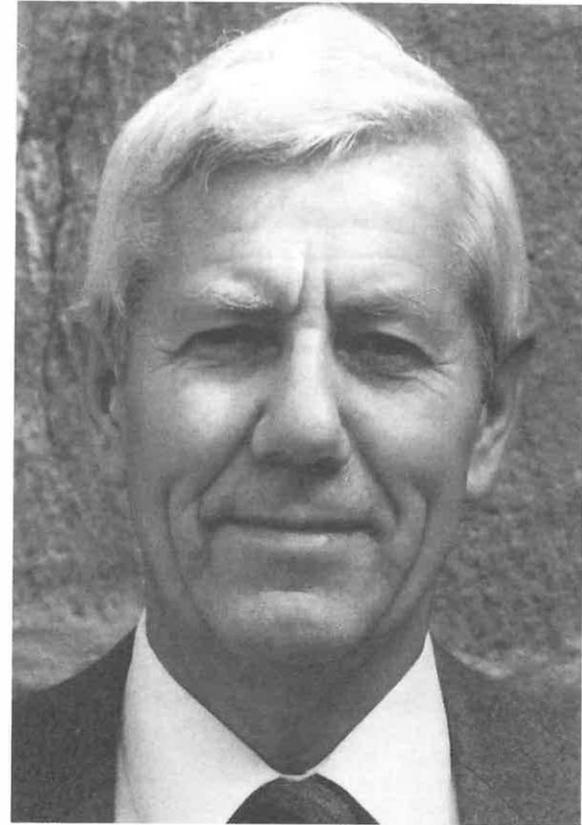
HARALD BODENSCHATZ, 30 Jahre Kampf um die »Europäische (Groß)-Stadt« ..... 205

EUGEN SCHMID, Altstädtische Urbanität heute und morgen. Erfahrungen eines Kommunalpolitikers ..... 210

JÖRG LEIST / JOACHIM SCHEIBLE, Altstadtsanierung Wangen im Allgäu. Ein vorläufiges Endergebnis ..... 219

ROSEMARIE WILCKEN, Sieben Jahre Stadterneuerung Wismar. Erfahrungen aus der Sicht eines Kommunalpolitikers ..... 226

AUTOREN ..... 234



*Otto Borst*

Die Erfindung der  
»Alten Stadt«

OTTO BORST  
zum  
Fünfundsiebzigsten

Hans Schultheiß

*Otto Borst zum Fünfundsiebzigsten*

Wenn Pioniere sich aufmachen, Ideen umzusetzen, schreibt die Presse Sätze wie diesen: »Die weitere Entwicklung der Dinge wird man aufmerksam verfolgen müssen.« So geschehen im Jahre 1960, als Otto Borst im Rathaus des badischen Gengenbach 16 ehemals Freie Reichsstädte zu einem Interessensverband zusammenführte. Im Protokoll der damals gegründeten »Arbeitsgemeinschaft für reichsstädtische Geschichtsforschung, Denkmalpflege und bürgerschaftliche Bildung« fand sich der Leitsatz, gerade Gengenbach sei »verpflichtendes Vorbild, das jeweilige Stadtbild zu erhalten«. Was heute gang und gäbe ist, dürfte damals den meisten freilich als ein antiquiertes, ja hoffnungsloses Unternehmen erschienen sein, feierte doch die »autogerechte Stadt« soeben ihre Triumphe.

Um so mehr hielt Otto Borst dagegen, und die weitere Entwicklung der Dinge ist längst aktenkundig. Otto Borst begann Stadtbaumeistertagungen zu organisieren, versammelte Stadtplaner und Architekten mit verantwortlichen Kommunalpolitikern und sensibilisierte für die historisch gewachsenen Baulichkeiten der Städte – als Historiker, der in ihnen gebaute Geschichte sah, die es nicht abzuräumen galt, sondern in ihrem baulichen Erbe zu retten und in ihrem jahrhundertelangen bürgerschaftlichen Städtegeist zu erfassen.

Was folgte, ist eine Erfolgsgeschichte der Arbeitsgemeinschaft und ihres Gründers. Sieben Jahre später wurden nach einer Tagung in Ravensburg die »Ravensburger Thesen« bekannt, Vorschläge zur Erhaltung der Innenstädte. Und noch bevor sich im Jahre 1975 der Vorhang zu einem Europäischen Denkmaljahr heben sollte, war man längst eine AG geworden, die allen Städten mit historischer Bausubstanz im deutschsprachigen Raum offenstand und deren Zeitschrift die F. A. Z. beschied: »Ein unentbehrliches Instrument zur Stadterneuerung«. In das Herausgeberkollegium berief Otto Borst so prominente Mitverfechter wie Alexander Mitscherlich und Rudolf Hilbrecht.

Der nun aber auch miteinsetzenden Folklorisierung von Denkmalpflege, Stadterneuerung und Stadtgeschichte begegnete Otto Borst mit seiner Streitschrift »Über den Nutzen und Nachteil der Denkmalpflege für das Leben«. Denn, wo etwas zum Betrieb wird, wird der Gesellschafter Otto Borst stutzig. Geister, die er einst mitgerufen hatte, begannen ihr Werk nun mechanisch zu verrichten. Sanierungen vom Band drohten die originären Stadtgesichter abermals zu verwischen. »Stadtidentität« und »Sanierung von der Stange« lauteten deshalb seine Tagungsthemen jener Zeit, kurz

vor der deutschen Wiedervereinigung, als sich der Westen nur deshalb so über die Berichte verfallener Altstädte im Osten empören konnte, weil man die eigenen inzwischen selbst als sanierte Markenartikel hochhielt. Otto Borst gab einen Solidaritätszuschlag eigener Art. Schon fast abenteuerlich unbürokratisch lud er gleich auf die erste Arbeitstagung nach der Wende Städteterpräsentanten und Referenten aus den späteren neuen Ländern nach Ravensburg ein. Nicht als Besserwessi, sondern als Städter.

Und ganz gewiß hat einer großen Anteil an dem Städter Otto Borst: Carl Jacob Burckhardt, der sich mit Stolz einen »Civis Basiliensis« nannte und in den fünfziger Jahren vom leeren Bildungsbetrieb der Städte, von ihrer städtischen Zersetzung im Humanen sprach. Betrachtungen, die den jungen Esslinger Studienrat Otto Borst, der über einer Stadtgeschichte Esslingens saß, mehr als nur nachdenklich gestimmt haben dürften. Und so wie daraus ein Esslinger Städter heranwuchs, dem eben nicht nur die Mauern seiner eigenen Stadt am Herzen lagen, so führte ihn sein bewahrendes Wirken für die deutsche Geistes- und Kulturgeschichte und die südwestdeutsche Stadtgeschichte im besonderen beruflich geradezu zwangsläufig auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für Landesgeschichte an der Universität Stuttgart. Neben vielen Ehrenämtern, verliehener Auszeichnungen, erhaltener Preise und großem publizistischem Œuvre – seine »Alltagsgeschichte des Mittelalters« etwa ist nunmehr im zweistelligen Auflagenbereich – ist und bleibt die »Alte Stadt« ein Lebenswerk pionierhafter Weit-sichtigkeit, deren Gründungsmaximen nach wie vor aktuelle Gültigkeit besitzen. Was heutzutage scheinbar en vogue mit »Netzwerken« bezeichnet wird, war für die Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt schon immer »interdisziplinärer Diskurs«, das Zusammenbringen von Wissenschaft und kommunaler Praxis für den urbanitären Lebensraum Stadt. Eine Klammer, die bis heute hält und deren Ertrag gerade in dieser besonderen Nummer der Zeitschrift »Die Erfindung der Alten Stadt – Otto Borst zum Fünfundsiebzigsten« zum Ausdruck kommen soll:

HELMUT BÖHME hat auf der diesjährigen Internationalen Städtetagung der AG sich nicht an einem heutigen Begriff von Altstadt aufgehoben, sondern aus einem historisch-phänomenologischen Betrachtungswinkel eben ihren Begriffs-Wandel erörtert. Sein abgedruckter Vortrag zeigt: Alte Stadt ist nicht nur Bild-Gestalt, Bau-Rest oder Bau-Kunst, sondern mehr. Sie ist nicht nur ein baulich-technisches Ensemble, sondern auch ein kulturell-politisches, aufgeladen mit Emotionen, mit Wertungen. – Was es davon baulich zu erhalten gilt, durch Umnutzungen mit Emotionen und Wertungen weiterzufüllen, thematisiert AUGUST GEBESSLER für die Denkmalpflege. Die Frage, was ist sinnvoll, lenkt er um in die Frage nach dem »Geschichts-Charakter« und dem »Stiften von Erinnerungsfähigkeit«. Hält uns ein Schriftsteller wie Peter Härtling dabei vor, unsere Städte wären nunmehr so schön geworden, wie sie vordem nie gewesen sind, hilft dies wenig weiter, sondern ist Nostalgie, mit der er gefangennimmt. Steht man in der Verantwortung, macht man es richtig und läßt dabei auch *neue* Ge-

schichte zu. – Dies ist bis in stadtsoziologische Hinsichten hinein das Thema von EUGEN SCHMID aus seiner 24jährigen Oberbürgermeister-Erfahrung der Universitätsstadt Tübingen heraus, der kürzlich von Focus die beste Lebensqualität in ganz Deutschland attestiert wurde, nimmt man Umwelt, Gesundheit, Sicherheit und Kultur als Maßstab. Bedenkt man dabei noch sein Resümee, daß sich bei allen Planungsanstrengungen am Ende ebenso sehr das Ungeplante durchgesetzt habe, so darf sich eine Stadt im Nachhinein glücklich schätzen, unsichtig wenigstens in die richtige Richtung geplant zu haben. – Der Beitrag von JÖRG LEIST, Oberbürgermeister seit 31 Jahren, zeigt den Gewinn daraus für eine Stadt wie Wangen, die von ihrer vor 20 Jahren eingeschlagenen Sanierungsphilosophie niemals abrücken mußte. Ein Weg, der in die Region ausstrahlte und eine »Allgäuer Altstadt-fibel« zeitigte. – Naturgemäß jünger ist die erst nach der Wende im Osten angelaufene Stadterneuerungswelle. Was es heißt, wenn die Altstädte nicht nur von der »Grünen Wiese« kalt erwischt werden, thematisiert ROSEMARIE WILCKEN, seit 1990 Bürgermeisterin der Hansestadt Wismar.

Als Zeitschrift, die sich mit dem Komplex »Stadt« beschäftigt, hatte »Die Alte Stadt« seit jeher auch die Großstadt und deren Entwicklungen mit im Blick. HARALD BODENSCHATZ resümiert in dieser Nummer somit auch den parallelen Kampf um die Erhaltung der Europäischen Großstadt in den letzten 30 Jahren. Ein Fazit auch hier: Viel Erklärungsbedarf seit dem plakativen Denkmalschutzjahr 1975. – Ein Weg, den die Arbeitsgemeinschaft mit ihrem Gründer und Herausgeber der »Alten Stadt« Otto Borst weiterhin beschreiten wird.

Esslingen, den 30. Juli 1999

Helmut Böhme

## Otto Borst zum Dank

Mit der Stadt, der »alten Stadt« ist ein Bild und die Vorstellung verbunden, die einen Geist beschwört, der Zukunft im Humanen, im Maß, im Aushandeln, Hinhören, im Genossenschaftlichen begründet. Immer ist dies auch eine Machtfrage.

Für den Umschlag städtebaulicher Leitbilddiskussion und realisierter Bautätigkeit in den 70er Jahren können viele Gründe aufgeführt und angezeigt werden. Vielleicht ist aber der Verweis auf einen nicht sehr spektakulären, aber entscheidenden Beitrag sehr wichtig, um angemessen diesen Paradigmenwechsel zu beurteilen. Seit 1956 gibt es die »Esslinger Studien«, seit 1965 das »Jahrbuch der Geschichte der oberdeutschen Reichsstädte«, seit 1974 die »Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege«, seit 1978 »Die Alte Stadt«.

Die »Erfindung der alten Stadt« hat also einen Erfinder, einen, der zäh Bewußtsein von Stadt, von alter Stadt produzierte und einübte, verschmitzt und treu als hohenloher Geist bemüht war, Esslinger Gewächse zu pflegen, Reichsstädtisches, Altstädtisches, Städtisches: Otto Borst. Wir haben ihm zu danken, daß er nie aufhörte, den Firn abzutragen und das Alte stets neu uns zu zeigen, nicht als Altstadt, sondern als junge Stadt wegen ihres Alters.

Helmut Böhme

## Die Erfindung der »Alten Stadt«

### *Begriffsbegründung und Begriffswandel im Spiegel ihrer Störungen<sup>1</sup>*

#### I.

»Wir unterscheiden«, notieren Jacob und Wilhelm Grimm in ihrem deutschen Wörterbuch, 1854, »das junge vom neuen, stellen aber beiden das alte entgegen«. Und wortgeschichtlich präzise belegen sie ihre These, sehen den Gegensatz von got. »juggs« (jung) zum got. alpeis (alt), im griech. »archaios« abgebildet, während got. »niujs«, also neu, dem got. »fairnis«, dem lange Bereiteten, dem schon lange Gemachten, dem Erfahrenen gegenübersteht, griech. »palaios«; alpi also ist das Erwachsene, es steht dann jung alt gegenüber, während das lang Gereifte, das Langgekelterte, Versiegelte »fairni«, »firni« (ahd) dem »niuwi« Gegensatz bietet.

Und heute heißt noch ein Greis alt, aber ein alter Wein hat Firn. Im Zuge der weiteren Sprachentwicklung spezialisierte sich »firn«, wird eingeeengt; »alt« dagegen wächst an Bedeutungsumfang gegen jung und neu. Was bei Notker noch als »firnen und alten« für senescere und veterascere übersetzt wird, verliert sich im Neuhochdeutschen und hat doch seine Bedeutung.

Parallel zur Auflösung der alteuropäischen politischen, sozialen, geistigen und wirtschaftlichen Ordnungen, dem Zusammenbruch des »ganzen Hauses«, als ideologischem Organisations- und Ordnungsmodell von Gesellschaft, dem Ende auch einer Stadt, eines Stadtbildes und eines Stadtbegriffes, der auf den Bürger, auf civitas gründet, auf Eigen- und Gemeinverantwortung, auf Macht – wenn auch immer abgeleitet –, auf Sicherheit, auf Schutz, auf eine räumliche und bauliche Organisation einer größeren menschlichen Ansammlung abhebt, mit meist geschlossener Bauform und Ortsbild, gekennzeichnet von höherer Menschen- und Bebauungsdichte und von einer – eben städtischen – Arbeitsteilung, parallel hierzu, erhält »alt« in seinem Bezug zu »neu« und »jung« eine neue Bedeutung und steht im Blick auf die »alte Stadt« in mehrfachen Bezügen. Auf agrarischen dominanten Grundlagen ruhend, gekennzeichnet von Handel, handwerklicher Produktion, von Verwaltung und besonderem städtischen Geist, ist diese Stadt letztlich bestimmt von einem zäh verteidigten, ursprünglich angemaßten Zustand, von einem Gegen- und Miteinander von Menschen in Ständen, Gruppen und Schichten, formiert als »Adel«, »Kirche« und »Bürger«. Und sie ist von Interessen be-

<sup>1</sup> Vortrag bei der Internationalen Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt vom 6.–9. Mai 1999 zum Thema: »Vom Umgang mit Störungen«.

stimmt, die wirksam Jahr um Jahr eingeschworen, immer Interessenausgleich und Bändigug bedeuteten. Keinen »reizenden« Anblick bot diese Stadt – schon gar nicht »grün bepflanzte Plätze«, keine »zutraulichen Wohnungen« nur »schön gekleideter Bürger«.

Die Brüder Grimm sehen »alt« mit Distanz. Sie wissen vom Bild und der Überlieferung erkämpfter Rechte, von vielfältigen Grundstrukturen, von Stadtgestaltungen und dem ideologischen Siegel der hochgebauten Stadt, von penibel überwachten und stets erkämpften Baufreiheiten und Bürgerorganisation. Sie heben ab auf ein Bewußtsein, das sich stets anzupassen hatte, flexibel sein mußte bis hin zur Labilität, – »wazzer gît für wîn« –, wo jedes Stadtreiment wußte, daß seine Selbständigkeit letztlich »delegierte Verwaltung« war, wie Otto Borst es nannte. Stadt also kein organisches Produkt zufälligen, gar noch natürlichen Wachstums, sondern gemeinschaftliche Leistung durch die Zeit, beharrend und sich wandelnd, Prozeß und Produkt von fürstlichen, geistlichen und bürgerlichen Kräften, die sich »in der Idee der Genossenschaft, in immer neuen Gewandungen« (O. Borst) fand und begriff.

Stadt, die dauernde Herausforderung, wurde »Altstadt«, als man ihr städtisches Erbe zur politischen Reformstabilität einsetzte. Vom Stein setzte am Ende der alten Reichs- und Stadtzeit auf sie, weil, wie er schrieb, man hier »in seinen Kleinen und Kleinsten Staaten und Städten ... Sittlichkeit und das Gefühl der persönlichen Würde zu wahren gewußt« habe. Im großen Umbruch, der Vorstellung neuer politischer, ökonomischer und sozialer Rahmenordnungen wurden die Städte in revolutionärer Herausforderung und als Idealstadtentwurf »alt« und damit »neu« definiert. Ambivalent geschah dies, entsprechend der Doppelherkunft von alt aus der Wurzel »alpis« und »fairnis«.

Blickt man in die Texte zu dieser Jahrhundertwende, klassische zumal, dann stellt man fest, daß die Gegensetzungen von »alt« zu »jung« und von »alt« zu »neu« der Bedeutung nach noch erkennbar sind und einen entscheidenden Zutritt zu unserem Thema markieren: erstens, alt im Gegensatz zu jung, also »alpeis«; alt zu frisch, zu lebendig. Im »altgewordenen«, »steinuralten«, im Verrotteten zeigt dieses »alt« auf Kraftloses, Müdes, wohl zäh im Beharrenden, jedoch Absterbenden. Dieses »alt« bezeichnet Widerständliches, Überständiges, erfaßt das Historische als Last und gibt ihm den Wert des Vergeblichen: »Alte Leute schwatzen«. Dieses »alt« verbindet sich mit arm und krank und geht auf den Tod, das Ende zu, stirbt ab und hat dem Jungen zu weichen. Ein Lebensgesetz!

Andererseits nun der zweite Gegensatz von »alt« zu »neu«. Es ist nicht die natürliche, die junge, die unbewußte Kraft, sondern das Neue, das Unbekannte, es ist das Herausfordernde, das, was den Umbruch trägt. Das Neue also, die Revolution, der neue Bau der Staaten, die neue Industrie und neue Gesellschaft, steht gegen das Alte. In diesem Kontext lebt der »alte Gott« noch, das »alte Wissen«. Es steht die »alte Ehe« der »neuen Kreatur« gegenüber, es kennt den »alten Wein«, die »alte Münze«, die »alte Stadt«, das »verfallene alte Haus«. Die »alte aber ehrliche Haut« zwingt zu

Auseinandersetzung. Dieses »alt« leitet sich von »fairnis«, von »firni« ab: dem Gemachten, dem Standhaften. Alt in diesem Sinne stirbt nicht ab, erneuert sich, ist Anhalt, ist Vorbild und Unruhe. Es gilt den Firn abzuheben, die »alten Fürsten gegen die Neugebackenen« zu wägen, das »alte Geschlecht gegen die Neuen«. Gegen und mit dem Neuen zeigt Firn, zeigt »alt« sein zähes Gesicht, ist Widerstand, Erfahrung, Erinnerung, Revolution, Jakobiner, Industrie, Reform, Profiteur, Massenbewegung in Heer, Krieg, Peuplierung und Armut.

»Neu«, das war keine Sicherheit, aber Chance, kein Schutz, aber Forderung. Freigesetzt zu sein wurde das Schicksal – entlassen; »befreit« hieß es später, gar Freiheit. Man wurde mobil gemacht und pauper. Der Städter wird zur Hoffnung; nicht mehr Nahrungssicherheit, sondern Gewinn zuerst, Auflösung also, Individualität, Bildung, Fortschritt, Industrie – und wie die Schlagworte alle heißen – gleichzeitig aber Hunger, Übermaß und Schwindsucht. Der Umbau von Stadt und Leben unter dem neuen Axiom von Eigentumsrechten, Industrialisierung und Beschleunigung aller politischen und sozialen Prozesse erfaßt alle Ordnungen. Das Neue war vielgestaltig. Aber das Neue ruhte eben auch im Alten, war vom »Gemachten« bestimmt, von alter Politik und Überkommenen, es war gleichsam »Firn«, der abgehoben werden mußte, um sich dem Neuen zu »enthüllen«. Das Erbe wurde nicht zum Denkmal, sondern die vorindustrielle Substanz »bereitwillig« umgegossen, überführt, aufgegeben. »Alt« und »alt« sind eben verschieden zu deuten. Unterschiedlich sah zudem »das Erbe« von Stadt im Kontext von Umbau aus. In England war dies anders gelagert als auf dem Kontinent, in Frankreich anders als in Preußen oder Württemberg, auf dem Land, in Ost und West anders als in der Stadt, in London anders als in Paris, Glasgow, Lille, Minden, Esslingen oder Ladenburg. »Mag alles durcheinandergehen / doch nur zu Hause bleibs beim Alten«. Soweit Goethe im Goethejahr. Und gleichzeitig derselbe: »Ruhig war er nicht dabei / liesz es nicht beim Alten«.

Aus dieser Spannung, aus und mit und im Alten als einem hergestellten Erbe, konfrontiert mit dem Neuen, mit der »neuen Stadt« um 1800, entstand »die Altstadt« – abgesetzt, aber nicht abgestorben, Last und Chance zugleich. Zum ersten Mal wurden begrifflich Stadt und ihre Ensembles, ihre Gestalt und ihre Geschichte neu als »alt« begriffen, und zwar als »alt« im doppelten Sinne des Alten, als »alpis« und im Sinne von »fairnis«, also dem neubegriffenen historischen Zusammenhang von Staat, Volk, Individuum, Industrie und Kapital auf der Suche nach Leitbildern und »intersubjektivem Konsens« (G. Albers).

Dabei zeigte sich nun etwas Entscheidendes: Während das Denkmal, die baulichen Einzelwerke, vom Firnis entblättert, alt im Sinne der Herausforderung des Alten wie des Altertums bewertet wurden, der Klassik zumal, und die Architekten Schinkel oder Moller ein »ausgeprägtes Verhältnis« zum »Denkmal«, zu dessen Pflege unterhielten, diese Zeugnisse gleichsam Bestand wurden, um historischen Rückgriff als vorweisende Utopie zu interpretieren, wurde die Stadt: Altstadt. Während also das Denkmal

Hoffnung, Stolz und Chance trug und die Disziplin Denkmalpflege bereits 1843 ihren Konservator erhielt, 1877 ihr erstes Inventar und 1902 in Hessen nach dem ersten »Tag für Denkmalpflege« ein Gesetz zum Schutz »der Überreste alter Baukunst« (1907 folgte Preußen, nachdem schon 1903/4 das Fach als Hochschuldisziplin eingerichtet worden war), wurde »die Stadt« als Gesamtlage dem Zeitgeist von Industrie, neuer Bürger-, Verwaltungs-, Handels und Repräsentationsstadt hingegeben, wurde »alt« zum Gefäß, ja zum Alibi historisierender ausgewählter Illusionen. Die Beseitigung der echten historischen Substanz wurde – so schien es – mehr als aufgewogen in den neuen Stilen, ja besser, perfekter, stilreiner in der aktuellen Ausführung ersetzt. Die neue »Stadt«, die sich über die »Altstadt« legte oder sie links liegen ließ, gehörte nicht in dieses Interessenspektrum von Denkmaligem. Und das zeigte sich auch im ganz Allgemeinen. Bis heute hat »Stadt« keinen historischen Begriff im historischen Lexikon unserer historischen, politischen, sozialen Sprache gefunden. Dort finden wir Artikel zu »Arbeiter« und »Autorität«, zu »Staat«, »Nation« und »Monarchie« – aber nichts zu »Stadt«, noch gar zur »alten Stadt«; ein Faktum, was gut zu dem im juristischen Sinne seit 1935 nicht mehr existierenden Begriff »Stadt« paßt.

Im Umbruch der Zeit, dem Ende Alteuropas, entstand also die alte Stadt als »Altstadt« abgehoben von der »neuen« Stadt, allerdings nicht als Begriff, sondern als »Fakt«. Gleichzeitig verschwand »Stadt« als politisches Grundelement europäischer, nicht nur Bau-, sondern allgemeiner Geschichte. Stadt wurde »umgepolt«, »überholt« von den neuen Prinzipien und Leitbegriffen, von »Staat«, von »Nation«, von »Ökonomie« und dem »Wachsen müssen«, dem metropolischen und heute megalopolischen Prinzip der radikalen Aufhebung jener Maxime, die, um nochmals Goethe zu zitieren, der aus der Schweiz kommend aufschrieb, am: »Überkommenen« festhalten, »wo alles sich zum Verändern drängt«. Oder um es mit Karl Gruber, dem Darmstädter Städtebauer zu formulieren: Die Stadt des XIX. Jahrhunderts ist nur »Zerstörung«, weil »der modernen Stadt des 19. Jahrhunderts ... jene geistige Ordnung der Gesellschaft« fehlte, die die Stadt getragen hätte. War »Stadt« im Mittelalter für Gruber noch Gottesdienst gewesen, im Absolutismus Fürstendienst, so nun bloßer Kapitaldienst: »Irgend etwas Geistiges«, so sein vernichtendes Urteil, das Generationen von Architekten und Städtebauern in Form seiner »Gestalt der deutschen Stadt« eingezeichnet wurde, »vermag deshalb das Stadtbild der modernen Stadt nicht mehr auszudrücken«. Alles ist ihm, und er steht hier in einer reformästhetischen deutschen Architekten- und Städtebautradition, die auf »Unverwechselbarkeit« setzten, also die Camillo Sitte, Theodor Fischer, Schultze-Naumburg, Muthesius u. a., »maßstabslos« geworden, »unsinnig«, »groß«, »vielstöckig«, »schamlos«, »widerwärtig«, »ohne Wohnkultur«, »ohne Macht und Würde«, ausgeliefert dem »würdelosen Radau des großstädtischen Verkehrs«. »Aus der ungebundenen Freiheit des neuzeitlichen Liberalismus entstand«, so Grubers Worte, »die Unordnung der modernen Stadt«, einer Stadt »ohne religio«, »ohne Ordnung aus der Macht«: ein nicht lebens-

werner Haufen, deswegen »zum Abriß«, zum »Abschuß freigegeben«, unlebenswert. Da an die Stelle »des Ritters« »der Manager« getreten sei, sei keine Hoffnung: »Wir leben wirklich am »Ende der Neuzeit«, zitiert Guber Guardini, oder »wir ahnen ein »Neues Mittelalter«, so Berdjadew, oder wir wissen, so Sedlmaier, von dem »Verlust der Mitte«.

1952 geschrieben, resümiert Karl Gruber, unter den Nationalsozialisten kaltgestellt, und nun nach 1945 erneut erfolglos in seinem Bemühen, Kleinteiligkeit als Prinzip und Lebenssinn in das Zentrum der Stadterneuerungsdebatte zu stellen, mit den großen Leitfiguren damaliger Philosophie, Geschichts- und Kunstgeschichtsdiskussion, die auf erneuerte Sinnstiftung setzende Zeitgeistsituation von 1945, die mit »Altstadt« erneut Kontinuität, Aufbruch und Vergessen diskutieren wollten und an ihr die unmittelbaren Nachkriegsjahre reflektierten.

Diese Debatte stand nun bereits in großer, ja radikaler Opposition zu den Bauvorstellungen einer Moderne, die endlich die autogerechte Stadt nicht nur planen, sondern realisieren wollte, die lichtluftige Stadt, wo Wohnen, Arbeit, Freizeit und Verkehr getrennt sein sollten und die eine preis- und bauorganisatorisch optimierte Wiederaufbau- und Sanierungsmentalität favorisierte, die gründlicher hoffte als je aufzuräumen mit den Produkten und Resten einer feudal-aristokratischen Erziehungswelt. Da war wenig mehr von einer ersten »Stadtidee« vorhanden, die sich auf Persönlichkeiten bezog, die an die alte »Stadt« »angeschlossen, gesättigt« waren – wie es C. J. Burckhardt, Bürger Basels, sagte – »vom ausgeprägten Gebilde, das man mit Recht eine Stadt nennt und die einen mit einer ganz bestimmten Anima begaben«.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verblaßten diese Ahnungen sehr rasch. Die Deutschen, deren Architekten einer zur Herrschaft gekommenen Moderne bei dem »Abreißen von Traditionen« Schule bildend seien, sahen im Technisch-effizienten ihre Planungsaufgabe; im Zeichen von Erkennen, Wissen und Machen. Sie hingen sich an das Gesetz von Schnelligkeit und Machbarkeit: »Der Verkehr war das Thema dieser Jahre«, schlicht das Moderne, Neue, Internationale, nicht das »Humane«.

Unterschiedlich verstand man nach dem Zweiten Weltkrieg die Zeichen des Bombenkrieges: Die einen hofften angemessenen zu bewahren, wiederaufzubauen, die anderen neu zu bauen, endlich aufzuräumen, endlich Zukunft zu planen, endlich Stadtentwicklung nicht mehr nach dem Modell »Himmlisches Jerusalem« voranzutreiben, sondern Reihenhauser, Wohlstand und Aufbau zu garantieren. Die Altstadt, meist zerbombt, wurde nun auf alle Fälle zum Problemfall, Sanierungsfall mit Einzelobjektschutz oder Neubau auf erbombter oder hergestellter tabula rasa. Doch davon später.

## II.

Warum diese lange, wortgeschichtliche, den Begriff »alt« umkreisende Einleitung bei einem Thema und einer Tagung, die sich mit aktuellen Problemen beschäftigen will,

wissen will, was alles zur »Altstadt« zählt und wie mit »Störungen« umzugehen sei? Die Antwort: Ich wollte darauf hinweisen, daß »alt« eben mehrere Bedeutungen und Herkünfte zeigt, was sich im Verständnis von »alter Stadt« belegen läßt. Ich wage also, am Altstadtbegriff zu »pröbeln«. Dabei waren und sind mir die Vorbemerkungen des Geschäftsführers und Tagungsmentors August Gebeßler wichtig, der vorab schon schrieb: »Die Tagung in Minden wird natürlich am Altstadtbegriff nichts ändern oder neu interpretieren«. Soweit so gut. Mir fiel nur auf, daß die Tagung von »Altstadt« redet, von Umgang mit »Störungen«. Ich aber rede über die »alte Stadt« und ihre Erfindung, also nicht über die »Altstadt«. Wohl ist mein Blick auf die Altstadt gerichtet, also jenes Gebilde, das »aus historischer Gründung entstanden« ist und das im Grundrißgefüge mit geschichtlich gewachsenem Baubestand abhängig von Stadtgröße und ökonomischer Entwicklungsfunktion als »Kernstadt«, als »Ensemble« oder »Gesamtanlage« erkennbar ist. Aber für mich ist, im Blick auf das 19. und 20. Jahrhundert, »alte Stadt« mehr. Sie ist differenzierter zu sehen, umfassender. Sie ist nicht nur ein bauliches, ein technisches Ensemble, sondern auch kulturelles und politisches Phänomen, aufgeladen mit Emotionen, mit Wertungen. »Alte Stadt« ist nicht nur »Bild-Gestalt«, nicht nur Bau»rest«, »Baukunst«, sondern mehr.

Erhaltung oder Abriß, Umbau oder Inszenierung, so wichtig diese Fragen sind, mein Kontext, in den ich die »alte Stadt« stelle, überschreitet und weitet den Begriff »Altstadt«. »Störungen« sind für mich nicht nur Aufbrüche, Durchbrüche, nicht nur Niederlegungen, Umbau oder Umwidmungen, Neuerschließungen, Ausweitungen im Zeichen von Verkehrs-, Industrie- und Verwaltungsbauten, nicht nur Ringstraßen, Versorgungszentren, Kasernen, Bahnhöfe, Parks, Entsorgungs- und Versorgungseinrichtungen, nicht nur Bildungseinrichtungen oder in den Metropolen durchweg »Störungen« um der Machtdemonstration, der Repräsentation willen wie Parlamente, Regierungsviertel, Justizgebäude, oder Ausdruck bourgeoiser Kultureifrigkeit in Theatern, Opernhäusern, Museen, nicht nur »Störungen« der ökonomischen Fortschrittlichkeit wegen durch Weltausstellungen, Wettbewerbe, Produktionsstätten immer voluminöserer Fabrikhallen und Maschinen von stadtlandverbrauchender Industrie, von Wohnmaschinerien. Für mich ist Stadt auch nicht nur im »Sonntagskleid« wichtig. Ihr städtebaulicher Raum ist sicher nicht nur in ästhetischer Genußoptimierung zu erfassen, sondern sie ist auch und ganz entscheidend Teil von Profitstreben und Profitsteigerung, neuer aber notwendiger und ständiger und stets beschleunigter Kapitalsammlung, Disposition und Kapitalverwertung, und dies nicht nur lokal, regional oder national.

Nein, Stadt ist im Blick auf »alte Stadt« entscheidend Kulturarbeit der Moderne und dies im umfassenden Sinne. Die »neue Stadt« des 19. und 20. Jahrhundert, sei es Industriestadt oder Handels-, Banken-, Residenz- oder Militärstadt, sei es Verkehrs-, Militär-, Eisenbahn- oder Produktionsknoten, war als profitierende Stadt auf explosives Wachstum angelegt, gekennzeichnet durch hohen Bodenverbrauch, durch inten-

siven Menschenverbrauch, durch profitablen Kapitaleinsatz. Und diese »neue Stadt« war von ständigem Legitimationsverlust bedroht, vom Verlust ihrer politischen Bedeutung. Denn im Unterschied zu früheren Zeiten stand sie in ständiger Konfrontation mit einem auf Wachstum getrimmten, neuen nationalen Staat. Nur so konnte dieser Staat seiner zunehmenden Interventionsfunktion nachkommen, nur so seine nationalen, schließlich imperialen, auf jeweilige Hegemonien gerichteten politischen Ziele notwendig auch gegen die Städte durchsetzen, da er nur so seine mobile Gesellschaft, seine auf Partizipation drängende Bevölkerung einzubinden in der Lage war, um soziale Disziplinierung, wirtschaftliche Massenproduktion und -nachfrage zu organisieren, zu koordinieren. Die Herstellung von Wohlstand durch Kommunikation und Produktion war nicht mehr vor allem Stadt-, sondern Staatssache geworden. »Störungen« der Altstadt und der Umgang mit ihnen zwangen, die »alte Stadt« zu erfinden. Denn die Störungen zeigen auf politische Grundverwerfungen, sie verweisen und enthüllen im Umgang mit der Altstadt die grundsätzliche Orientierung einer Gesellschaft zu einem politisch-historischen Zeitpunkt. Die Erfindung und der Umgang mit der »alten Stadt« setzt auf den Dialog zwischen Gestaltern und Gestaltetem, zwischen Politik, Interesse und Betroffenen, will Bewußtseinswandel im Bauen und Planen motivieren, will umlenken. So ist z. B. die Absage an die Originalsubstanz mehr als nur ein Planungsproblem. Dabei sind nicht nur Architekten oder Bauingenieure gefragt, Städtebauer, Historiker, Geographen, Denkmalpfleger, Bauorganisatoren, Investoren, Kommunalpolitiker, oder wer auch immer an diesem Geschäft der Herstellung, der Verteilung von Lebensgrundbedingungen beteiligt ist, sondern auch der Stadtverbraucher. Die Herstellung von Öffentlichkeit als Störung zu begreifen, fordert »die Erfindung der alten Stadt«.

Die »Erfindung der Alten Stadt« ist also nicht nur die Summe, wenn auch eine wichtige, von Erforschung, Erfassung und Vermittlung, von Nutzung, Restauration und Funktionalisierung von Altstadt. Sie zielt nicht nur auf die Erhaltung von Substanz, sondern vor allem auf die Herstellung von Verständnis, Betroffenheit und Bewußtsein. Sie setzt auf Begeisterung, auf das Engagement vor Ort. Die Erfindung war und ist nicht nur notwendiges Mittel, sondern auch Katalysator, »Altstadt« als Kernwert bewußt zu halten. »Störungen« sind deswegen nicht als Zumutung zu begreifen, sondern als Chance. »Die Erfindung der Alten Stadt« ist ein – oder hat ein entschiedenes Politikum zu sein. Mit dieser Erfindung ist nicht nur gegen Traditionslosigkeit vorzugehen, sondern mehr, sie hat in der Diskussion um die Maximen des Städtebaues mitzubestimmen, und sie hat politisch in der Diskussion um Prioritäten in der allgemeinen Planungs-, Haushalts-, Werte-, Leitbild-, Leitprojekt- oder Stadtentwicklungsdebatte mitzuwirken. Mit dem Begriff der »alten Stadt« werden zugleich Rahmenbedingungen für grundsätzliche Veränderungen von Raumbedeutungsveränderungen im politisch-sozialen Kontext reflektiert und politisch aufgeladen. Auf die »geprägte Form, die lebend sich entwickelt«, ist allein und schon gar

nicht elitär zu setzen; auch nicht auf die Entfaltung des *genius loci* ist zu hoffen. Im Gegenteil.

Im Zuge der immer neuen Interpretationen von Stadt seit der Entdeckung des unterschiedlich Alten wurde am Komplex »Altstadt« nicht nur »Modernität« oder »Tradition« definiert, sondern auch grundsätzlich die kollektiven, »stadtbildenden Kräfte«, eine Diskussion, die momentan wieder einmal aktuell ist, weil derzeit einerseits angenommen wird, daß die sozio-kulturellen, partikularen Kräfte von sich aus kein »kollektiv verbindliches Stadtganzen mehr erzeugen, sondern eher zu einer Auflösung der Stadt führen« – so Th. Sieverts, und andererseits die Vertreter des »New Urbanism« wahllos auf die Wiederentdeckung der »Qualitäten der historischen Stadt« als »der besseren Stadt« im Mix setzen: »Geltung der europäischen Stadt« heißen die Schlagworte, »Neuer Klassizismus«, »Regionalismus«, »Heimatschutz« und schließlich »Kritische Rekonstruktion der Stadt«. Die Antagonien sind deutlich: Zielen die einen auf Idyllen, zögern die anderen überhaupt, noch Rat und Planung zu geben.

Eines scheint deutlich: Momentan ist die Stadt der Moderne out, sie hat offenbar »ihre Faszination« verloren. Die Absicht, Stadt nicht zu heilen, sondern abzuschaffen, ihre alten Grundrisse aufzulösen, ist zumindest umstritten. Sie steht mit ihren Unfähigkeiten, City-Funktion zu schaffen als »Sinnbild von Zerstörung« und Kälte da. Bewußt geworden war dieser Wandel und zur politischen Aktion gekommen spätestens in den Kämpfen gegen die Kahlschlagsanierungen. Andererseits wird aber in den »ungestalteten Peripherien« gerade die neue Hauptaufgabe von Stadtbau gesehen, und dies mit wissenschaftlichen Methoden der vielkritisierten Moderne. In diesem Zusammenhang sehe ich die »Erfindung der alten Stadt«. Sie ist ein junges Produkt. Sie entstand im Umgang mit »Störungen« im allgemeinen Sinne und nicht nur im baulich planerischen der diversen Schulen; sie ist begründet und aktuell auch als Frage politischer Zielsetzung eines Städtebaues, der nicht nur Nachhaltigkeit als agenda promoviert, sondern städtebauliche Probleme als politische und historische erfaßt, um entsprechend handeln zu können.

In den Strategien zur Bewältigung von »Störungen« in der Stadt (also nicht nur der Altstadtprobleme) auf veränderte, zeitgeistige Rahmenbedingungen von Stadt, leistet dieser Begriff eine kritische Argumentation, gegen die Auffassung zu opponieren und zu operieren, Städtebau sei nur rationale Organisation der Funktionen des kollektiven Lebens. Mit der »alten Stadt« wurde und konnte reagiert werden auf jene monotonen Funktionalisten, die von der »Entkopplung der Raumnutzung und Zeitwängen« lebten, indem dieser Stadtbegriff die Vielfalt und »tendenzielle Auflösung von Stadt« (Bandstadt, Regionalstadt, Randstadt, Stadtrandstadt) die Störungen immer auch als Chance künftiger Stadtentwicklung begriff. Indem Kerne, die historische Substanz, bewußt als entscheidende Stadtsubstanz angesehen wurden, mit denen die europäischen Städte lebten: – Rettet die Stadt jetzt! – konnte Stadt als »alte Stadt«

Vorbild werden und Haltung, Erbe und Zukunft, Kulturprodukt in Anschauung und Erfahrung. Auf dem Weg zur ständig neuen Stadt ist das Prinzip Baudelaires »au fond de l'inconnue pour trouver du nouveau« eben nur eines, wenn auch ein wichtiges und immer und bis heute Mode und Stimulans. In radikaler Erneuerung urbaner Szenarien für wohldefinierte Menschenbedürfnisse zu schaffen, korreliert diese Auffassung meist mit neuem Bauen nach Kriegen, nach Krisen und immer erneuten »Wendezeiten«. So war es nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Bauhaus eines Gropius, eines Mies. Vor allem eines Corbusier. Sie nutzten die Zeit der enthistorisierten Bauidee schlagkräftig. Nach dem Zweiten Weltkrieg, seiner Bombenchance, erlaubte ein radikaler Neuanfang der Stadtmoderne Bau- und Planungsaufgaben bis hin zur lodernden Erschöpfung und Mißvergnügen am kubischen Grün, das nun heute virtuell vernetzt als erneuerte »Neustadt« erscheint. Aber diese Bauidee der funktionalen Stadt ist eben nun ein Prinzip. Ihm steht entgegen die immer vorhandene, unterschiedlich akzentuierte Sichtweise des evolutionären, des ständigen Erneuerns und Überlagerns, aus dem Prinzip des Vielfältigen, Geschichteten, Zeitgefilterten und Skeptischen, nicht Reaktionären: Die historische Dimension also, die mit der »Erfindung der alten Stadt« äußerlich aber entscheidend im europäischen Denkmaljahr 1975 in mehrfacher Weise die Pendelbewegung angab, wieder deutlicher die Maßstäbe auch unter der Erfahrung von Geschichte zu sehen, nicht unter Nostalgie und Talmilookhistorie, sondern des historisch geprägten Raumes, der Fülle an Austausch und Erlebnis, dem Schatz an räumlicher Konfiguration.

Die Zukunft »der alten Stadt«, die mehr ist als Altstadt, kein bloßer Bau und Gefüge, kein Sanierungsfall, sondern Leben, kein Museum, keine Sterilität am Tropf und draußen die mall auf der Wiese, die Center, und drinnen der tote Kern, wird entschieden werden, sofern sie ein überzeugendes Dokument von vielfachen Lösungen darstellt im Blick auf »Störungen«. Ich gehe soweit zu sagen und als These zu formulieren: Die »Störungen«, die die Altstadt fordern und forderten, sind notwendig, um die Potenzen der alten Stadt in die Methoden und Maximen des Städtebaues von heute einzubringen und dies weder in neotraditionalistischer Weise noch bloß inszenatorisch als Effekt, Mac Disney oder Don Altland. Es ist dies eine Grundsatzfrage. Wohin es gehen kann und wird mit der Altstadt, ist demnach zugleich eine Antwort auf die allgemeine Frage, wohin es gehen wird mit dieser Republik und ihrer Ordnung. Der Staat als Rahmengerber steht erneut in der Herausforderung der »Alten Stadt«, der europäischen alten Stadt, deren Pendelschlag allerdings nicht überzogen werden darf. Und dies bedeutet nichts weiter als: die »historische Dimension der Stadt wieder in den Mittelpunkt der Betrachtung zu rücken« (Benevolo), wobei dies die Stadt in ihrer ganzen Geschichte, also nicht nur ihrer vorindustriellen Phase, betrifft, und auch nicht mit der Perspektive, Gegenwärtiges festzuschreiben. Das Alte im Sinne von »fairnis« gilt es, als »tragende Stütze«, als hohen, höheren Stellenwert zu erkennen und ständig zu aktivieren. Nicht die Altstädte müssen dem Bankenlook von

Ungastlichkeit, den Bildungsbetonwüsten von Bedrückung angepaßt werden, sondern umgekehrt. Der Geist der alten Stadt hat den Rand zu beflügeln, die Brachen, die Wüsteneien. Der Geist der Vorsicht, der Vielfalt, des zeitlich Geschichteten, der in ständigem Wechsel von Kompromiß und Entscheidung entstandenen Stadt. Deswegen kann Konservierung oder Idyllisierung weder Schutz noch Ziel in einer Welt sein, wo es keinen Teil gibt, der unabhängig vom Ganzen wäre. Das Netz ist in der Stadt erfunden. Städtenetze bildeten Regionen lange vor unserer Zeit. Städte haben eine längere Geschichte als die Staaten und ihre Grenzen. Städte füllten die Erde, Städte vermischten, zogen an, saugten auf. Städte bildeten Einheiten. Ihre Qualität war immer der Wechsel von Ordnung und Spontaneität, der Bedrohung und der Verquickung von Öffentlichkeit und privatem Interesse.

Es nützt relativ wenig, auf Karl Grubers »Ritter« zu hoffen. Auch ist es müßig, den »Verlust der Mitte« zu beklagen oder die Traditionslosigkeit. Das Historische im Städtebau ist eben auch immer eine Frage des Bewußtseins, der erfundenen Vorstellung von Zukunft, die begeistert. Auch der Geist der Zeit ist letztlich immer eine Frage »der Truppen, die jemand aufbieten kann, um Legitimation und Leitbild zu stützen – im Vergleich zu den Truppen derjenigen, die dies in Zweifel ziehen.«<sup>2</sup> Es geht also, im Blick auf die »alte Stadt«, nicht nur um Philosophie. Es geht um Interessen, um »Kultur und Mammon« oder seit Beginn der »Altstadt« erkennbar um den Zusammenhang von Ökonomie, Politik und »der Fundierung von Kulturschutz«, von alter Stadt als das Eigene und Andere. Seitdem Stadt in das Spannungsfeld von privatem und öffentlichem Interesse gestellt ist, geht es um die Frage der Verarbeitung von »Störungen«, die mehr und drängender aus kapitalistischen, industrieunternehmenden Interessen, oder aus schlichter Armut, Wohnungsnot und Überleben herühren.

Die neue Bewertung von »Alt-Stadt« als Stadt wird Ende des 19. Jahrhunderts unter dem Aspekt von Kosten, Nutzen, Aufwendung und Ertrag zum politischen Thema. Die Frage, wieviel Wert »alte Stadt« für wen sein konnte, definierten die unterschiedlichen Expertenlager. Und sie war Anlaß verbissener kontroverser Lagerbildung voll ideologischem Feuer. Die Frage nach Nutzen und Nachteil für die »alte Stadt« schied die Truppen von augensinnlichen Bewahrern, ökonomischen Bewertern und radikalem Neuanfang im Zug neuer Wirtschaftsorganisationen und Interessenbildung, aber auch neuer Bewegungen wie »Jugendstil«, »Gartenstadt«, »Wandervogel«, »Lebensreform«. Aus dem illusionären, eigentümlich gebrochenen Unverhältnis von »neuer« Stadt und »alter« Stadt im 19. Jahrhundert, wo wie selbstverständlich Altstadt umgebaut, umgeformt, überlagert wurde, wurde um die Jahrhundertwende ein spannungsgeladenes Verhältnis von sehr heftiger Auseinandersetzung. Dabei wur-

<sup>2</sup> Vgl. E. Mohr / J. Schmidt, Die Bataillone des Kulturschutzes in der Ära des New Public Management, in: Die alte Stadt (25), 3/98, S. 229.

den nun konkurrierende Prioritäten auch zwischen »Architekten« und »Ingenieuren« immer deutlicher. Das »Altstadtverständnis« wurde erstmals zum kontroversen Thema von Stadtbaukunst, Kulturarbeit und moderner Entwurfs- und Ingenieurleistung. Es beflügelte die Debatte, die unter unterschiedlicher Akzentsetzung geführt wurde: einmal romantisierend, die soziale Befriedung, das kulturelle Erbe in der vorindustriellen Stadt suchend, um so den industriellen, ökonomischen Druck gleichsam zu umgehen, andererseits suchte man mit der zentralen Frage von Gesundheit, Hygiene und Wohnen den sozialen Frieden (Kathedersozialisten) städtebaulich zu erreichen. Vor allem begann aber eine neue Architekturauffassung und Stadtvorstellung die Diskussion um Zeilenbau und Baublock zu beeinflussen, und die Hinwendung zu freiplastischen Kuben mit zumeist strenger geometrischer Anordnung wurde zum Sujet dramatique. Man entdeckte das historische Erbe als Last und als Heimat, verteidigte es und kämpfte dagegen an, erinnerte und verbrämte den »Geist«, das Erbe der Altstadt, man verfluchte ihre historischen Kulissen, höhnte die »alten Beziehungen vom Sinn und Rhythmus des Lebens der Stadt« als eine Chimäre. Ein neuer Stil wurde gesucht. Es sollte nicht mehr die Frage sein, in welchem Stil sollte gebaut werden, sondern wie und warum eine neue Sprache notwendig war, materiell, planmäßig, umfassend. Beide Richtungen wollten soziale Spannungen und Verwerfungen lösen, die einen gegen, die anderen mit der Altstadt.

Die Grundüberzeugungen im Umgang mit »Altstadt« wurden nun auch in Deutschland formuliert. Zugleich ist die deutsche Debatte wieder Teil des internationalen Gesprächs (und einer immer stärker auftrumpfender nationalen Konkurrenz). Um die Jahrhundertwende folgte eine Tagung der anderen. Die Diskussionen um »Altstadt« und »Denkmal« sind dabei – und dies weltweit – von einer Thematik bestimmt: Umbauen, Erweitern, Liegenlassen, Umgehen. Diese Tagungen summieren dabei die Erfahrungen und Fakten in Bau und Stadt und Denkmal des vergehenden Jahrhunderts, aber sie konzentrieren sich auf soziale und politische, aber auch auf ökonomische Probleme, die in der Entwicklungsphase von Industrialisierung als »Wohnungsfrage«, als »Traditionspflege«, als »Substanzerhaltung« erkennbar geworden waren. Sie ziehen eine erste Bilanz. Damit wurde der Grund gelegt für den weiteren Umgang mit »Störung« und »Altstadt«.

### III.

Überblickt man nun diese stadtpolitische Beurteilung von Altstadt als historisches Erbe, so werden zwei Grundmodelle erkennbar und vier – zum Teil ineinander verschränkte – Entwicklungsstufen oder Zeitabschnitte, die das spannende Verhältnis von Umbau, Neubau und Erweiterung von Altstadt unter politischen und kulturellen Gesichtspunkten beschreiben.

Die Grundmodelle entstehen und prägen das 19. Jahrhundert, und sie kommen im

20. Jahrhundert zur vollen Entfaltung: Da ist einmal das Modell der kapitalistischen »Stadt-Produktion«, die über die Altstadt kommt. Diese kapital- und interessengeleitete Produktion ist sowohl stückwerkprofitbestimmt als auch demonstrationssüchtig. Mit einem Bündel von Aktionen sollte aus der »häßlichen«, »verrotteten Stadt«, den – wie es hieß – »schlimmsten Schmutzflecken Europas« die »schönste und spannendste Stadt« werden. So hieß es in Paris. Oder London. Die Stadt sollte profitabel sein, lifestyle opulent, der Welt-, Markt- und Bankplatz. Die Bündel von Umbaumaßnahmen waren dabei mehrfach geschnürt. Aus der Altstadt sollte eine neue Stadt werden, um weniger der Last der Geschichte, sondern mehr der Probleme von Wohnungsfrage, Bodenfrage, Hygienefrage und Transportfrage Herr zu werden. Man suchte mit »Verschönerungs- und Aufwertungsstrategien«, dann mit der Auflösung von Elendsquartieren, mit Umsiedlungen, »Sanierungen« genannt, unter profitablen Vermieter-, Vermarkter- und Spekulantengesichtspunkten, mit neuen Verkehrsstrategien die Altstadt verkehrsmäßig aufzustören, sie für die neuen Massenbedürfnisse von Kommunikation und Versorgung einer mobilisierten Gesellschaft zuzurichten, niederzulegen, zu untertunneln, zu überbrücken. Gleichzeitig wurde dem neuartigen Verkehr, der in diese »Altneustadt« hineinführte, die Altstadt mit Wall und Tor, Platz und Straße preisgegeben. Mit anderen Städten verbunden, sollte die »umgebaute Stadt« geöffnet sein für die neue Welt umfassender Kommunikation eines mehr und mehr weltweiten Handels, einer voluminösen Produktion, eines intensiven Austausches mit der Region, der Nation. Eisenbahn, Kanal, Hafen und Bahnhof wurden die neuen kapitalen »Kristallisationszentren« der Stadt. Die Stadt wurde geöffnet, enteignet, freigeräumt, privatisiert. Und schließlich, letztlich kam zum Umbau die Hinzugewinnung von Bauland, das spekulativ verwertbare Terrain.

Dieses metropolitane Modell stellte Bausteine für eine interessengeleitete, kapitalorientierte Stadtbaupolitik dar. Es diente und war Ausfluß beschleunigter Akkumulation einer neuen »Unternehmung«, Stadtproduktion im Zeichen von Wachstum, Vergnügen und Machtdemonstration. Ob Paris, London, Brüssel, Barcelona: Überall ordnete sich der enteignende Eingriff der neuen öffentlichen Hände dem anlagesuchenden Kapital unter. Dabei wurde dies nicht nur als keine unzulässige Einmischung verstanden, sondern als Hilfe und Stütze gesehen. Auf dem Weg zu »Selbstbestätigung«, zu unternehmerischer Freiheit boten die »Störungen« Arbeitsplätze, Steuererkommen und Prestige. Die alte »Altstadt« war eher Schrecken gewesen, Not, Gestank und Enge; ihr Alter sollte durch das Neue veredelt werden. Die Hauptaufgabe war, dem Drang der Unternehmung, dem neuen Reichtum freie liberale Luft zu geben, oder der Machtdemonstration populistischer Kaisertaten. Störung also als »Fortschritt«, als Anlaß zu einem Stadtumbau im profitablen, im verkehrs- und sicherheitsmäßigen Sinne, dem Effekt nach nicht nur Demonstration, sondern auch lukrative Investitionen und Rendite.

Das andere Modell ist von ökologischer Spätentwicklung geprägt, also von man-

gelndem ökonomischem Druck. Diese vor allem kontinentale, zentral europäische Industriestadt, die später kam, lebte von angeworbener Geschäftswelt und von einem hierauf abgestimmten Verkehr. Und diese andere Neustadt fand Platz neben der Altstadt. Altstadt wurde von dieser Industrialisierung wenig oder nicht berührt und deswegen nicht zum Umbau gezwungen. Im Gegenteil: Bahnhöfe, Wohnungen, Geschäftsviertel wurden als »Kristallisationskerne in Wartestellung« produziert. Auf Anwerbung wurde hingearbeitet, auf Investorenmentalität und entsprechende Interessen reagiert. Diese Städte suchten den Gründerboom spekulativ zu nutzen. Man bot Entwicklungsgebiete an, »Neustädte«, Industrie- und Handelsanreiz bestimmte die Stadtentwicklung, die Altstadt beließ man in der Regel als »Traditionsinsel«, der »Ruhe hingegeben«. Mit ganz wenigen Ausnahmen war ein Umbau weder zu forcieren noch zu bezahlen. Die Altstadt nicht »aufwecken« hieß es, noch aufstören. Im Blick auf das London-/Parismodell stand z.B. die Wohngebietssanierung im Zeichen von Aufwertung oder Neubau ziemlich am Anfang des Umbaus. Beim Spätentwicklermodell wird dies erst am Ende des Jahrhunderts relevant. Ausnahmen waren Hamburg, Straßburg, Stuttgart; erst ab 1918 kann man überhaupt von einer »Sozialsanierung« reden.

Und weiter: Erst ab 1873, also mit dem Einsetzen der später »Große Depression« genannten Periode, begann man auf eine »Erweiterung« der Altstadt im Sinne einer »inneren Stadterweiterung« zu setzen. Auch dies »störte« allerdings die Altstadt auf dem Kontinent wenig. Denn auch bei diesem Konzept konnte auf Randzonen ausgewichen werden, auf Randgebiete, vollgestellt mit Mietskasernen und zugleich neu definierten Grüngürteln. Durchbrüche waren selten und Störungen gering. Diese kamen später, als die sich ausdehnende Stadt von »Anbauten« gestört wurde. Die Neigung, die Innenstadt zu schonen, ist deutlich. Die planerische Kraft wird in das Neue gelegt. Der grenzenlose Stadtentwurf führte auf dem Kontinent auf die Entlastungscities hin, zu neuen Stadtkronen. Die Altstadt wurde umgangen oder »dem Zeitgeist« mehr als bereitwillig hingegeben. Erst 1889 setzte die Kritik mit Camillo Sitte ein und seinen von Architekten begeistert aufgenommenen Klagen ob der »Motivarmut modernen Stadtanlagen«. Und noch viel später, 1917, las man die Kritik eines Theodor Fischer, der vom Bauboom nach 1871 sprach, »der uns ein beträchtliches Maß unserer anständigen Kultur gekostet hat«, und der nun bereits in »der Verkehrswut« den Grund sah, »daß viele unserer alten Städte unwiederbringlich zerstört worden sind«. »Spießbürgerlich« fauchte er, »klein war im Grunde die Gesinnung dieses Aufschwungs«. Bei Theodor Fischer ist bereits die um die Jahrhundertwende manifest gewordene Kritik und Abwehr gegen Industrie und ihre Stadt gespeichert. Die erste Welle »des Mißkredits« gegen die Neustadt, weniger gegen die Altstadt belegt, daß gegen »die unmittelbar vorangegangene Zeit gekämpft« wird (G. Albers). Trotzdem blieb die Traditionslinie des Umgehens dominant. Sehr deutlich hat dies 1931 Fritz Schumacher festgehalten, als er schrieb, daß es nicht nur »der Maßstab der Bauwerke

untereinander« sei, der das Problem bei der Erhaltung der Altstadt darstelle, »sondern darüber hinaus handelt es sich um den Maßstab der Struktur eines Stadtgebildes«. Dieses »Alte« läßt sich, so Schumacher, nicht »wirklich schützen«: »Wirklich schützen kann man es nur, wenn man versteht, die Lebensfunktionen, die das Alte nicht mehr zu leisten vermag, auf neue Glieder des Organismus zu übertragen, die dafür geeignet sind«. Und für diese Übertragung wurden nun Begriffe wie »Ausschalten«, »Umschalten« gewählt, und zwar so, »daß man die zerstörende Kraft des neuen Lebens schonend um das Alte herumführt«: »Umleitung der Lebensströme ist das einzige wirkliche Heilmittel«.<sup>3</sup>

In diesen Bemerkungen zum »Generalsiedlungsplan für Bremen« ist der alte Zug kontinentaler Vermeidungs- oder Umgehensstrategie deutlich. Aber nun geht es 1931 nicht mehr um »Altstadt«, sondern um »Lebensströme«, es geht um Substanz- und Strukturhaltung, sofern die städtebauliche Konzeption Nutzung und Funktion dem historischen Bereich Priorität zusprach, ihm »Werte«<sup>4</sup> gab. Kein Wunder, daß die Lösung in aller Regel »Abwarten« hieß, »Vermeiden«. Dies änderte sich, und dann mit brutaler Gewalt nach den Bomben des Zweiten Weltkrieges. Nun teilte sich der Städtebau nicht in akademische Lager, die sich kraß und erbittert bekämpften, sondern nun wurden die alten Schlachten an konkreten Bauaufgaben von Wiederauf- oder Neubau geschlagen, um die grundsätzliche Richtung von Stadtbaupolitik auszutragen. Aktuell wurde dabei auch die Debatte im Umgang mit Geschichte, einer Geschichte, die nicht mehr nur die Taten Bismarcks kannte, die Weimarer Hoffnungen und Schwierigkeiten, sondern Adolf Hitlers Planungen, Taten und Grausamkeiten, aber auch die effiziente Planungswirklichkeit der NS-Nachkriegsstadtplanung einbezog. Und es gab keine Stunde Null. Die großflächig zerstörten Stadtkerne boten »Chancen«, wie es hieß. Unter den politischen Bedingungen materieller und geistiger Veränderungen gewann die alte Auseinandersetzung zwischen den Anhängern einer eher traditionellen Planungs- und Bauauffassung, die aus »den großartigen Bauwerken der Vergangenheit die Kraft schöpfen« wollten, um »die zukunftsweisende Aufgabe« zu meistern,<sup>5</sup> und jenen Vertretern – speergeschult – einer internationalen Moderne, die ahistorisch mit neuen Baukonstruktionen, Bautechniken und Baustoffen nicht nur das alte Bau- und Planungs-Instrumentarium abschaffen wollten, sondern auch mit neuen Verkehrsführungen, mit »Großräumen« und mit »Großformen« eine

<sup>3</sup> Th. Fischer, Sechs Vorträge über Stadtbaukunst, München/Berlin 1922, S. 26; C. Sitte, Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, Wien 1889; J. Stübgen, Der Städtebau, Darmstadt, 1890, S. 405.

<sup>4</sup> G. Albers, Über den Rang des Historischen im Städtebau, in: Die Alte Stadt (11), 3/84, 527 ff; ders., Bewahrung und Wandel im Blick der Stadtplanung, in: Die Alte Stadt (16), 2/89, S. 164 ff.

<sup>5</sup> K. Gruber, Die Gestalt der deutschen Stadt, München 1976, 2. Aufl., S. 6; V. M. Lampugnani / R. Schneider (Hrsg.), Moderne Architektur in Deutschland 1900–1950, Reform und Tradition, Stuttgart 1992.

Stadt bauen wollten, in der die Altstadt aufgehoben sein sollte, an Schärfe, Heftigkeit und »Heilsgewißheit«.

Die Auseinandersetzung war kurz und ihr Ergebnis klar. »In wenigen Jahrzehnten wandelte sich«, so notierte 1976 R. Hillebrecht,<sup>6</sup> »nicht nur das architektonische Erscheinungsbild von Gebäuden, Straßen- und Platzräumen, das Stadtbild und die Stadtsilhouette, sondern es veränderte sich auch das städtebauliche Gefüge der Stadt, die Grundlage der Stadtgestalt wie nie zuvor«. Man war der Geschichte müde geworden, hatte das Interesse, den Firn abzuheben, verloren und gab »bedenkenlos« Traditionen hin, die man als Fessel empfand. In nacheilender Hektik saugte Enthistorisierung die ehemaligen »Fluchtpunkte« auf. Die Suche nach der Modernität und Internationalität setzte auf die »autogerechte Stadt«, auf »verdichtetes Bauen«, »der Funktionalismus feierte verspätete Erfolge«, und was nur entfernt an alte bauliche Traditionen anzuknüpfen suchte, z. B. in Münster, Freudenstadt oder Grubers Darmstadtträume, wurde abgelehnt.

Mit Traditionalisten, aber auch »ästhetischen Fundamentalisten« wurde »aufgeräumt«. Endlich nüchtern wollte man bauen und ordnen, »sachlich«, »schlicht«, »wahrhaft« und »unaufdringlich«, eben zeitgemäß gegen »Illusionen«, »Fassadenkunst«, »Düsternis«, »Sentimentalität«, gegen »Blockbebauung« und »Symmetrie« angehen.<sup>7</sup> »Die historische Stadt galt es, nicht zu heilen, sondern abzuschaffen, die alten Grundrisse aufzulösen und zu überformen«.<sup>8</sup> Oder noch krasser bei Le Corbusier: »Der Kern unserer alten Städte mit ihren Domen und Münstern muß zerschlagen und durch Wolkenkratzer ersetzt werden«.<sup>9</sup> Die Welt war, wie 1925 schon beschworen, zur »Schädelstätte« geworden, »bedeckt mit dem Schutt toter Zeiten. Ein Versuch ist unsere Pflicht: den Rahmen unseres Lebens aufzubauen. Wegzuschaffen aus unseren Städten die Gebeine, die in ihnen faulen und die Städte unserer Zeit aufzurichten.«<sup>10</sup> Nun wurde nachgeholt.

Auch diese Moderne war erneut Reaktion (mit wieder entsprechender Kontroverse der »Gegenmoderne«), mit Geschichtsfeindlichkeit als Ansatz und »Öffnung« und »Befreiung« als Ziel; man wollte zu einem Städtebau der rationalen »Organisation der

<sup>6</sup> R. Hillebrecht, Wertmaßstäbe im Bereich von Architektur und Städtebau der Gegenwart, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege (3) 1976, S. 262 ff.

<sup>7</sup> H. B. Reichow, Die autogerechte Stadt. Ein Weg aus dem Verkehrschaos, Ravensburg 1959; W. Durth / N. Gutschow, Träume in Trümmern, Braunschweig 1988; K. von Beyme u. a., Neue Städte aus Ruinen, München 1992.

<sup>8</sup> Vgl. M. Metschies, Die Tradition der Traditionslosigkeit. Zu Denkmalbewußtsein und Denkmalverständnis in den sechziger und siebziger Jahren, in: Die Alte Stadt (25), 3/1998, S. 245 ff; ders., »Erweiterter«, gewandelter oder unveränderter Denkmalbegriff. Zur Kontroverse um einen neuen Begriff des Denkmals, in: Die Alte Stadt (23) 3/1996, S. 220 ff; W. Lipp, (Hrsg.), Denkmal-Wertgesellschaft. Zur Pluralität des Denkmalbegriffs, Frankfurt a.M. 1993; ders. / M. Petzel (Hrsg.), Vom modernen zum postmodernen Denkmalkulturs?, München 1994.

<sup>9</sup> Zit. nach E. Weinbrenner, Die Kunst, eine Lücke zu schließen, in: Die Alte Stadt (7), 2/1980, S. 56.

<sup>10</sup> Le Corbusier, Städtebau, Berlin 1929, S. 205.

Funktionen des kollektiven Lebens« hinführen, Abschied endgültig nehmen von Konvention, »Heimat«, architektonischem Historismus.<sup>11</sup>

## IV.

Da die Moderne hier als Reaktion eingeführt wird, bedarf es der kurzen Information, auf was sie reagiert und welchen Stellenwert sie im Umgang mit der »Altstadt« hat. Ich sprach von einer vierfachen Stufung in der Behandlung von Altstadt im Blick auf »Störung«. Dies will ich noch kurz erläutern.

Knapp resümiert sehe ich die erste Stufe um 1800 einsetzend. Das Alte, der historische Kern wird als alt erkannt, als es ihn nicht mehr gibt. »Alt« wird allerdings nicht im Sinne des Abgestorbenen, sondern »alt« im Sinne des neu entdeckten, des vom Firn befreiten, des in der Veränderung erneuerten Wertes, nicht als Gegenwelt beurteilt. Der Erhalt ist durch Wandel bestimmt, den Ausbau der Formensprache. Nicht Stadt als Gefüge, als Gestalt, als Substanz und Wert ist das Thema, sondern unter ökonomischen und demonstrativ politischen, unter Verwertungsinteressen wird Altstadt verwertet und interessant oder liegengelassen. Es gibt große Unterschiede bei diesem Altstadtum- und neubau, je nach ökonomischem Druck. Aber um die Originalsubstanz der Stadt als Gesamtanlage geht es nirgends. Dies ändert sich erst am Ende des Jahrhunderts, als das liberal ökonomisch verwertete Gefäß Stadt zum Problem wird, zum intensiv, allerdings in Deutschland eher akademisch diskutierten Richtungsstreit.

Damit setzt die zweite Stufe um 1900 im Umgang mit »Altstadt« ein. Die Erhaltung wird zum Problem. Altstadt wird zum Thema mit Eigenwert. Die kritische Aufarbeitung eines Erbes, auch in Konfrontation mit dem Pathos der »structure nouvelle« wird dominant. Um die Jahrhundertwende trennte sich gleich mehrfaches und wurde neu sortiert: Architektur, Denkmalpflege, Ingenieur, Städtebauer und -planer. Es trennen sich »schöpferische Kreativität« und »baumeisterliche Disziplin und Können«, wie es hieß, es trennte sich in der jeweiligen unbedingten Prioritätensetzung »erhaltende« und »erneuerte« Originalsubstanz. Architekt, Ingenieur und Denkmalpfleger.

<sup>11</sup> T. Wolfe, *From Bauhaus to Our House*, New York 1981; H. Klotz (Hrsg.), *Die Revision der Moderne*, München 1984; K. von Beyme, *Der Wiederaufbau*, München 1987; G. Rabeler, *Wiederaufbau und Expansion westdeutscher Städte 1945–1960 im Spannungsfeld von Reformideen und Wirklichkeit*, Bonn 1990; G. Fehl, *Kleinstadt, Steildach, Volksgemeinschaft. Zum »reaktionären Modernismus«*, in: *Bau- und Stadtbaukunst*, Braunschweig 1995; F. Klüeting, (Hrsg.), *Der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und die Probleme des Denkmalschutzes*, Münster 1960; Chr. Machat, *Denkmalpflege und Wiederaufbau*, in *Jb. d. Rheinischen Denkmalpflege*, Bd. 36, 1993, S. 237 ff; W. Pehnt, *Das Ende der Zuversicht. Architektur in diesem Jahrhundert*, Berlin 1983; Th. Hilpert, *Le Corbusiers, »Charta von Athen«*, Braunschweig 1984; M. Steinmann, (Hrsg.) *CIAM. Dokumente 1928–1939*, Basel 1980; C. Meckseper/H. Siebenmorgen, *Die alte Stadt: Denkmal oder Lebensraum?*, Göttingen 1985.

Generell öffnete sich der Graben zwischen reformbestimmter Erneuerung einer Baukunst, die sich als Überwindung von Formalismus und Eklektizismus verstand und einer revolutionärradikalen Absage, dem entschiedenen Bruch mit dem Alten, Vergangenen. Im Zeichen einer Avantgarde architektonischer und städtebaulicher Leitideen, vor deren Auge alle Reform nichtig wurde und das Überkommene sinnlos, gewann Stadtbau als Neubau eine neue Dimension, die weit über die Behebung von städtebaulichen Mißständen hinausging. Stoff, Farbe, Konstruktion werden zum Gegenstand von Leitvorstellungen, die in der Altstadt und ihrer Denkmäler nicht mehr wie Stübben noch »ehrwürdige Zeugen der Geschichte« sehen, »kraftvolle Verschönerungen der Stadt«. Im Gegenteil. Städtebau in neuem und radikalen Sinne wird Teil einer umfassenden Zivilisationskritik, die sich radikal vom überlieferten Formenkanon zu lösen sucht. Nur die Vorläufer der eigenen Moderne werden noch studiert, gelehrt und weitergegeben.<sup>12</sup>

Doch die Zeit ist ambivalent. Der ersten Welle dieser Moderne entspricht auch eine Welle des Rückgriffs auf eine vorindustrielle, durch historische und städtebauliche Kritik beurteilte Vergangenheit, die sich an den »Störungen«, an Gleichmacherei oder Nivellierung, an den Zerstörungen von Altstadt festmacht und mit Entschiedenheit gegen die Fortschrittseuphorie technischer Rasanzen opponiert, sich zu »Denkmalpflege«, zu Heimatschutz hinwendet und gegen das »Entfallen von Bindungen« wehrt, weil dies »der Willkür die Bahn« öffne, »und der Willkür folgt unausbleiblich das Schema, die Manier«. <sup>13</sup> So werden z. B. 1906 neue »Grundsätze des Städtebaues« vom Verband der Architekten und Ingenieure beschlossen und festgehalten, daß im »Städtebau ... technische, ästhetische, soziale und wirtschaftliche Rücksichten zu beachten und zu vereinigen (sind)«. Städtebau wird in diesem Sinne zur umfassenden »Kulturarbeit« (Schultze-Naumburg): »In ästhetischer Beziehung handelt es sich um die architektonische Raumgestaltung und um landschaftliche Wirkung, dabei insbesondere auch um Denkmalschutz und Heimatpflege«. <sup>14</sup> In den Zwanzigern wird bei schrumpfendem Altbestand die Bewahrung des Vorindustriellen in der Stadt in Konkurrenz zur Moderne auch zum städtebaulichen Ziel, ein Ziel allerdings, das später unter nationalsozialistischen Randbedingungen politisch und ideologisch zugeschützt wurde. Dabei geriet die »innere Stadterweiterung«, die nun als »Altstadtsanierung« interpretiert wurde, immer mehr in einen politisch zugerichteten Traditionstext. Trotzdem, das kämpferische Nebeneinander von »evolutionärer Tendenz« mit deutlichem Geschichtsbezug (Th. Fischer, F. Schumacher) und radikaler Avantgarde

<sup>12</sup> M. Metschies, *Die Tradition* (s. A 8), S. 253; G. Stübben (s. A 3), S. 405; G. Albers, *Bewahrung* (s. A 4), S. 165.

<sup>13</sup> Th. Fischer (s. A 3), S. 52; ders., *Altstadt und neue Zeit*, München 1928, S. 20; P. Schultze-Naumburg, *Kulturarbeiten*, Bd. IV, Städtebau, München 1906; G. Albers, *Bewahrung* (s. A 4), S. 166.

<sup>14</sup> M. Metschies, *Die Tradition* (s. A 8), S. 252 f., H. Freyer, *Die deutsche Stadt. Geschichte und Gegenwart*; P. Schultze-Naumburg (s. A 13).

als »heraufkommender Moderne« (E. May, M. Wagner, L. Hilbesheimer) blieb. Einig in der Ablehnung der Stadtentwicklung des 19. Jahrhunderts, einer vehementen Großstadtkritik, trennten sich ihre Wege deutlich in der Frage der Beurteilung und Realisierung, als es darum ging, »endgültig die mittelalterliche Kapsel zu sprengen«.<sup>15</sup> Beide Strömungen sind nach 1945 noch manifest, doch die Ansichten der Modernen, die des verkehrs-, funktionsgerechten, die des städtebaulichen Neuanfangs dominierten. Man träumt nun nicht mehr nur von einer städtebaulichen Sanierung der »Gründerzeitviertel«. Man wollte die Altstadt gleich mit »realisieren«, wobei sich allerdings eine ahistorische Sanierungsdominanz, die verknüpft war mit der Hinnahme historischen Verlustes, nicht unmittelbar nach 1945, sondern erst später radikal ausprägte.

Die dritte Stufe der Städtebauprinzipien, vorformuliert schon seit Beginn des Jahrhunderts, präzisiert und diskutiert und teilweise auch Realität geworden, wird nun dominant. Aus der futuristischen Stadt wird Schritt für Schritt durch die Bombenchance nach dem Eintritt in die »scene urbaine« die funktionelle Stadt. Neue Baukonstruktion, -stoff und -technik werden umgesetzt. Der Maßstab wird gesprengt, die gewohnten Proportionen lösen sich auf. Bauen wird zu einer schlicht massenhaften additiven Zusammensetzung von standardisierten Konstruktionselementen und normierten Bauteilen, gleichförmig und austauschbar. Die Anforderungen von Banken, Versicherungen, Wohnungsgesellschaften, eine neue Heimat rasch, großräumig und großförmig zu schaffen, ließen Begreifbarkeit und Sinnfähigkeit alter Stadt verloren gehen, ihre Lokalität dahinschmelzen, ihren Ort aufgeben.<sup>16</sup> Die »Machbarkeitseuphorie«, die neuen technischen Möglichkeiten faszinierten. Sie verführten und beschleunigten eine Bau- und Planungsidee, im Sinne eines urbanisme scientifique zu bauen, die cité industrielle anzuwenden, die »décomposition« als Auftrag zu nehmen, eine »nature urbanité« als »l'ordre moderne« der Stadt zu verordnen. Die Altstadt wird Teil dieser Idee: »La ville réseau de communication«. Von Ensemble keine Spur mehr, die Stadt wird ein Haus, ja eine Wohnung, »habitations«, sie soll nur noch neu sein und abgeschafft.

Nun nach 1945 war es die gegliederte, gelockerte, die total neue, die verlegte, die umgelegte Stadt, die die Stadt und ihre Zukunft bestimmen sollte. Zuerst waren es Pläne, »München an den Starnberger See«, Utopien, dann wurden den Träumern die immateriellen Werte der Stadt bewußt, die Merkmale der alten Erinnerungswerte, dann die materiellen Konditionen von technischer Infrastruktur, dann die Gegnerschaft gegen Wilhelminisches, aber auch gegen die Gigantismen und Radikalismen eines Corbusier, Marcel Lods oder Pinguisson. Und schließlich erneuerte sich die alte

<sup>15</sup> Th. Hilpert (s. A 11), S. 294 f.; H. R. Hitchcock / Ph. Johnson, The International Style, 1932, New York 1966; B. Taut, Die Auflösung der Städte oder die Erde eine gute Wohnung oder der Weg zur alpinen Architektur, Hagen 1920.

<sup>16</sup> J. Fehl / J. Rodriguez-Lores, Stadt-Umbau. Die Planmäßige Erneuerung europäischer Großstädte zwischen Wiener Kongreß und Weimarer Republik, Basel/Berlin/Boston 1995, S. 16 f., S. 20.

Tradition des »neuen Bauens« in sozialdemokratischer Sicht als Wohnungsbaupolitik. »Low rise, high density« boten für den tastenden Wieder- und dann entschlossenen Neuaufbau die Anknüpfungspunkte, die in bester Speerstab-Kontinuität organisiert wurden. Und überall mußte gespart werden. Entsprechend sprach viel für eine zentrale Planung, die schließlich – so Gropius – auf seinen Vorschlag eines »Bauzentalkomitees« hinauslief. Der Ruf nach einem »Baugesetz« war Thema. Rudolf Hilbrecht forderte spruchbandwirksam: »Parlamente aller Länder vereinigt Euch und schafft ein neues Bau- und Bodenrecht«. Jedoch Städtebaupolitik und Wohnungsbaupolitik gingen verschiedene Wege. Was im Westen nur zögernd gelang, qualitativ sich allerdings im direkten Mitteleinsatz als »Aufbauwunder« niederschlug, wurde im Osten »zum Dorado für Stadtplaner«.<sup>17</sup> Noch war das Land nicht so geteilt, als daß nicht das Band des neuen Bauens gehalten hätte, zumal sozialistisches Bodenrecht durchaus den Westreformbauern Vorbild gewesen war. Bis 1957 blieb »diese Einheit«, wobei in der DDR der Konsens mit dem »organischen Städtebau« im Gegensatz zum abstrakt schematischen Wohnzellen- oder Scheibenhochhausbau viel deutlicher war. Abrupt war dann der Wechsel ab 1959. Nun begann die Vormacht der Peripherie und deren neue Trabantsiedlungen in Großplattenbauweise. Die Vorstellung der Neustadt als Platte wurde Realität, die Altstadt entweder liegengelassen oder ab 1956, wie zuvor schon im Westen, in modernem Zuschnitt als »Neugestaltungsaufgabe« begriffen. »Altstadt« war nun auch hier »Attrappe und Panoptikum« (Rheinische Zeitung 1946), »museale Lüge und Kulisse«.

»Wir können nichts wiederherstellen«, das war das Urteil im Blick auf die Altstadt. »Konservatorische Sorgen um Bauwerke und Städte entbehren für das historische Zukunftsbewußtsein eines verantwortlichen Sinnes.«<sup>18</sup> Das war die Losung und Überzeugung. Sie wurde zur Leitlinie, sofern die Bewohner der Stadt und ihre Repräsentanten dieser Idee folgten und sich von ihren »Schandflecken« Altstadt lösten, wie z. B. einhellig in dem so modernistisch bemühten Darmstadt. Die Variationen im Nachkriegsneuaufbau waren wohl erheblich; jedoch dominierte das Leitbild von aufgelöster Blockstruktur, von Verwaltungs- und Forschungssolitären, von licht-, luft- und gründurchwobenem Zeitenbau, die Abkehr von Korridor, Straße und zentraler Platzbildung. Überall dort, wo ökonomischer Druck und Brache die Chance der Zerstörung, neue Formen zuließ, wurde die »Stadtlandschaft« zum geflügeltem Wort. Nie wieder sollte »die steinerne Stadt« mit ihrem Hinterhof und Korridor, nie mehr die Mietskaserne entstehen. »Das Jammern nach der »Tradition«, stellte der ehemalige Werkbundsekretär, nunmehr Bundespräsident, Theodor Heuss, auf der Interbau 1957 fest, »bleibt echolos«. 1957 erschien das Schlagwort: »Die gegliederte und aufgelockerte Stadt« als Buch, 1956 verkündete Göderitz das »Ende des Wiederaufbaus«

<sup>17</sup> G. Fehl (s. A 11), S. 10 ff.

<sup>18</sup> K. von Beyme (s. A 7); W. Durth (s. A 7), S. 9 ff.

und 1959 Reichow: »Die autogerechte Stadt«. Le Corbusiers Überzeugung: »Die Stadt der Geschwindigkeit ist die Stadt des Erfolges«, triumphierte.<sup>19</sup>

Und doch setzte am Ende dieses Jahrzehntes die erste Kritik ein. Trotz der übermächtigen Dominanz funktionalen Bauens begann mit leisen Tönen eine Neuorientierung. Auf der 11. Hauptversammlung (1960) des Deutschen Städtetages stellte Walter Schmidt in seinem Einführungsvortrag im Blick auf die neue Stadt die Frage, ob nicht »manch gegenwärtige Tendenz über das Ziel hinausschießen würde?« Und: »Scheint man es nicht zuweilen geradezu auf die Zerschlagung der Stadt als einer mit Sinnen erfassbaren Einheit abgesehen zu haben?«: »Stadterneuerung könne nur betrieben werden als Erneuerung und nicht als Verneinung der Stadt und ihres Gefüges.«<sup>20</sup> Das waren Akzente, die neu klangen. Ein Richtungswechsel kündigte sich an: die Wiederbelebung einer politischen Kultur in der Stadt und ihrer Bürger (E. Salin), die »behutsame Erneuerung«, die immer deutlicher gegen einen »Vulgärfunktionalismus« von Bauhausepigonen gesetzt wurde, die mehr und mehr mit der »Unwirtlichkeit« ihrer Städte konfrontiert wurden und denen eine »Fortsetzung des Krieges mit den anderen Mitteln der Architektur« vorgeworfen wurde. »Weg mit dem Betonfaschismus« wurde gesprüht, von der »zweiten Zerstörung der Städte« war die anklagende Rede. Die Vorstufen zur »Erfindung der alten Stadt« waren geschrieben. Doch es bedurfte noch eines intensiven Bau-, Planungs- und Kahlschlagsanierungsschubes der mit den innerstädtischen, funktionsschwachen Kerngebieten aufräumen sollte und für eine zügige Erschließung der in zentraler Lage konzentrierten Nutzungen sorgen sollte«, ehe diese »Erfindung« nicht nur stattfand, sondern auch Wirkung zeigte.<sup>21</sup>

Und dieser Schub wurde 1971 mit dem Städtebauförderungsgesetz initiiert. Dieses Gesetz, das auf den Vorstufen von 1961, 1965 aufbauend Stadt – auch Altstadt – wissenschaftlich von ihrem historischen Erbe abhängte und Stadt als »ein zusammenhängendes Ganzes« zu erkennen glaubte und entsprechend planen und realisieren wollte, setzte die Widerlager außer Kraft. Modernisierung total war angesagt, Altstadt war ein weiteres Mal zur Disposition gestellt. Dabei wurden die Beispiele als planerische und bauliche Alternativen sehr kraß deutlich: Österreichischer Platz in Stuttgart oder Regensburgsanierung, die Auslöschung oder die Wiedergewinnung des Historischen: »Eine Stadt muß mehr sein als brauchbar, erst dies Mehr gibt ihr Glanz und Ausstrahlungskraft.«<sup>22</sup> Der Primat von Wirtschaft und Funktion kippte. 1975 im Europäischen Denkmalschutzjahr hieß das Motto: »Eine Zukunft für unsere Vergangenheit«. Nun war die alte Stadt »erfunden«, der Widerstand der historischen Stadt

<sup>19</sup> Ebda., S. 16 ff; M. Metschies (s. A 8).

<sup>20</sup> Vgl. O. Baretzko, Verbaute Geschichte, Stadterneuerung vor der Katastrophe, Darmstadt 1986, S. 121.

<sup>21</sup> E. Schleich, Die zweite Zerstörung Münchens, Stuttgart 1981.

<sup>22</sup> Ebda., S. 28 f.

war nicht nur formuliert, sondern er wurde Bauaktionsprogramm. 1976 wurden in die Novellierung des Bundesgesetzes die »erhaltenswerten Ortsteile, Bauten, Straßen und Plätze« im Katalog aufgenommen und das Instrument einer »Erhaltungssatzung« geschaffen, das 1986 noch eine Ergänzung erhielt.

## V.

»Nachdem alles durchschritten war«, schrieb Roland Ostertag 1996 rückblickend in seiner Abschiedsvorlesung, »blieb nur noch das Maßlose«, das »Zu-viel an Größe«, der »unangemessene Pathos«. Aus dem »Denken ohne Bauen« sei ein »Bauen ohne Denken« geworden. Man hätte nicht mehr entworfen, so nochmals Ostertag, sondern nur noch geplant. An die Stelle der Methode sei die Reduktion auf nur formale Aussagen getreten.<sup>23</sup> Offensichtlich war man 1975 erkennbar an einer nicht nur architekturgeschichtlichen, sondern auch politischen und ideenzäsurierenden Wegmarke angekommen. Die »alte Stadt« war die Antwort auf einen degenerierten Funktionalismus, der nur noch störte, sie war die Antwort auf eine rein formale Künstelei, die störte, auf eine Moderne, die ermüdete, ängstigte, die in ihrem Fett des Großbaufolges erstickt war und die durch die ökonomische Krise, eine Strukturkrise dazu noch, im Sinne der Kondratiewschen Konjunkturzyklentheorie an der Ressourcen-grenze ihrer eigenen Ökonomie angekommen war.

1975 begann nicht nur eine neue andere Rückeroberung, sondern eine Grundierung für neue Einstellungen und neue Aufgaben. Dabei wurde keineswegs der Zwiespalt von »alt« und »neu« überdeckt, sondern eher noch verschärft, denn das Alte, die Tradition »heilte« mitnichten: Erst die Störung, »die Erfindung der alten Stadt«, die der bloß noch leeren und nicht funktionalen Moderne gegenübergestellt wurde, macht ihre Funktion, Dialogpartner zu sein, bewußt. Ich rede bewußt von einem Dialog, von der Vorsicht, den Pendel nicht überschlagen zu lassen, wie es die Traditionslosigkeit eines propagierten neotraditionalistischen Städtebaus deutlich macht, jene Chimäre von »new urbanism«.<sup>24</sup> In Beachtung dieser Begrenzung ist auszuloten, wie eine neue, globale und kriegsbelastete zukünftige Stadtwelt beiden Sichtweisen entsprechen kann, um europäisches, historisches Stadterbe nicht zur bloßen Illusion werden zu lassen. Nur dann wird ein Modell von gebauter Ordnung, von Gebäuden und Plätzen, von Zwängen und Freiheiten in die Maximen des Städtebaus von heute eindringen, die Stadt nicht nur inszenatorisch illuminieren als Bühne, als Effekt, MacDisney und Don Altland, sondern als ökonomische, als soziale, als politische, ästhetische und nachhaltige Potenz von ständiger Erneuerung, Auseinandersetzung und Weiterentwicklung.

<sup>23</sup> R. Ostertag, in: DAB, Texte 1994–1998; DAB 3/98, DAB 5/97.

<sup>24</sup> Vgl. H. Bodenschatz u. a. in dem Themenheft »Alte Stadt – neugebaut«, in: Die alte Stadt (25) 4/98.

Was ich damit meine, sei an wenigen Elementen verdeutlicht. Ich meine, daß alte Stadt eine Forderung an die heutige Stadt formuliert, die besagt, daß ihre gebauten Strukturen, Gebäude und Ordnungen gestalterisch so ausdrucksstark sein müssen, so emotional besetzt, so kostbar, daß nicht nur elitäre Expertenmeinung ihren Abriß verbietet. Zeitbeständigkeit von Stadt bewährt sich nicht an Theorien, sondern an einem »Bedeutungsüberschuß an Gebautem und Ordnungen«, der »unterschiedliche Interpretationen« zuläßt – wie es Thomas Sieverts formuliert.<sup>25</sup>

Diese Varianz unterschiedlicher Nutz- und Interpretierbarkeit belegt eben die alte Stadt. Ihr Raumgerüst, das durch »Störungen« gefordert, in Erneuerungsfähigkeit zu reagieren hatte und ein Denken forderte, das auch in anderen Zeiträumen dachte, als nur im Blick auf Nutzung oder Abschreibung. Und schließlich das Nacheinander: die historische Aufsummierung, die zeitliche Schichtung, das Nebeneinander von Ungleichzeitigem, der »Mut zur Brache«, zur Zwischenlösung, zur Armut. Altstadt sollte »belohnt« werden, Spielraum bilden für das Andere, das Kleinere, das Geringere, Beispiel sein und Beleg einer anderen, nicht mechanischen Zeitauffassung von Gewinn und Politik. Die alte Stadt ist als Denkanstoß und Gestalt, in anderer Weise aber immer als »Störung« zu erfassen.

So schön die oben zitierten Sätze Karl Grubers in seinem Verdikt über die neuen Städte auch klingen, die Grundlage und die ideologische Zielsetzung ist ein tief skeptischer Zug gegen die Moderne, gegen Aufklärung, Skepsis, Persönlichkeit, Individualität, Menschenrechte. Diese sind aber Prinzipien unserer säkularen Welt, der es nach wie vor aufgegeben ist Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit nicht herbei zu bombardieren. Die Stadt aus dem »ordo der religio«, der Macht, das antike, das mittelalterliche Erbe, das europäische, sind vergangen, ihre Aneignung kann nicht sentimental erfolgen. Die »Wachstumsgesetze« der Bürgerstadt oder der Städte des 17. und 18. Jahrhunderts mit ihren Raumfolgen, Achsen, ihren totalen Plänen, auch die alten Gefüge, die Bautypen, Maßstab und Rhythmus, die »Rangordnung der Werte«: sie stehen solange für sich und sind höchstens akademisches Gut, solange sie nicht aktuell und politisch werden. Diese Werte bleiben steril, wenn sie nicht in die aktive Entdeckung und Konfrontation mit dem nicht Jungen, aber stets Neuen einbezogen werden. Die »Einheitlichkeit« der mittelalterlichen Weltanschauung ist eben ein Konstrukt, wenn auch ein offenbar notwendiges, um mit Zuversicht den Umbruch zur Moderne zu meistern. Aber es nützt wenig, Erinnerung für Konstruieren zu fordern und gegen den Rationalismus zu wettern, zu beklagen, daß »der autonome Mensch« diese alte Stadt getötet hätte, ebenso wie den »freien Bau« anzuprangern, daß dieser, als er in die Stadt gezogen sei und »als Industriearbeiter, unter Preisgabe von Volk und Heimat«, die Stadt ausgelöscht habe. Diese Sätze, geschrieben 1952, sind so problematisch wie der Glaube, mit neuer Architektur den Menschen zu erziehen, ihm eine

<sup>25</sup> Th. Sieverts (Hrsg.), *Zukunftsaufgaben der Stadtplanung*, Düsseldorf 1990, S. 6 ff.

heile Welt zu bauen, um ihn selbst zu heilen. Wer im »Kapitaldienst«, im »Nebeneinander von Hellenentum und Romantik«, im Brandenburger Tor, der Werderschen Kirche, in den Schinckelschen Arbeiten »kaum fassende Widersprüche« erkennt und nach einer »Rückkehr zum körperlichen und wesenhaften Bauen« ruft, aber von »städtebaulicher Raumschöpfung« in der neuen und alten Stadt »nichts zu spüren« glaubt, muß in der Tat einen erheblichen Firnis abtragen, um in der Erfindung »der alten Stadt« nicht nur das Ensemble, als umfriedete Einheit, unversehrt und heil zu sehen, sondern in den »Störungen« den Anlaß einer Ausweitung des Altstadt- und Bestandsbegriffs hinzunehmen. Dies erst erlaubt, »der Moderne« zu begegnen und sie herauszufordern.

Dabei soll und darf nicht vergessen werden, daß Stadt, also die alte, unsere Erfindung, schon immer und insbesondere am Anfang der Neuesten Zeit, immer Neuerung war, immer, ob kleinräumige oder Großburg Stadt, angewiesen war auf Zuzug, auf Toleranz, auf Zeitoptimierung um der Sicherheit willen, der Produktivität des Friedens. Die Stadt, so hat es Otto Borst formuliert, und ich hebe ihn in diesem Zusammenhang bewußt nochmals hervor, als einer, der nicht nur Brücken, Tore, Esslingen, oberschwäbische Städte, »Stadtmäuse« erfand, sondern intelligente, närrische, naseweis interessierte Städter: »Die Stadt hat gar keine Gelegenheit zur Absage an irgendwelche »andere«: man braucht sie alle zur Erledigung der Arbeit«. Stadt lebte und lebt von Investition, Innovation, vom jeweiligen Vorankommen. Stadt lebt nicht vom Gestern, Alten, nicht vom Besitz, sondern vom jeweils Zeitgemäßen, vom Neuen, vom jeweils Modernen, nicht vom Einigeln. Alte Stadt mußte sich immer öffnen, sichern, teilnehmen, fortentwickeln und nicht ersticken am Kleinnützigen, Abseitigen, sie wollte Gewinn, Profit, Erfolg, nicht Almosen. Ohne diesen Ansporn wurde sie alt, starb ab. Den Firnis abzuheben, war Pflicht, dem Neuen die Chance zu geben, Kontraktum des Alten zu sein. Paris sonnte sich Mitte des Jahrhunderts an Napoleon III. und Haussmanns Taten, nicht weniger London mit seinen erheblichen »Verschönerungen«, hygienischen Taten und Stadterweiterungen. Weniger war dies bei der kontinentalen Stadt der Fall, die alt war, die dem Neuen spät und wenig Widerspruch bot. Der Umgang mit den Stadtbefestigungen zeigt dies: Barriere zuerst, Hemmnis und dann Geschichtszeugnis und Verkehrschance, die Stadt zu entwickeln.

Immer war es die Veränderung, der Umbau, die Herausforderung, den gesellschaftlichen Wandel aufzuarbeiten, das war die Aufgabe, ihn in und mit der Stadt zu deren Nutzen und Profit einzubinden oder ihn nur resignativ hinzunehmen und abzusterben. Die alte Stadt war schließlich erst dann zum Widerpart gezwungen, als sie drohte, ausradiert zu werden. Im Blick auf behutsame Erneuerung oder Abriß, im Blick auf Architektenschulen und Ingenieurleistung ist der Umgang mit der Altstadt zum Scheidewasser neuer Orientierungen geworden. Die »Erfindung von alter Stadt« als eine sozial-kulturelle, als ökonomische, nachhaltige und ästhetische Strategie ist also letztlich politisch zu bestimmen. Im Umgang mit der alten Stadt, der Verarbei-

tung von empfundenen und registrierten Störungen im Stadtgefüge oder ihrer Nutzung zeigt sich wie in einem Spiegel Stadterhaltungspolitik als Umbauneubelebung, Ausrottung oder Dauerschlaf. Es ist nicht nur »der Rang des Historischen im Städtebau«, der hier zu beachten ist (G. Albers), sondern auch die Leistungsfähigkeit und Grenzen von Leitbildern und Einflußmöglichkeiten von Architekten und Planern, von Investoren und Interessenten. Im Städtebau als einer nicht bloß ästhetisch-organisatorischen, technisch-kalkulierenden oder ökonomisch-politischen Aufgabe, sondern auch einer intellektuell-diskursiven zeigt sich im Umgang mit Stadterbe und Altstadt die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft nachhaltig. Die erkennbare Auseinandersetzung mit der alten Stadt ist schließlich die Zukunft von Stadt.

August Gebeßler

## Zum Denkmalthema in der »Alten Stadt«

### 1. Standortbestimmung einer Disziplin

Rückschau ist immer auch Standortbestimmung in der Gegenwart. In diesem Sinne könnte das bald 40jährige Bestehen unserer Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt dazu ermuntern, über die Entwicklung und das Wirken der Alten Stadt nachzudenken.

Die bislang vorliegenden Betrachtungen zur Vergangenheit der Alten Stadt belegen den Gewinn aus solchen Unternehmungen. So hat beispielsweise Otto Borst, dem dieses Heft gewidmet ist, 1980 zum damals 20jährigen Bestehen unserer Vereinigung Rückschau gehalten; er hat dabei vor allem auch die bedenkenswerten, inzwischen vielfach in Vergessenheit geratenen Umstände der Gründungssituation erinnert.<sup>1</sup>

1994 wurde unter Bezugnahme auf unsere damals 20jährige Zeitschrift die interdisziplinär-thematische Bandbreite der publizierten Beiträge in der »Alten Stadt« durchleuchtet und summiert. Entsprechend den im Untertitel der Zeitschrift aufgeführten Fachgebieten referierten damals Hermann Korte zum Bereich Stadtsoziologie und Jürgen Reulecke zu den inhaltlichen Trends der Stadtgeschichtsforschung.<sup>2</sup>

Allerdings wurde im dritten Beitrag nicht, wie eigentlich zu erwarten war, über den Arbeitsbereich Denkmalpflege berichtet, sondern über »Stadterneuerung«. Egal zunächst, aus welchen Gründen dies so gehalten wurde – immerhin verdanken wir diesem Umstand den Vortrag von Stadtplaner Gerd Albers mit seinen ebenso grundlegenden wie bedenkenswerten Beobachtungen zur Stadterneuerung.<sup>3</sup> Eine ebenso differenzierte Rückschau auf das Denkmalthema in der Alten Stadt steht aber noch aus.

Wer darüber referieren wird – dies allerdings auch unter Bezug auf unsere Arbeitstagungen –, muß mitbedenken, daß dabei die Rolle der Denkmalpflege derjenigen der anderen Fachdisziplinen nicht vergleichbar ist. Zwar tragen auch die Konservatoren bei zur Wissensvertiefung in der Stadtgeschichte, zur Erschließung der sozialen Dimension im Stadtleben und zur Beratung in allen einschlägigen Sektoren städtischer

<sup>1</sup> O. Borst, Bericht über die zwanzigjährige Entwicklung und Wirksamkeit der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V., in: Die alte Stadt (7), 2/1980.

<sup>2</sup> Vgl. J. Reulecke, Das Exemplarische und das Besondere: 20 Jahre Stadtgeschichtsforschung in der Alten Stadt; H. Korte, Stadtsoziologie und Alte Stadt, beide in: Die alte Stadt (22), 2/1995, S. 126 bzw. 136 ff.

<sup>3</sup> Vgl. G. Albers, ebda., S. 111 f.

Fachplanung. Der wesentliche Unterschied liegt jedoch in der Tatsache: Die Denkmalpflege ist im interdisziplinären Partner-Feld der Alten Stadt als einzige Fachvertretung auch behördlich institutionalisiert.

Sie ist zwar gleichfalls mit Vorträgen, Zeitschriftenbeiträgen und mit Exkursionsführungen an der fachlichen Gemeinschaftsarbeit beteiligt. Sie sitzt also »mit im Boot«, dies aber – sei es selbst verursacht oder sei sie mehr von den Partnern gedanklich dort angesiedelt – doch oft genug (um im Bild zu bleiben) auf einer gesonderten Bank.

Das hat zunächst schon damit zu tun, daß unsere Mitglieder in der Hauptsache Städte sind, die mit den jeweils zuständigen Vertretern der Denkmalpflege täglich und vielfältig in der Auseinandersetzung oder sogar im Konflikt stehen. Auch im Zusammensitzen und Zusammenwirken innerhalb unserer Tagungen lassen sich die zu meist zweierlei Positionen im Verhältnis Stadtpolitik und Denkmalpflege nicht ausblenden.

So hat zum einen die kommunale Verantwortung bei allem Denkmalwollen eben auch die Gesamtheit stadtnotwendiger Maßnahmen, wirtschaftliche Überlegungen und Entwicklungsvorstellungen zu bedenken. Aus einigem Abstand zu den Realitäten gibt es zu diesem Sachverhalt die wohlwollende Umschreibung: Kommunalpolitiker haben nicht nur Geschichte zu bewahren, sondern ihrerseits auch immer wieder von neuem Geschichte zu bewirken.

## 2. Im Spannungsfeld von Stadtpolitik

Selbst denkmalfreundlich weiterplanende Stadtpolitik stößt im Geschichtsbestand immer wieder an »überzogene« Grenzen, die der Denkmalpfleger zu vertreten hat. Der wiederum wird – oder zumindest sollte es nicht dabei bewenden lassen, im Denkmaldissens seine fachliche und nicht selten unbequeme Auffassung nur zu behaupten oder in der Form von Auflagen zu präsentieren und alles weitere an Konfliktbewältigung der Entscheidung den Denkmalschutzbehörden zu überlassen. – Im Gegenteil: Zumindest für den ernsthaften Konservator beginnt ja die eigentliche Aufgabe erst dort, wo der fachliche Stempel »erhaltenswert« beim Stadtpartner eben nicht auf Anhieb Akzeptanz finden kann, und das Denkmalwerte daher über die wissenschaftlich-gescheite Begründung hinaus erst einmal allgemeinverständlich vermittelt sein will; und sie beginnt zum anderen dort, wo nur geduldig-gesprächsweise auszuloten ist, auf welche Weise die kommunalen Anliegen mit dem Denkmalbedarf in Einklang zu bringen sind.

Denkmalpflege ist nun einmal kein Harmonieunternehmen, sondern von jeher eine Auseinandersetzung zwischen einerseits Gegenwartsbedürfnissen und andererseits den ebenso legitimen Denkmalbelangen. In diesem Sinn wird auch die heutige Denkmalpraxis in den Altstädten weiterhin getragen von Konfliktbereitschaft – oder bes-

ser noch: vom politisch-Denken. Und politisch-Denken heißt noch immer zuerst mit dem Kopf des Anderen denken.

Es gibt mittlerweile aber auch gegenteilige Beobachtungen. Dies beispielsweise auf der Stadtseite, wo die aktuelle Berufungsmöglichkeit auf wirtschaftlich-existenzielle Notwendigkeiten, auf Haushaltsfragen, auf Arbeitsplätze usw. im Denkmalkonflikt zu einer spürbar schärferen Gangart geführt hat. Zudem begegnet der Denkmalpflege inzwischen dort und da auch eine jüngere Bürgermeistergeneration, der weder die hautnahen Erfahrungen aus den stadtzerstörerischen Nachkriegsjahrzehnten geläufig sein kann, noch die daraus resultierende seinerzeit pionierhafte Altstadtzuwendung ihrer Amtsvorgänger – und so auch nicht der lohnende Sinn stadtDenkmalpflegerischer Herausforderung.

Gerade vor diesem Hintergrund bieten unsere Tagungen durch die sozusagen geballte Präsenz von Mitgliedsstädten wohl eine einzigartige Möglichkeit zum Austausch in StadtDenkmalfragen, um mehr Verständnis für begründete Auffassungen im Konservatorenauftrag zu gewinnen und um über die Anliegen und Besorgnisse der Städte wenigstens ins Gespräch zu kommen.

Ob es überhaupt erstrebenswert sein soll, im Verhältnis Stadtpolitik und Denkmalpflege zu einer uneingeschränkten Arm-in-Arm-Unternehmung zu kommen, das sei hier offen gelassen. Auseinandersetzungen um Denkmalfragen haben – soweit es nicht gerade um handfeste Abbruchfragen geht – mitunter nicht nur einen gewissen Unterhaltungswert; vielmehr wird damit die Denkmalfrage, für deren Praxis es – wie mit der Charta von Venedig – zwar Leitgesichtspunkte, aber keine Rezepte gibt, stets von neuem und als Herausforderung für beide Seiten virulent gehalten.

## 3. Zur Rolle des Geschichtlichen im Konservatorenauftrag

Die Erfahrung lehrt: Geschichtsdenkmale werden trotz gutem Denkmalschutzgesetz und trotz Steuerpräferenzen oder Zuschußhilfen letztendlich nur dort sinnvoll erhalten, wo man sie auch erhalten will. Jedes Harmonisierungsbestreben stößt zudem spätestens dort an eine Grenze, wo das Wirken und der Auftritt der Fachdenkmalpflege immer auch mitbestimmt wird vom schon zitierten Zuschnitt des Amtlichen, des Behördlichen und in diesem Rahmen auch von der ständigen Berufungsmöglichkeit auf das Denkmalschutzgesetz.

Das hat natürlich zunächst auch damit zu tun, daß Konservatoren ihre fachlichen Vorgaben mitunter allzu kurzfristig zu amtlichen Auflagen formulieren und schon auf das Gesetz verweisen oder mit rechtlichen Verfahrensbestimmungen argumentieren, noch bevor sie alle Chancen ausgelotet haben, in verständlicher Vermittlung ein emotionales Denkmalverständnis der Öffentlichkeit mit den fachlichen Kriterien in Einklang zu bringen.

Und was die heutigen Denkmalschutzgesetze anbelangt: Gerade unsere Mitglieds-

städte wissen aus unmittelbar nachwirkender Anschauung heraus sehr wohl um die Ursachen, die in den 60er und 70er Jahren im Zusammenhang mit der damals zerstörerischen Denkmalgleichgültigkeit, ja Denkmalfeindlichkeit, überall zum Erlaß von Schutzbestimmungen geführt haben. Heute hingegen, d. h. zu Zeiten eines guten Denkmalklimas, ist es mitunter schwer nachvollziehbar, warum etwa der Neuanstrich am alten Fensterladen, der Dachausbau oder die Erhaltung von alten Putzresten genauso mit dem hoheitlichen Zeigefinger rechtlicher Bestimmungen abgehandelt werden muß wie der Konflikt um das kaltschnäuzige Abbruchvorhaben.

In der Tat: Es gehört zu den wichtigsten und gleichermaßen schwierigsten Facetten im Konservatorenalltag, den Umgang mit nicht nur verfügbar, sondern auch verpflichtenden schutzrechtlichen Bestimmungen so zu halten, daß die Vermittlung begründeter denkmalpflegerischer Forderungen nicht im fachlichen Rechthaben steckenbleibt, sondern beim Denkmaleigentümer auch Einsicht und Akzeptanz gewinnt. Es führt allerdings nicht weiter, wenn vor dem Hintergrund solcher Schwierigkeiten die denkmalpflegerischen Anliegen in der »Alten Stadt« förmlich warnend abgerückt werden von der institutionalen Eigendynamik »drückender« oder »überzogener« staatlicher Denkmalpflege.

In diesem Sinne wurde auch in unserer Zeitschrift das Wirken »machtvoller« Denkmalämter und mehr noch das denkmalpflegerische Hantieren mit einem (behördlich verordneten) Geschichtsbegriff kritisch kommentiert, der – unterstelltermaßen – nur auf »museale Festschreibung«, auf »Käseglocke«, auf »unabdingbare« Erhaltung, auf Neuherstellung von längst Vergangenen und so auf Verhinderung von Gegenwart ausgerichtet sei.<sup>4</sup> Die Vorbehalte gegen das Behördliche heutiger Denkmalpflege sind mitunter tief verankert.

Nun wird die institutionalisierte Konservatorenarbeit kritische Herausforderungen nicht nur hinnehmen; im Gegenteil: sie braucht sie. Generalisierende Kritik ist allerdings dort schwierig zu diskutieren, wo sie als Ineinander von emotionalen Vorbehalten, von Mißverständnissen zur Rolle des Geschichtlichen im Konservatorenauftrag und als Verallgemeinerung von überzogenen Einzelfällen eingebracht wird.

Hingegen wird es lohnend sein, der Konservatorenpraxis dort nachzugehen, wo sie mitunter in gewandelten Fachpositionen auftritt. Schließlich sind es gerade die alten Städte als Dauerpartner der Denkmalpflege, denen die konservatorischen Maßgaben zwar nicht von heute auf morgen, aber im Lauf der letzten Jahrzehnte mit deutlich gewandelten Leitvorstellungen begegnen. Wo noch vor wenigen Jahren in der Althausinstandsetzung der neuwertig-ursprüngliche Zustand als denkmalpflegerische Leistung gefeiert wurde, ist heute behutsame Reparatur des überkommenen Bestandes angesagt. Für Neubauten in der Altstadtlücke war noch vor 20 Jahren überwiegend

<sup>4</sup> Vgl. u. a. O. Borst, Vom Nutzen und Nachteil der Denkmalpflege für das Leben, in: Die alte Stadt (15), 1/1988.

möglichst unauffälliges Einordnen, ja gestalterisches Versteckspiel gefordert; inzwischen wird der kreativ neu erkennbaren Gegenwartsarchitektur das Wort geredet.

War Fachwerkfreilegung vorgestern auch denkmalpflegerisch noch »der Renner« in der Altstadterneuerung, so wird heute überwiegend nur Verputzreparatur gefordert. Dieselbe Konservatorensseite, die einst in großem Zeitaufwand mit dem verbissenen Streit um Sprossen- und Ganzscheibenfenster beschäftigt war, sitzt heute mit in der Tischrunde für Stadtentwicklungsthemen und fragt nach den Auswirkungen der FOC-Probleme für die Kernstadt.

Viele unserer Städte habe diese Entwicklung in Ursache und Wirkung mitgedacht und dort mitgetragen, wo ihnen die neuen Fachakzente nicht einfach präsentiert, sondern wo sie informiert und mit einbezogen wurden in jenen ständigen Klärungsprozeß, mit dem die Denkmalpfleger selbst in der ständigen fachlichen Auseinandersetzung stehen um den richtigen Weg zur sinnvollen Pflege und Weitergabe ihrer Schützlinge.

Andere wiederum zitieren diesen Wandel kurzfristig im Sinne des Beliebigen als Moden. Selbstverständlich ist der sogenannte Wandel immer wieder auch Gegenstand theoretisch-abgehobener Betrachtungen. In diesem Sinne wurde in unserer Zeitschrift über den »Wandel« sogar im Denkmalverständnis und im Denkmalbegriff reflektiert.<sup>5</sup> Es sei allerdings dahingestellt, wie weit derlei Nachdenklichkeiten für den denkmaloffenen Stadtpolitiker und für den Fachpartner auf der Baustelle in der Altstadtpraxis wirklich hilfreich, bzw. für den Sinn der Denkmalbetreuung auch klärend sein können.

Nun gibt es seit den Anfängen der Denkmalpflege vielerlei und glückliche Formulierungen zum Grundsinn des Denkmalthemas und so als Begründung für Denkmalpflege und Denkmalschutz. Aber unabhängig von jeder Theoriediskussion ist doch fraglos die Tatsache, daß Geschichtsdenkmale vielfältige Erfahrung aus der Vergangenheit vermitteln, unverzichtbare Erfahrung darüber, wie die Menschen früher ihre Lebensverhältnisse bewältigten, wie sie zu allen Zeiten gesellschaftlichen Bedeutungen baulich oder künstlerisch Ausdruck gegeben haben. Sie stifteten Erinnerungsfähigkeit und gleichermaßen jene Orientierungsmöglichkeit in Zeit und Raum, mit denen schließlich – bewußt artikuliert oder unbewußt empfundene – Grundbedürfnisse des Menschen eingelöst wurden.

Nun hat in diesem Sinn noch jedweder Umgang mit Denkmälern – ausgenommen die Demolierung – für sich in Anspruch genommen, im Denkmal zuallererst dem Geschichtsdenkmal verpflichtet zu sein. Aber aus Erfahrung heraus wird allerdings auch gesagt: Denkmalpflege ist eine Verhaltensweise zur Geschichte, eine Sache also des

<sup>5</sup> Vgl. u. a. M. Metschies, »Erweiterter«, gewandelter oder unveränderter Denkmalbegriff, in: Die alte Stadt (23), 3/1996; ders., Die Tradition der Traditionslosigkeit. Zu Denkmalbewußtsein und Denkmalverständnis in den sechziger und siebziger Jahren, in: Die alte Stadt (25), 3/1998.

jeweiligen Geschichtsverständnisses. Denn in der Denkmalpraxis begegnen seit ihren Anfängen unter Berufung auf das Stichwort Geschichtszeugnis immer auch höchst unterschiedliche Handlungsziele und dementsprechend Resultate. So zum einen das Bestreben, an und mit den Denkmälern Historisches, Vergangenes oder Verdecktes, wieder schaubar zu machen, »ursprüngliche Schönheit« originalgetreu als Geschichtsbild wiederherzustellen – bis hin zu jenen auch heute wieder aktuellen Rekonstruktionen, mit denen nicht nur die scheinbar beliebig machbare Wiederholbarkeit von längst Verlorenem demonstriert, sondern schließlich auch der Sinn der mitunter schwierigen Original-Erhaltung schlichtweg ausgehebelt wird. Zum anderen, und ebenfalls zu allen Zeiten das Bestreben, das ständige Anmahnen bzw. die Rückkehr zu jenem schlichten in-Ordnung-bringen, das bau-ästhetisch und baupflegerisch zwar allen Schäden und Notwendigkeiten Rechnung trägt, aber so viel wie vernünftig möglich auch der Erhaltung der Alters- und Gebrauchsspuren. »Erst die Originalität der Bausubstanz in ihrer ablesbar handwerklichen Handschrift und mit den mehr oder minder ausgeprägten Spuren des Alters dieser Gebäude ist die Geschichte selbst.«<sup>6</sup>

#### 4. Denkmalpflegerische Handlungsmöglichkeiten

Auch in den unterschiedlichen Erneuerungsergebnissen aus dem mittlerweile 40jährigen Sanierungsgeschehen spiegelt sich die hier nur in den Eckpositionen anskizzierte Bandbreite denkmalpflegerischer Handlungsmöglichkeiten. Und wie im Zeitraffer begegnen uns in den erst wenigen Sanierungsjahren der ostdeutschen Altstädte dieselben Beobachtungen. Der Wechselweg von der allzu gründlichen »Runderneuerung« hin zu den Anliegen einer »sanften« Instandsetzung ist in unseren alten Städten hinreichend bekannt. Ebenso die heutige konservatorische Vorgabe für die Althauserneuerung, die mit gründlicher Voruntersuchung, mit spezieller Hausforschung und mit Achtsamkeit auch auf den sozialen Charakter des Althauses zwar schon vom Zeitaufwand her dort und da zunächst nur widerwillig eingelöst, die in ihren immer wieder überraschenden Erkenntnissen aber schlußendlich dann doch mitgetragen werden.

Wie weit mit der bloßen und mitunter allzu emotionalen Abkehr von den Kulissensanierungen der 70er und 80er Jahre überall auch schon die tragfähige Einsicht in den Sinn schonender Praxis und daraus weniger attraktiver Denkmalergebnisse erreicht wurde, dazu sollte man auch in diesem Zusammenhang offenen Fragen nicht ausweichen. Verräterisch ist zumindest schon einmal das süffisant-arrogante Vokabular, mit dem die Praxis des »Erstrahlt in neuem Glanze« durch Schlagworte wie

<sup>6</sup> A. Gebeßler, Altstadt und Denkmalpflege, in: Eine Zukunft für unsere Vergangenheit, Ausstellungskatalog Europäisches Denkmalschutzjahr 1975, München 1975.

»Puppenstube«, »Disneyland« oder »historisches Trachtenfest« inzwischen abgetan wurde.

Auch auf unserer Jahrestagung 1987 in Ladenburg wurde die Praxis allzu neuwertiger Vorweisergebnisse mit überraschender Einmütigkeit abgeurteilt. »Überraschend« jedenfalls bei jenen Mitgliedsstädten, deren Sanierungserfolge in der breiten Stadtöffentlichkeit immerhin mit der Akzeptanz gerade solcher Beispiele zu tun hatten. Im Festvortrag brachte es der Schriftsteller Peter Härtling auf den Nenner: »Unsere Städte werden so schön, wie sie vordem nie gewesen sind.«<sup>7</sup> Diese Art Kritik hatte zugegebenermaßen auch einen gewissen Unterhaltungswert. Sie sollte allerdings dort nachdenklich stimmen, wo damit dreierlei ausgeblendet wurde:

Zum einen die Tatsache, daß in den Anfängen der Stadterneuerung die vordem jahrzehntelang vernachlässigten Stadtkerne gerade durch die neuwertig-ansehnswert wieder hergestellten Althäuser von der Stadtbevölkerung endlich wieder als Lebensraum begriffen, angenommen und so auch erhaltende Zuwendung gewinnen konnten. Zweitens: Erst in der Folge war aus der Not eine Tugend geworden. Der öffentliche Beifall für die wiedergewonnene Schönheit am einen Haus wurde zum opportunistischen Handlungsbedarf am nächsten. Die damals Fachverantwortlichen, gerade auch so manche Denkmalpfleger müssen sich fragen lassen, wie weit sie die emotional begeisterte Zustimmung in populistischer Weise mit als Veranlassung wahrgenommen haben, die maroden Althausgesichter nicht nur auf wieder-ansehnswert zu behandeln, sondern sie auch weiterhin mit der bekannten Berufung auf »historisch befundgetreu« um 300 oder 400 Jahre zurückzurestaurieren. Schließlich ist für die weitere stadtdenkmalpflegerische Praxis als drittes nachdenkenswert die Rolle des Stadtbildthemas. Stadtbildpflege ist in den Kommunen heute vielfach institutionalisiert. Sie ist von ihren Anfängen an Begleiter der Stadterneuerung und ist dort Bestandteil der Stadtdenkmalpflege – und nicht umgekehrt –, wo sie ihren legitimen Auftrag im gegenwartsoffenen Einwirken auf (was immer das heißt) störungsfreies Einordnen neugestalterischer Notwendigkeiten wahrnimmt.

In der jeweiligen Stadtpolitik ist Stadtbildpflege insofern besonders konsensfähig, als sie darüber hinaus, inzwischen mehr noch als Instrument, zur gestalterischen Stadtbereicherung und -aufwertung gesehen wird. Die in diesem Sinn attraktiven, mitunter fragwürdigen Aktivitäten sind hier nicht zu werten, sondern nur dort anzumahnen, wo dieser Trend direkt oder indirekt auch weiterhin auf so manche Baudenkmalanierung, d. h. auf den Zugewinn an sehenswert renovierten, vordem »verschütteten« bzw. seit Generationen so nicht mehr gekannten Hausgesichtern weiterwirkt.

Rückschauend wird man sagen müssen: die Denkmalseite hat es von Anfang an versäumt, das Zweierlei von Stadtbildpflege und Stadtdenkmalpflege und damit einen

<sup>7</sup> Vgl. P. Härtling, Stadtgedächtnis – gedachte Stadt, in: Die alte Stadt (14) 3/87, S. 229 ff.

kritischen Kernpunkt in der Stadtsanierung einsichtig zu vermitteln oder zumindest an der Denkmalbaustelle immer wieder ins Gespräch zu bringen.

Zwar wurden gerade auch in unserer Zeitschrift schon frühzeitig – schon im ersten Beitrag des ersten Heftes (!) – wiederholt und eindringlich die vielfältig nachteiligen Auswirkungen angemahnt, die sich für die materiellen Geschichtswerte in der Stadtbau-landschaft aus der Dominanz des Gestalterischen im Stadtverständnis ergeben – aus der »merkwürdigen Unsicherheit gegenüber dem Problemkomplex Stadtgeschichte«.<sup>8</sup>

Aber erst die schrittweisen Erfahrungen aus der Praxis haben schließlich die problematischen Auswirkungen des Stadtbildthemas inzwischen minimiert. Erst die unmittelbare und staunende Begegnung beispielsweise mit der Fülle anschaulich vermittelter Geschichtsspuren selbst im unscheinbaren Handwerkerhaus hat mittlerweile dazu geführt, daß nun auch baugestalterisch anonyme bzw. für das Stadtbildanliegen wenig attraktive Hausgestalten als erhaltenswert gelten.

Gleichwohl: beide Seiten, Stadtpolitik und StadtDenkmalpflege, werden auch künftig kraft der Eigendynamik des Stadtbildthemas und auch über spontane Bekundungen wie die aus der zitierten Ladenburg-Tagung hinweg mit Konflikt-Zündstoff versorgt.

Nicht anders wird es beim Neubauthema sein. Es liegt offenbar in der Natur der Sache, daß neue Bauvorhaben weiterhin nicht zuerst anhand der neuen Nutzung und deren Altstadtverträglichkeit kritisch befragt werden, sondern zumeist allein unter gestalterischen Gesichtspunkten. Wirklich irritierend daran ist heute – und in wieviel altstädtischen Bauwettbewerben zu beobachten – die mutwillige Verkürzung komplexer gestalterischer Orientierungspunkte auf die abstrakte Forderung nach Qualität.

Unter dem Eingangs-Stichwort Standortbestimmung sollte es hilfreich sein, rückschauend auch in diesem stadtDenkmalpflegerischen Aufgabenfeld zumindest die Anfänge, die »Wandlungen« und die Entwicklungsschritte zu erinnern. Schließlich hat die uralte Aufgabe der baulichen Stadt-Fortschreibung inzwischen auch in unseren Jahren zu kreativ-beachtlichen und ideologisch unverkrampften, ja bemerkenswert schönen Neubauleistungen mit bewußt nachbarschaftlichem Grundverhalten geführt. Umso mehr ist selbst bei ernsthaften Architekten und bei so manchem Stadtbauverantwortlichen die Maßgabe kritisch zu markieren, wonach für den »Neubau im historischen Zusammenhang« zuallererst Qualität und nichts als Qualität einzufordern sei.

##### 5. Geschichtszeugnisse und Altstadtverständnis

Nun stehen das Erhalten von Geschichtszeugnissen und das neue Bauen bekanntlich schon von Anbeginn des Denkmalthemas in einer Wechselwirkung zueinander. Die-

<sup>8</sup> Vgl. C. Meckseper, Stadtbild, Denkmal und Geschichte. Zur Funktion des Historischen, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege (1) 1974, S. 2.

selben inhaltlichen Anliegen, mit dem Denkmalpflege das Erhalten begründet – sei es im 19. Jahrhundert die Bezugnahme auf mittelalterliche Größe, oder sei es später das Deutsche und das Heimatliche in der überlieferten Baukultur – begegnen als Zeitströmung auch in der jeweiligen Neuarchitektur.

Seit der Nachkriegszeit hingegen ist das Bauen in der alten Stadt, überhaupt die wachsende Stadtgestaltungseuphorie und auch das Altstadtverständnis weithin gekennzeichnet von rein formalästhetischen Gesichtspunkten – durch eine »erstaunliche Nichtbeachtung von inhaltlichen Aspekten formaler Qualitäten«.<sup>9</sup> Mit ausschlaggebend dafür ist das sattsam bekannte Baugeschehen der 60er und 70er Jahre.

Das erschreckende Übermaß an Abbruch und Neubau und mehr noch die rücksichtslose, nachbarschaftsblinde Art und Weise der Baugestaltung haben damals auch in der breiten Öffentlichkeit die Persönlichkeit und die Verletzlichkeit altstädtischer Baulandschaft schlagartig bewußt gemacht.

Das Aufbegehren richtete sich allerdings nicht gegen die eigentlichen Ursachen in jener Stadtpolitik, die sich am Ziel dynamisch-wirtschaftlicher Aufwertung oder an der Sanierungsideologie von Licht, Luft und Sonne orientierte, sondern an den im Stadtbild überall sichtbaren Resultaten dieser Politik. Als plakative Feindbilder wurden also die Architekten markiert. Der Stuttgarter Oberbürgermeister konnte damals unwidersprochen behaupten: Schuld an der Misere in unseren Innenstädten sind nicht die Gemeinden, sondern die Architekten.

Rückschauend auf die folgende Zeit bis in die 80er Jahre ist die Altsstadtdiskussion und der praktische Umgang mit Altstadt – in arger Verkürzung gesagt – letztlich ein Reagieren auf diesen Neubaueinbruch. Die damalige Denkmalpflege war noch nicht in der Lage, über die sog. Prinzipalstücke in der altstädtischen Baulandschaft hinaus, d. h. neben Kirche, Rathaus und repräsentativen Bürgerhäusern auch den abbruchbedrohten einfacheren Hausbestand in seiner Bedeutung für das Stadtganze zu erschließen bzw. in seinem Zeugniswert auch geltend zu machen.

Sie setzte vielmehr einerseits in mitunter populistischer Weise auf das unerhörte Echo aus dem gestalterischen Zugewinn renovierter Fassadenbilder, die in der Stadtöffentlichkeit vor allem Akzeptanz gewinnen konnten als humane Alternative zum bedrohlich uniformen Neubaugeschehen. Andererseits und intensiver noch versuchten so manche Konservatoren mit formalen Korrekturen auf die Altstadtverträglichkeit des Neuen einzuwirken. In eben solchem Aufgabenverständnis wurden sie als bald und rechtens kritisch apostrophiert als »Tekturbüro in Sachen historisch«.

##### 5.1. Gestaltungssatzungen: Königsweg oder Sackgasse?

Selbstkritische Nachdenklichkeit stellte sich erst dort ein, wo die Denkmalpflege in der Rolle gestalterischer AltstadtFürsorge von der Architektenseite sozusagen über-

<sup>9</sup> Ebda., S. 2.

holt wurde. Ausschlaggebend dafür war die Masse jener Bauanträge, die mit altstädtischer Anpassung vorgelegt wurden in der nicht unbegründeten Erwartung, daß mit Dachkörper, kleinmaßstäblicher Anbietung bis hin zur allzu durchsichtigen Kopiebereitschaft der Abbruch- und Neubuantrag umso eher den Weg über den Amtschreibtisch nehmen konnte.

Der Erlaß von städtischen Gestaltungssatzungen und daraus die nicht unbegründete Befürchtung normierter »Gemeinderatsarchitektur« hat die Jahrzehnte hindurch währende Dauerbrennerdiskussion um dieses Thema zusätzlich polarisiert. Vor dem Hintergrund derart fragwürdiger Entwicklungen ist es jedenfalls nachvollziehbar, wenn ersthafte Architekten über das Selbstverständliche dieser Auffassung hinaus programmatisch für Qualität votierten.

Wo allerdings diese Forderung, wie es dort und da geschieht, aus ideologischer Grundposition heraus behauptet wird, dort setzt sie das Gebot der Auseinandersetzung, das »Vorgespräch« mit der vorhandenen Baunachbarschaft als die wesentliche Voraussetzung für nachbarschaftliches Kontextverhalten leichtfertig außer Kraft und transportiert noch immer belastende Mißverständnisse. Gefährlich beispielsweise in der verbreiteten Auffassung, wonach das abbruchbedrohte Denkmalgebäude dort dann auch wirklich ausgespielt hat, wo die geplante Ersatzarchitektur mehr (funktionale und) Gestaltqualität verspricht. Würde diese Auffassung unwidersprochen allgemein Geltung gewinnen dürfen, müßte über die Hälfte der Kulturdenkmale schon vorsorglich abgeschrieben werden.

Die bloße Berufung auf Gestaltqualität und damit die Vernachlässigung geschichtlicher Qualität führt mitunter zu absurden Wegen, die sogar das Selbstverständnis heutiger Architektenschaft in Frage stellen lassen. So wird man sagen müssen, wenn nicht etwa Denkmalpfleger, sondern namhafte Architekten unter Berufung auf Qualität beispielsweise in Berlin mit der Schinkelschen Bauakademie ebenso zur Rekonstruktion längst verlorener Bauwerke auffordern – wie in den 80er Jahren schon das Preisgerichtsvotum eines Neubauwettbewerbes in Frankfurt zur Nachbildung der Römerberg-Bebauung geführt hatte.

Zumindest hat die bedachte Denkmalpflege in diesem Streitfeld längst – zwar nicht aus modischem Wandel, sondern aus Erfahrung heraus – wieder zu jenem Aufgabenverständnis gefunden, das ihr nicht von der Gestaltungsseite, sondern vom Denkmal her aufgetragen ist: Zuallererst die Erschließung der noch vorhandenen Denkmalnachbarschaft in ihrem geschichtlich begründeten Bauarakter, sodann dessen verständliche Vermittlung in einer Weise an den Architekten, daß sein Neubau mit dem Alten kreativ in Dialog treten und damit Stadtfortschreibung leisten kann.

In diesem Sinne hat beispielsweise die Lüneburg-Tagung unserer Arbeitsgemeinschaft zum »Bauen in alter Umgebung«<sup>10</sup> beides deutlich gemacht: Einerseits die be-

<sup>10</sup> Vgl. M. Sack, Bauen in der alten Stadt, in: Die alte Stadt (23), 4/1996, S. 332 ff.

gründete Absage an jedes gestalterisch anbietende »Nachsingen« – bis hin zur Demaskierung aktueller Rekonstruktionsunternehmungen, andererseits die beispielhafte Veranschaulichung zum Entstehen von Qualität auch durch die fragende Begegnung mit dem Älteren durch jenes »zuerst Umschauhalten«, wie es Max Bächer genannt hat. Gegenwartsarchitektur in der Altstadt nicht als Neubauen verstanden, sondern als Weiterbauen. Qualität durch die Qualitas, der Auseinandersetzung mit der Denkmalnachbarschaft.

Mit dem bisher Gesagten sollte klar sein: Denkmalpflege hat weder im wiederherstellenden Umgang mit ihren Schützlingen noch in der Neubaufgabe nach Gestaltqualität zu fragen, sondern allem anderen voraus nach den Auswirkungen auf den Geschichtscharakter. Aus dieser Position ergibt sich im Vergleich zu den weithin plakativ geführten Auseinandersetzungen etwa im Denkmalschutzjahr 1975 zwar nur noch wenig an attraktivem Streitwert – dafür umso mehr an ständigem Erklärungsbedarf.

In diesem Sinne haben Konservatoren immer dort hinterfragend und klärend einzuwirken, wo die gute Einzellösung von Denkmalnöten allzu vorbehaltlos als genereller Erfolgsweg verstanden und praktiziert wird. Dies gilt beispielsweise für das Großthema der Denkmalumnutzung. Sie ist in unseren Städten aktuelles Hauptproblemfeld und soll deswegen, auch unter dem Stichwort »Wandel« nicht ausgeklammert werden.

### 5.2. Umnutzung und Geschichtscharakter

Noch vor zwei, drei Jahrzehnten hat der tiefgreifende Wandel gesellschaftlicher Nutzungsbedürfnisse bekanntlich unendlich viele bauliche Geschichtszeugnisse soz. ins Abseits gebracht. Zudem wurde jene gängige Auffassung bedrohlich, für die sich das »nutzungslos« handbreit daneben mit »nutzlos« verbindet. Vor diesem Hintergrund gehört es heute zum wohl größten Fortschritt im Denkmalthema, daß durch intelligente Um- oder Neunutzung mittlerweile mancher Abbruchkandidat eine Erhaltungschance gewinnen konnte. Und mehr noch: Vielfach führte der nutzungsbedingte maßvolle Umbau dazu, daß das Baudenkmal durch das – im Notwendigen erkennbare – neugestalterische Zutun um eine zusätzlich ablesbare Geschichtsschicht bereichert wurde.

Inzwischen ist auch in diesem Aufgabenbereich aus der Not eine Tugend geworden, eine Art Umnutzungseuphorie: Die Umbaunotwendigkeit wurde vielfach als Gestaltungschance begriffen, als Möglichkeit zum ästhetisch-faszinierenden Neben- oder Ineinander von unterschiedlichen Zeitschichten, aus der sich mittlerweile fast eine neue Art Architekturgattung entwickelt hat. In unserer Mosbach-Tagung 1997 wurde auf diesen Sachverhalt kritisch differenzierend aufmerksam gemacht.<sup>11</sup> Ohne Rezepthaftigkeit wurde jene immer schwierige Schwelle zwischen Denkmalvorteil und

<sup>11</sup> Vgl. U. Kerkhoff, Denkmal-Nutzung zwischen Chance und Verfremdung. Das Beispiel Festung Gernersheim, in: Die alte Stadt (25), 2/1998, S. 121 ff.

-nachteil spürbar gemacht, wo die grundsätzlich begrüßenswerte Neunutzung umkippt zum verletzenden Eingriff und zur Verfremdung. Schließlich gibt es neben den vielfach bereichernden Neunutzungslösungen inzwischen hinreichend Beispiele (und dies nicht nur im bekannten Umbau nutzungsloser Scheunen zu chicen Wohnungen), wo das Denkmalgebäude nach der Umnutzung nur insofern noch erhalten ist, als es nicht abgebrochen wurde.

Es gibt von ernsthafter Konservatorensseite den Satz, wonach das Denkmal nicht nur das Recht hat auf Erhaltung und auf Vergänglichkeit, sondern gegebenenfalls auf Veränderung, wenn es – und nur mit der Ergänzung ist dieser Satz auch zitierfähig – nach der notwendigen Veränderung immer noch befragbar ist auf seinen geschichtlichen Charakter. Was dies genau heißt, das läßt sich, wie all die vielartigen Fachfragen in der alten Stadt, nur in geduldiger Annäherung am konkreten Objekt verdeutlichen. Unser Tagungslokal in Mosbach, die Alte Mälzerei, war dafür ein vorbildlich anschauliches Beispiel. Aber mehr noch, inwiefern hier durch maßvoll gestalterisches Zutun die neue funktionale Bestimmung als kernstadtnahe Stadthalle mit gesamtstädtischen Nutzungsbedürfnissen eingelöst wurde.

#### 6. Zeitbedingtheit in der Denkmalpflege

Unsere Altstädte haben – gleichermaßen wie die Institution Denkmalpflege – dauerhaft mit Denkmälern zu tun. Sie sollten gleichermaßen immer wieder mitbedenken, daß der Umgang mit Geschichtszeugnissen inzwischen selbst eine Geschichte hat. Jedes bedachte Denkmalhandeln orientiert sich zwar an den sinnstiftenden Grundanliegen des Denkmalthemas, wie sie in diesem Zusammenhang angesprochen wurden. Aber in jeder Praxis muß auch in zweifacher Hinsicht das Zeitbedingte ihrer Möglichkeiten bewußt bleiben. So ist zum einen der Umgang mit Kulturdenkmälern immer auch abhängig von zeitbedingt wechselnden Herausforderungen, von Erfahrungen aus Beispielen vorangegangener Ergebnisse, von der öffentlichen Denkmalerwartung, von technischen Erkenntnissen und von den Mechanismen im Wandel des Geschichtsverständnisses.

Zum anderen ist die Erhaltung und Weitergabe von Denkmälern immer auch Daseinsvorsorge für die Zukunft. Auch künftige Generationen werden aus ihrem Geschichtsverständnis heraus wie wir einen Anspruch auf möglichst unversehrte und unverfälschte Zeugnisse aus ihrer Vergangenheit – auf Denkmale – erheben.

Daran sollte ebenfalls gedacht werden. Das Wissen um Zeitbedingtes im jeweiligen Denkmalverständnis und um das zeitbedingt Begrenzte fachtechnischer Möglichkeiten erfordert behutsames Handanlegen am Alten; und vom Neuen in der alten Stadt werden auch künftige Generationen nicht Imitationen von längst Vergangenen, sondern wiederum anschauliche Begegnungsmöglichkeit mit unserer Gegenwart erwarten. Dies steht im Hintergrund, wenn eingangs für das Wirken der Alten Stadt chronikalische Rückschau reklamiert wurde – auch als möglicher Gewinn für den heutigen Umgang mit materieller Stadtgeschichte.

Harald Bodenschatz

## 30 Jahre Kampf um die »Europäische (Groß-)Stadt«

Vor 30 Jahren wurde in (West-)Europa eine neue Ära der Großstadterneuerung eingeleitet: Damals erarbeitete das »rote Bologna« ein Planwerk (»Plan für das historische Zentrum« 1969, »Plan für den sozialen Wohnungsbau im historischen Zentrum« 1972/73), das radikal mit der bis dahin dominanten Kahlschlagsanierung der Nachkriegszeit brach, die im Abriß der »Gorbals« in Glasgow (seit 1957) und des Stadtteils um die Brunnenstraße in West-Berlin (seit 1963) einen gewaltsamen Höhepunkt erreicht hatte. Bolognas eurokommunistische Alternative zum (oftmals sozialdemokratischen) Kahlschlag war folgende: baulicher Erhalt des als städtebauliches Denkmal begriffenen historischen Zentrums, sozialer Erhalt billiger Wohnungen für die in der Altstadt lebenden Bewohner, strikte Begrenzung von Neubauten, die nur in typologischer Rekonstruktion zugelassen waren. Weitergehende Ziele in Richtung einer Kommunalisierung des Wohnungsbestands im Zentrum scheiterten schon bei der Planerarbeitung.

Bologna wurde zur Mitte der 70er Jahre zu einem Wallfahrtsort für Architekten, Stadtplaner, Sozialplaner und Politiker aus aller Welt. Die Faszination des »Modells Bologna« beruhte vor allem auf dessen doppelter Orientierung: zum einen als gestalterische, bildvermittelte, denkmalgerechte, also gebäudebezogene Politik, zum anderen als sozialbezogene Politik hinsichtlich der Nutzung der Gebäude und des Stadtraums. Stadterneuerung, das war das Ziel, sollte die weniger Besitzenden nicht verdrängen. Aber selbst diese doppelte Politik konnte erst durch den Gegenstand selbst ihre suggestive Wirkung entfalten – durch die Altstadt von Bologna, eine der größten und schönsten Altstädte Europas. Damit ist aber zugleich eine Grenze des Bologneser Modells benannt: Die Stadt des 19. Jahrhunderts blieb außen vor, die Stadterneuerung beschränkte sich auf die vorindustrielle Stadt.

Das galt auch für eine andere, osteuropäische Großstadt, die ebenfalls zu den großen Vorbildern einer neuen Kultur der europäischen Stadterneuerung gerechnet werden muß: Krakau. Doch in Krakau korrespondierte eine denkmalpflegeorientierte Stadterneuerung auf höchstem Niveau mit einer traditionellen Sozialstrategie: Die Arbeiterbevölkerung wurde aus der Altstadt verdrängt, nicht durch den Markt, aber durch den Plan. Die Krakauer Stadterneuerung war auf dem sozialen Auge blind.

Wurde in Bologna und Krakau, aber auch in Amsterdam eine neue, großstädtische Altstadterneuerung begründet, so erweiterte sich das Feld der neuen Politik bald, um die Mitte der 70er Jahre, auf die »Stadt des 19. Jahrhunderts«. Hier waren andere



Abb. 1: Bologna. Modellstadt der Großstadterneuerung der 70er Jahre (Foto: H. Bodenschatz, 1975).

Städte beispielgebend: Rotterdam, Glasgow, Wien und West-Berlin. Das nicht mehr ganz so »rote« Wien entwickelte eine Stadterneuerung vor allem im Interesse der Mieter. Rotterdam wurde für umfassende Bewohnerbeteiligung berühmt, setzte aber in baulicher Hinsicht ein Abriß/Neubau-Programm fort. West-Berlin und Glasgow sind vor allem Beispiele einer Wende weg vom Kahlschlag hin zu einer behutsamen Stadterneuerung, Beispiele auch für die Schwierigkeiten solcher Wendungen. Insbesondere in West-Berlin zeigte sich, daß der Abschied von der Kahlschlagsanierung nicht nur der Abschied von einer

Sanierungsvariante war, sondern die Neuorientierung eines gewaltigen Verwaltungsapparates zur Voraussetzung hatte. Wieder war es das Ziel, ärmere Bevölkerungsschichten vor der Verdrängung zu schützen.

Diese Neuorientierung dauerte viele Jahre – und wurde erst durch massive soziale Konflikte und fachliche Proteste erzwungen. Amsterdam, Rotterdam, London und West-Berlin waren Hochburgen der neuen städtischen Bewegungen, die die 70er Jahre prägten: Bewegungen des Kampfes um preiswerte Wohnungen und gegen Abrisse von Altbauten, des Kampfes der Bürgerinitiativen und Hausbesetzer. Die Stadt des 19. Jahrhunderts wurde vor allem zum Gegenstand einer sozialen Erneuerungsstrategie, während ihre Gestalt zwar kulturell rehabilitiert wurde, aber keine vergleichbare Begeisterung wie die Gestalt der vorindustriellen Altstädte entfachen konnte.

In den neuen städtischen Bewegungen spiegelte sich eine säkulare Trendwende hinsichtlich der Wahrnehmung und Nutzung der europäischen Stadt wider. Zur Erinnerung: Seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts verließ das Bürgertum die alte, historische Stadt, die partiell zur City, partiell zu einem Verfallsgebiet wurde. Der bauliche und städtebauliche Bestand des Zentrums wurde – mit wenigen Ausnahmen (Kirchen, öffentlichen Gebäuden und anderen klassischen Baudenkmalern) – als wertlos und nicht erhaltungswürdig angesehen. Die neuen Arbeiterwohngebiete des späten

19. Jahrhunderts galten seit Baubeginn als menschenunwürdig, d. h. als unakzeptabel für die »besseren« Schichten. Diese kulturelle Entwertung der historischen Stadt blieb – mit geringen Modifikationen – bis in die 60er Jahre unseres Jahrhunderts vorherrschend. Die Krise der Kahlschlagsanierung vor 30 Jahren war zugleich eine Krise dieser säkularen Sichtweise. Die neue Wahrnehmung äußerte sich in der Fachwelt bereits vereinzelt in den 60er Jahren – man denke nur an die provozierenden Texte »Leben und Tod großer amerikanischer Städte« von Jane Jacobs (1961) und »Die gemordete Stadt« von Wolf Jobst Siedler (1964), Texte, die ein großes Echo hatten.

Hintergrund der säkularen kulturellen Wende waren gesellschaftliche Umwälzungen, deren Tragweite erst sehr viel später sichtbar wurden. Mitte der 70er Jahre endete nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland die Nachkriegsprosperität, es begann die Ära des Kapitaleexports, die Zeit der Energiekrisen. Die Deindustrialisierung der Städte nahm ihren Lauf, die Zeit der Vollbeschäftigung und des dauernden Wachstums der Masseneinkommen war zu Ende. Die industrielle Gesellschaft transformierte sich in eine postindustrielle Gesellschaft. Dieser Wechsel begann im westlichen Europa, vollzog sich aber auch mit einer gewissen Zeitverzögerung im kommunistischen Ost-Europa. Dazu kamen weitere Faktoren – vor allem die Desillusionierung über die Qualitäten der »modernen Stadt«, die an die Stelle der »alten Stadt« trat. Aus dem Traum von der besseren Stadt war im Zuge von deren praktischem Bau mehr und mehr ein Alptraum geworden. Die Krise der »modernen Stadt« zeigte sich allerdings weniger in Deutschland als etwa in Frankreich und Großbritannien: Dort waren die »Großsiedlungen« spätestens an der Schwelle zu den 80er Jahren zu den sozialräumlich problematischsten Stadtteilen geworden. In der Bundesrepublik Deutschland blieb die Krise der Großsiedlungen auf eine Imagekrise beschränkt, in der DDR waren die Großsiedlungen noch immer attraktiv.

Die kulturelle Umwertung des städtebaulichen Bestands förderte so nicht nur den Abschied von der Kahlschlagsanierung, sondern zugleich das Interesse der Mittelschichten an der historischen Stadt, an der Altstadt wie auch an der Stadt des 19. Jahrhunderts. Das war aber nicht nur ein platonisches Interesse. Die Mittelschichten begannen, die historische Stadt als Wohnort für sich selbst zu entdecken – die behutsam sanierte Stadt mit allem Komfort. Die soziale Aufwertung, von Soziologen gerne »Gentrification« genannt, ist der ungebetene Begleiter der Neuorientierung der europäischen Stadterneuerung – trotz aller gegensätzlichen politischen Ziele. Die historische Stadt wurde seit den 70er Jahren großflächig durch neue, wohlhabendere Schichten angeeignet, die sich durchaus nicht immer für eine sozialräumliche Säuberung aussprachen, die aber faktisch eine soziale Verdrängung durchsetzten. Die Pariser Innenstadt ist ein Paradebeispiel dieser Entwicklung, aber auch München und selbst Bologna: Wer heute durch das historische Zentrum der Hauptstadt der Emilia Romagna flaniert, wird diese soziale Aufwertung eindringlich erleben.

Die Wiederaneignung der historischen Stadt durch die Mittelschichten unterschei-



Abb. 2: Lyon. Modellstadt der Großstadterneuerung in den 90er Jahren (Foto: H. Bodenschatz, 1997).

det die europäische von der US-amerikanischen Großstadt, wenngleich weder diesseits noch jenseits des Atlantiks die Verhältnisse so eindeutig sind. Die Altstädte von Palermo und Genua beispielsweise werden immer noch von den Mittelschichten gemieden. Hier handelt es sich offensichtlich um relativ große Altstädte, die in vorindustrieller Zeit von einem einflußreichen Feudaladel (Palermo) bzw. einem reichen Handelsbürgertum (Genua) geprägt waren, heute aber an wirtschaftlicher Bedeutung erheblich verloren haben und denen daher potente Nachfolgeschichten fehlen. Venedig ist zwar in einer ähnlichen Situation, ist aber durch fluktuierende internationale Mittelschichten übernommen worden.

Im Zuge der Aneignung der historischen Stadt durch die Mittelschichten veränderten sich auch die Schwerpunkte der Stadterneuerung: Verkehrsberuhigung und Stadtgrün haben nicht nur in Bologna das Thema sozialorientierte Wohnungspolitik in den Schatten gestellt. Die neuen sozialen Schichten entwickeln ja nicht nur andere Interessen, sondern auch die Kraft, ihre Interessen in Politik umzumünzen und sich im Verteilungskampf um schrumpfende Mittel zu behaupten. Besonders deutlich wurde das an der Definition dessen, was als ökologische Stadterneuerung gelten soll: etwa Verkehrsberuhigung und Stadtbegrünung. Das sind zweifellos positive Ziele. Allerdings bleibt die für den Lebensstil der Mittelschichten konstitutive, ökologisch aber besonders bedenkliche Praxis, immer mehr Wohnfläche pro Person zu beanspruchen, tabuisiert. Die Subventionierung des steigenden Flächenkonsums wird stillschweigend

akzeptiert – ein Vorgang, der sozial nicht nur die Verdrängung »einkommensschwacher« sozialer Gruppen und die Knappheit im Segment der Billigwohnungen fördert, sondern auch die Entleerung der historischen Stadt, selbst wenn einige Dachgeschosse ausgebaut werden.

Seit den 80er Jahren veränderten sich vor dem Hintergrund der Deindustrialisierung, sozialen Destabilisierung und technologischer Neuerungen die Schwerpunkte der Großstadterneuerung in Europa. Nicht mehr so sehr die Erhaltung historischer baulicher wie sozialer Milieus stand auf der Tagesordnung, sondern mehr und mehr die Frage des Umgangs mit nicht mehr genutzten großen Flächen in der Stadt: mit ehemaligen Industrieflächen, ehemaligen Hafenumgebungen, ehemaligen Eisenbahnflächen, ehemaligen Flughafenflächen usw. Die zunehmende Stadtfucht der Mittelschichten in den suburbanen Raum und der Bau von großen Shoppingcentern außerhalb der Städte bedrohten die überkommenen historischen Städte. Zugleich spitzten sich die sozialen Konflikte in manchen Großsiedlungen an der Peripherie zu. Großstadterneuerung mußte nun auch einen aktiven Beitrag dafür leisten, die Mittelschichten in der historischen Stadt zu halten oder erst dorthin zu locken. In diesem Kontext erhöhte sich auch die Aufmerksamkeit für die städtische Peripherie, und es wurde nach Alternativen für suburbia gesucht.

Damit verschob und erweiterte sich das Themenspektrum des Kampfes um die Europäische Stadt erheblich. Für diese neue Politik der Großstadterneuerung stehen etwa Barcelona, Lyon und Lissabon, aber auch – seit dem Fall der Mauer – Berlin. Die zweite Periode der Großstadterneuerung ist aber durch eine große programmatische Zersplitterung gekennzeichnet. Es gibt keine relativ einheitliche, organisierte Bewegung zur Rettung der europäischen Stadt. So grenzen sich etwa die Vertreter der nachhaltigen Stadt, der sozialen Stadt, der traditionalistischen Stadt, die Vertreter der Stadterneuerung und der Erneuerung der »Zwischenstadt« sehr hart voneinander ab. Allerdings wächst der kulturelle Konsens darüber, daß der Grundriß der historischen Stadt bewahrt oder wiederhergestellt werden soll. Vor diesem Hintergrund erscheint es mir als wichtigste Aufgabe, das Programm zur Rettung der europäischen Großstadt zu flexibilisieren, insbesondere die Konfrontation zwischen der Erneuerung der historischen Stadt und der Erneuerung der Peripherie abzubauen. Dafür bedarf es eines erweiterten Konzepts von Nachhaltigkeit, das ökonomische und kulturelle sowie prozessuale Aspekte einbezieht.

Eugen Schmid

## Altstädtische Urbanität heute und morgen

*Erfahrungen eines Kommunalpolitiklers*<sup>1</sup>

### I.

Das Thema hat offensichtlich objektive und subjektive Komponenten, und sie sind voneinander nicht immer scharf zu trennen.

Was das »Altstädtische« angeht, so bedarf dies im Umfeld eines Vereins, der sich »Die alte Stadt« nennt, wohl kaum einer Interpretation. Der Begriff ist sowohl geschichtlich wie gegenwärtig bestimmt; was er umfaßt, was er ausschließt, ist europaweit notorisch, hier vielleicht etwas deutsch dominiert, wenngleich nicht im nationalen Sinne. Merian vor allem hat die »Alte Stadt« mit ihren Mauern und Türmen, Schlössern und Kirchen, Häusern und Plätzen unserem Gedächtnis unverrückbar eingeprägt. So gewann die »Alte Stadt« in unserer Vorstellung feste Umrisse. Und doch bleiben Fragen, örtliche wie zeitliche: Wo hört die alte Stadt auf, wo beginnt die neue? Welche der in diesem und im letzten Jahrhundert zugewachsenen Quartiere zählen zur »Alten Stadt«? Überhaupt: Wie alt muß eine Stadt sein, um eine »Alte Stadt« zu sein? Doch dies alles sei nur am Rande erwähnt und deshalb, weil die alten Mauern und Stadttore, die einst klar zwischen drinnen und draußen, zwischen Stadt und Land schieden, weitgehend geschleift worden sind, so daß Unschärfen und offene Stadtstrukturen, gleichsam ausgefranste, tintenklecksartige Siedlungsformen entstanden.

Während also die Sinnbilder von der »Alten Stadt« und somit auch vom »Altstädtischen« dem Meinungsstreit weitgehend entrückt sind, ist der ebenfalls gängige Begriff der »Urbanität« durchaus zwiespältiger, und der Vorstellungen, die sich mit ihm verbinden, sind viele. Diese zu beschreiben ist gar nicht einfach. In zwei verbreiteten Lexika habe ich nachgeschlagen, um mich kundiger zu machen, als ich zu sein glaubte – und siehe da, in keinem tauchte das Stichwort auf. Dies überraschte. »Urban«, dieses Adjektiv war umschrieben als fein, gebildet, weltgewandt und – etwas blasser und abgeschwächer – als in der Stadt üblich. Auch »Urbanisation« findet sich, ein Kennwort mit Varianten, die eher polarisierend den Gegensatz von Land und Stadt, auch seine Nivellierung, anklingen lassen. Auf die »Urbanität« aber, diesen doch wohl positiv besetzten Sammelbegriff für das dichte Gewirr von verschiedenen, ja widersprüchlichen und konfliktreichen Lebensformen und Kulturen, die sich auf

engem Raume drängen, darauf kann und muß sich also jeder seinen eigenen Reim machen. Entsprechend zahlreich sind die Empfindungen, und sie werden wiederum mit Begriffen umschrieben wie Toleranz und Aufgeschlossenheit, Emanzipation und Gleichheit, Bürgerlichkeit und Geselligkeit, Provinzialität und Universalität, Liberalität und Aufklärung, Integration und Segregation. Solche Beliebigkeiten oder auch Vor- und Nachrangigkeiten machen die Sache mit der »Urbanität« nicht einfacher: In Wirklichkeit ist sie wohl ebenso zeitlos wie zeitbedingt und vielleicht im Ganzen, je nach persönlicher Neigung, häufig nur mehr Traum denn Wirklichkeit.

Scheinbar Objektives entpuppt sich so rasch als etwas höchst Subjektives. Jeder verbindet mit der Stadt, der alten Stadt im besonderen, entsprechend seinen Empfindungen auch seine eigenen Vorstellungen von Urbanität. Dabei ist die Spannweite der Möglichkeiten, auf denen sich Urbanität entfalten kann, groß. Sie reicht vom Ideal der geometrisch geordneten bis zur faszinierend chaotischen Stadt, vom hochgebauten Jerusalem gleichsam bis zum sündhaften Babylon, von der Kälte der nicht mehr überschaubaren Metropole bis zur Wärme der mittelalterlichen Fachwerk- und Spitzgiebelstadt. Urbanität mag in allen diesen Prototypen möglich sein, flächenhaft sogar, jedenfalls nischenhaft, aber jede konkrete Stadt hat eben jeweils ihre eigene Urbanität oder auch keine.

Unstreitig subjektiv ist der zweite Thementeil. »Erfahrungen des Kommunalpolitiklers« sind allemal höchst persönlich, und zwar so sehr, daß von der eigenen Stadt nicht abstrahiert werden kann. Seit über 22 Jahren ist dieser reale Ort für mich Tübingen, eine traditionelle deutsche Universitäts- und Behördenstadt in Europa, die im Jahre 1078, soweit wir wissen, erstmals urkundlich erwähnt ist und in den letzten sechs Jahrzehnten zweimal großes Glück hatte: Im Zweiten Weltkrieg und beim Einmarsch blieb die Stadt unzerstört, und in der Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders, das mehr städtebauliche Substanz zerstörte als der Krieg, wurde sie nicht »flächensaniert«. »Die alten Straßen noch, die alten Häuser noch...« für das bucklige und krumme Tübingen, für seinen Kern jedenfalls, ist dieser nostalgische Vers bis heute wirklich und wahr.

### II.

Als Tübingen in den sechziger und siebziger Jahren vor der Frage stand, was aus der überkommenen, denkmalträchtigen, aber auch vernachlässigten und in Teilen heruntergewirtschafteten Altstadt werden soll, waren die Überlegungen belastet mit Planungen, die mit dem Begriff der »autogerechten Stadt« umschrieben werden können. Neue Straßenschneisen sollten die Altstadt nicht nur tangieren, sondern auch durchqueren. Zudem war das verwinkelte Zentrum, gerade wegen der verkehrlichen Beeinträchtigungen, in Gefahr, seine Attraktivität immer mehr zu verlieren, zum Ghetto für Randgruppen abzusinken und in seiner Qualität und seinem Ambiente hinter be-

<sup>1</sup> Vortrag, gehalten bei der Internationalen Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt zum Thema »Die alte Stadt morgen« vom 24.–27. April 1997 in Esslingen a. N.

nachbarte, periphere Quartiere zurückzufallen. In dieser Situation kreierte die Stadt ein »Sonderamt für Altstadtsanierung«. Das neue Amt war ein konzeptioneller und personaler Glücksgriff. Es negierte von Anfang an die Prinzipien der »Charta von Athen«, dieses, wie Kritiker heute sagen, Musterbeispiel eines irrenden Planes, der das Heil der Städte in ihrer Atomisierung sah und von gläubigen Stadtplanern und Politikern, religiösen Eiferern gleich, nach dem Zweiten Weltkrieg teilweise unkritisch exekutiert wurde. Tübingen setzte im Gegensatz dazu und der urbanen, europäischen Tradition getreu auf die Mischung städtischer Lebensformen und knüpfte damit auch an spezifische Gepflogenheiten an; so wurde etwa die Universität bei allen ihren exorbitanten Entwicklungssprüngen nie völlig aus der Stadt in einen abseitigen Campus entlassen, sondern immer wieder eingeholt und in Wohn- und Arbeitsplätze eingebettet.

Die Ziele der Tübinger Altstadtsanierung waren in einem Rahmenplan festgehalten, der nach einem langen öffentlichen Diskussionsprozeß vom Gemeinderat als politische Leitlinie für die Erneuerung und Wiederbelebung der ehemals ummauerten Altstadt und einiger vorgelagerter Flächen beschlossen worden war. Darin heißt es beispielsweise:

»Aufgabe der Sanierung ist es, die Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse im Sanierungsgebiet zu verbessern. Hierzu gehört vor allem das Nebeneinander von Wohnen und einer Vielfalt von gewerblichen und kulturellen Tätigkeiten. Das Sanierungsgebiet nimmt überörtliche Versorgungsaufgaben wahr. Die Erhaltung von Handwerksbetrieben ist erwünscht. Die Universität soll ihre historischen Gebäude in der Altstadt weiter nutzen. Ein Ersatz alter Gebäude durch Neubauten soll nur in begründeten Ausnahmefällen vorgenommen werden. Die Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnraums dürfen im Interesse einer ausgewogenen Sozialstruktur nicht dazu führen, daß ansässige Bevölkerungsgruppen, seien es Alte, Kinderreiche, Ausländer oder Studenten, hinausgedrängt werden. Durch die Festlegung von Geschossen, die nur Wohnzwecken dienen dürfen, soll erreicht werden, daß die Bewohner der Altstadt erhalten bleiben. Öffentliche kulturelle und soziale Einrichtungen sind mit Vorrang in historischen Gebäuden unterzubringen. Das Angebot an Wohnfolgeeinrichtungen wie Kindertagesstätten, Schulen, Schülerhorte, Jugendhäuser, Altenzentren und Sozialstationen ist zu erweitern. Der Fahrverkehr ist soweit wie möglich aus dem Innern des Gebiets herauszunehmen und, wie auch größere Parkieranlagen, an seinen Rand zu verlagern. Fußgängerzonen sind zu schaffen und ihre Andienung ist auf bestimmte Tageszeiten zu beschränken.«

### III.

Diese inhaltliche, altstadtpolitische Konzeption, vor jetzt gerade zwanzig Jahren beschlossen, wurde zur Grundlage für die Aufstellung von Bebauungsplänen und für die

Durchführung von Ordnungsmaßnahmen, insbesondere im Bereich der mit Schuppen und Hütten zugebauten Innenhöfe und des historischen, weitgehend versteckten und verdeckelten, mitten durch die Stadt führenden Ammerkanals. Sie wurde flankiert von einer Stadtbildsatzung, die die äußere Gestaltung der Gebäude regelt, und von einem progressiven denkmalschützerischen und denkmalpflegerischen Konsens: Das Typische der Tübinger Altstadt sollte bewahrt werden. Alle diese Ziele waren kommunalpolitisch kaum umstritten.

Mißt man heute die Realität an diesen Grundsätzen, die mit den finanziellen Möglichkeiten des Städtebauförderungsgesetzes und anderer Sanierungsprogramme umgesetzt wurden, dann ist unschwer festzustellen, daß Plan und Vollzug, nicht zuletzt auch dank eines Bewußtseinswandels der Bevölkerung, einen hohen Identitätsgrad erreicht haben. Die Tübinger Altstadt blieb oder wurde jedenfalls wieder »urban«. Bürger, Gäste und Besucher anerkennen, daß Tübingen sein junges Gesicht und seine alte Geschichte pflegt; sie sind von den sichtbaren Erfolgen und von der verbesserten sozialen und kulturellen Ausstattung begeistert. Ein renommierter, ebenso weltläufiger wie kritischer Journalist verstieg sich sogar zu der schmeichelhaften Formulierung, Tübingen könne zum erstenmal in seiner Geschichte eine wahrhaft schöne Stadt genannt werden, in der sich das Alte auf glückliche Weise mit jungen Lebensformen verbinde. Dies stand im »GEO«. Und »Focus« attestierte Tübingen erst kürzlich gar die beste Lebensqualität in ganz Deutschland, wenn man Umwelt, Gesundheit, Wohlstand, Sicherheit und Kultur vergleiche.

In der Tat: Auch wenn die Tübinger diese Hitliste gelassen zur Kenntnis nahmen, die Altstadt jedenfalls hat ihren Wert als öffentlicher Raum, der in den sechziger Jahren im Autoverkehr zu ersticken drohte, zurückgewonnen. Ihre Qualität und ihr Charme bestehen wieder oder immer noch darin, daß in ihr gewohnt, gearbeitet, gehandelt, flaniert, gefestet und konsumiert werden kann – und dies alles durch- und nebeneinander. Das ist es ja wohl, was altstädtische Urbanität meint, nämlich die gedrängte Mischung von Vielem, auch Gegensätzlichem und Nonkonformistischem, die Offenheit der Mehreren für Fremdes und Eigenartiges, für die Moschee ebenso wie für die Synagoge, für die maßvolle Tolerierung von Unordentlichem, Störendem und Konflikträchtigem, vor allem aber für die Lust und Freude am vielfältigen vitalen historischen Erbe.

### IV.

Schöne, heile Welt also? Keineswegs. Bekanntlich ist nicht alles Gold, was glänzt, und eine künstliche Stadtidylle war ohnehin nie angestrebt. Die neue oder wiedergewonnene Attraktivität der Altstadt hat ihren Preis und durchaus ihre Schattenseiten. Millioneninvestitionen wollen und müssen sich rentieren. Die Grundstückspreise sind infolge der Sanierung gestiegen und mit ihnen die Mieten, sowohl für private wie für geschäftliche Räume. Tübingen, eh schon eine Stadt mit hohen Lebenshaltungsko-

sten, wurde noch teurer. Eine solche Entwicklung verändert Strukturen. Dort, wo einst nur Bauern, Handwerker und kleine Angestellte zuhause waren, in der unteren Stadt also, nisteten sich jetzt auch Professoren, höhere Beamte und Künstler ein. Die Schickeria wurde neugierig auf die Tübinger Altstadt und verdrängte alte, gewachsene Milieus. Auch das Warenangebot wechselte. Zunehmend ersetzen moderne, uniforme Handelsketten die Vielfalt der früheren mittelständischen Spezialgeschäfte. Der Trend zur Filialisierung des Einzelhandels führte zu Niveauverlusten, zur Banalisierung des Angebots und zur Eintönigkeit von Fußgängerzonen. Und die Liebhaber bürgerlicher Stadtfeste schließlich, die Veranstalter neuzeitlicher Kulturfestivals vor allem, aber auch Straßenmusikanten, soziale Randgruppen und gesellschaftliche Außenseiter, wie neuerdings die Punks, sie alle entdeckten den Reiz der alten Gassen und Plätze. Damit kam Unruhe in die Altstadt, heilsame sowie störende, Unordnung auch Dreck, insbesondere aber Lärm; und alle diese Veränderungen lösten teils heftige Gegenreaktionen der alten, noch mehr aber der neuen Bewohner aus. Wo die Jugend warme Sommerabende auf dem Pflaster des Marktplatzes hockend und trinkend, summend und gesprächig, insgesamt aber doch gedämpft zelebriert und genießt, da ärgern sich die Anlieger ob solch italienischem Ambiente, weil sie nicht schlafen können und morgens früh aufstehen müssen. Wo die technikverstärkte open-air-Musik die ganze Stadt durchdröhnt, da klagen Tübingens Schöngelüste, würden ihre literarischen und geistigen Meditationen getrübt. Also mußte die Stadt in das neuartige Geschehen korrigierend und kontingentierend eingreifen, damit das Gleichgewicht der gewünschten vielfältigen Nutzung nicht kippte. Manchmal gelang dies, aber es glückt nicht immer.

## V.

Stadterhaltung, Stadtsanierung, Stadterneuerung sind also nie zu Ende. Der Kenner weiß, daß »Urbanität« dauernd durch neue Entwicklungen bedroht und ihre Bewahrung deshalb ein unendlicher Prozeß ist. Die Stadtdebatte ist ungebrochen und sie ist so alt wie die Städte selbst. Wie oft wurden diese schon totgesagt? Sie würden, so wird heute vielfach befürchtet, ihre traditionelle Mitte, ihre politische und wirtschaftliche Funktion verlieren und zum Ort bloßer Zerstreung und des totalen Vergnügens werden. Mit der Ablösung der klassischen Industriegesellschaft durch die Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft, mit der gewachsenen Mobilität und der internationalen Migration würden ihre sozialen Systeme zerstört.

Im wesentlichen sind es die Verkehrsprobleme und die landflächenfressende Siedlungspolitik, die heute die Innenstädte bedrohen. Zugespitzt formuliert: Das Auto und die »Grüne Wiese« sind die Feinde der altstädtischen Urbanität. Und das eine bedingt das andere; es gäbe keine »Grüne Wiese«, könnte man nicht mit dem Auto dorthin fahren.

Der Verkehr, insbesondere der Autoverkehr, war und ist ein schwärendes politisches Dauerthema. Wer in der Altstadt wohnt, wer sie besuchen will oder dort sein Geschäft hat, der kommt heute (immer noch) in aller Regel mit dem Auto. Gerade die Altstädte sind aber für deren Massen nicht gebaut.

Das Problem ist übrigens, wie alles, was uns heute freut und plagt, nicht neu. Schon Cäsars Gemeindeordnung für Rom verbot für die ersten zehn Tagesstunden, die Zeit des stärksten Fußgängerverkehrs, jeglichen nicht durch Ausnahmegenehmigung bewilligten Wagenverkehr innerhalb der Ewigen Stadt. Praktisch bedeutete dies ein allgemeines Fahrverbot von Sonnenaufgang an für den weitaus größten Teil des Tages. Ausgenommen von dem Verbot blieben die Baumaterialtransporte für die öffentlichen Bauten und die durch den Brauch geheiligten Wagenfahrten bestimmter Magistraten und Priester sowie die Fahrt des triumphierenden Feldherrn im vierspännigen, vergoldeten Wagen über die Via sacra hinauf zum Kapitol. Für den privaten Wagenverkehr, wie für den Reiseverkehr, den Gepäcktransport, die Warenlieferungen der Geschäfte, die Umzüge und die Materialtransporte für private Bauten standen also nur die beiden Abendstunden vor Sonnenaufgang und die Nacht zur Verfügung. »Park an Walk« hieß es also schon im alten Rom; man ging zu Fuß.

Die Konflikte sind prinzipiell immer noch dieselben, auch wenn es heute nicht mehr um Pferdefuhrwerke geht. Das Auto, und nichts mehr als das Auto beschäftigt die Kommunalpolitik permanent in allen seinen Facetten, vom Fahren bis zum Parken, von der Ökonomie bis zur Ökologie. Es gibt inzwischen, ganz einfach gesagt, zu viele davon, jedenfalls für die städtischen Zentren. Die Fülle machte die einst ingeniöse Wohltat, die das Auto war, zur aktuellen urbanen Plage. Die Städte wehren sich dagegen, weil sie sonst ersticken würden. Sichtbar begann dieser Kampf gegen das Auto mit der Befreiung der alten Marktplätze, die zu Parkplätzen verkommen waren, setzte sich fort mit der Einrichtung von Fußgängerzonen und ging weiter mit den verkehrsberuhigten Bereichen, dem Rückbau von Straßen, der Einführung von 30-km-Zonen und, flankierend dazu, der Förderung des Öffentlichen Nahverkehrs und dem Ausbau von Radwegen. Derzeit wird der öffentliche Parkraum von Städten mehr und mehr »bewirtschaftet«, also bürokratisch verwaltet und damit verteuert.

Dies alles sind Maßnahmen, die dem Anspruch eines »stadtverträglichen Verkehrs«, wie es heute heißt, genügen, also die Lebensqualität, die Funktionsfähigkeit, die Erreichbarkeit und die Wirtschaftlichkeit der Städte erhalten sollen. Freilich, es sind auch Krücken, gegen die sich insbesondere die Geschäftsleute der Innenstädte nach wie vor wehren, weil sie sich gegenüber ihren Konkurrenten auf der »Grünen Wiese« benachteiligt fühlen. So sehr deshalb Stadtsanierung und Verkehrsberuhigung die Innenstädte wieder lebenswert und attraktiv gemacht haben, so drängend bleibt, den Wirtschaftsverkehr der Zentren zu optimieren. Denn auch davon leben die Städte, daß der »notwendige« Verkehr sie erreichen kann; andernfalls wandern ganze Branchen aus, und die gewünschte städtische Vielfalt leidet. Diese komplexe Proble-

matik wird zu keinem Zeitpunkt endgültig gelöst sein; sie verändert sich auch mit den Verhältnissen. So werden beispielsweise Lieferzeiten in Fußgängerzonen von 5.00 Uhr bis 10.00 Uhr dann zunehmend fragwürdig, wenn die Läden immer später öffnen; sie müssen angepaßt werden. Auch neue Ideen bedürfen der steten Erprobung, etwa das City-Logistik-Konzept, die Einrichtung von Güterverkehrszentren oder die Telematik. Jedenfalls wird die Diskussion um verkehrsbeschränkende Maßnahmen in den Städten schon deshalb weitergehen, weil der Verkehr, insbesondere der Autoverkehr, nach wie vor zunimmt. Die Konsequenzen für die Umwelt, den Städtebau und den Einzelhandel werden noch viel politischen Zündstoff liefern.

Während zwischen den Bedürfnissen eines möglichst ruhigen und gesunden Wohnens, Lebens und Arbeitens in den Innenstädten einerseits und den geschäftlichen Interessen der Unternehmer an einem funktionierenden Wirtschaftsverkehr andererseits derzeit eine einigermaßen fragile Balance gefunden zu sein scheint, bleibt alles, was mit der Entwicklung auf der »Grünen Wiese« bezeichnet wird, eine ernsthafte Bedrohung für die Lebensfähigkeit der Zentren. Auch diese Gefahr ist nicht neu. Die Bevölkerungsexplosion, der wissenschaftliche und technische Fortschritt, die Industrialisierung vor allem, haben schon im letzten Jahrhundert bewirkt, daß die Mauern der alten Städte gesprengt wurden. Was bis dahin jahrhundertlang städtisches Umland war, wurde zu neuem städtischen Entwicklungsgebiet. Wo einst landwirtschaftliche Kulturen zuhause waren, siedelten sich Fabriken an. Die alten Städte, ehemals klar markiert, breiteten sich breitartig aus und verloren zunehmend an Kontur. Begünstigt wurde diese Zersiedelung der Landschaft, die bis heute ungebrochen ist, durch ein beträchtliches Preisgefälle zwischen Stadt und Land sowie durch die wachsende Mobilität der Bevölkerung. Diese Verflachung und Nivellierung dessen, was Urbanität meint, hat inzwischen bedrohliche Ausmaße angenommen. So heißt es etwa in Eingliederungsverträgen, die vor 25 Jahren im Rahmen der Verwaltungsreform zwischen Städten und umliegenden Ortschaften geschlossen wurden, daß in einem überschaubaren Zeitraum vergleichbare Lebensbedingungen im gesamten Stadtgebiet geschaffen werden sollen. Auch die Ansprüche, die sich mit den Programmen für den »ländlichen Raum« verbinden, tendieren – bewußt oder unbewußt – auf eine Einebnung von Stadt und Land. Eine solche Entwicklung muß sowohl aus ökonomischen wie ökologischen Gründen mehr Sorge als Freude bereiten. Denn, wenn auch der Satz »Stadtluft macht frei« inzwischen museal klingen mag, so kann es doch weder politisch noch kulturell erstrebenswert sein, die mancherlei Vorzüge und mancherlei Nachteile des Landlebens dadurch aufzuheben, daß dem Dorf städtische Strukturen überstülpt werden. Wohnen in ländlicher Idylle und das Gymnasium um die Ecke, die billige Miete also und der Nulltarif für die Fahrt in die Stadt – beides geht wohl nicht zusammen. Wo die Stadt in die Fläche auswandert, verflacht die Urbanität.

Die Rettung der Innenstädte vor der Konkurrenz auf der »Grünen Wiese« mit ihren unbestreitbaren preislichen, baulichen und verkehrlichen Wettbewerbsvorteilen ist,

nicht zuletzt durch die Entwicklung in den neuen Bundesländern, wieder zu einem heißen, aktuellen politischen Thema geworden. Der Deutsche Städtetag hat ein Positionspapier zur »Entwicklung städtischer Zentren« verabschiedet, und die Ministerkonferenz für Raumordnung sowie die Konferenz der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister der Länder haben eine gemeinsame Entschließung verfaßt mit dem Titel: »Innenstädte als Einzelhandelsstandorte erhalten«. In beiden Papieren kommt die Sorge zum Ausdruck, daß durch die Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsunternehmen auf der »Grünen Wiese«, die überwiegend auf kurzfristige Erfolgserwartungen und steuerliche Abschreibungszeiträume ausgerichtet sind, die Innenstädte ihrer Entwicklungschancen beraubt werden.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Heute gibt es über 200 Einkaufszentren auf der »Grünen Wiese« mit Einzelhandelsflächen von jeweils 15 000 Quadratmetern und mehr. Weitere rund 50 sind geplant. Allein 87 solcher Shopping-Centers finden sich in den neuen Bundesländern. Hier schossen sie wie Pilze aus dem Boden, weil Einzelhandelsflächen in den alten Städten knapp und die Eigentumsverhältnisse oft unsicher waren, weil bundesdeutsches Baurecht noch nicht griff und exzessive Steuervorteile lockten.

Unbestreitbar gefährden die riesigen Einkaufszentren an der Peripherie die wirtschaftliche Entwicklung der Innenstädte und führen längerfristig zu volkswirtschaftlich schädlichen stadtstrukturellen Veränderungen. Da helfen auch die jetzt oft beschworenen Sortimentsbeschränkungen für die großflächigen Fachmärkte nichts; sie sind kaum praktikabel und letztlich nicht durchzuhalten. Was also bisher durch große politische Anstrengungen und teure Sanierungen für die Innenstädte erreicht wurde, ist vor einer Verödung nicht mehr sicher. Die jüngsten Investitionsentscheidungen großer Kaufhäuser belegen dies ebenso wie viele besorgte Warnungen mittelständischer Unternehmer in Klein- und Mittelstädten. Die Kernstädte, die traditionell das Umland versorgten, laufen plötzlich Gefahr, vom Umland versorgt zu werden. Eine solche Umkehr wäre für die Städte alarmierend. Sie können ohne den Handel nicht leben. Wirtschaft, Kultur und Geselligkeit sind seit Jahrhunderten rund um den Marktplatz angesiedelt. Wandern sie aus, dann meiden auch die Bürger und Besucher die Innenstädte. Deren Urbanität, also die hohe Intensität städtischer Lebensformen, würde schwinden.

Was also tun zur Rettung der Innenstädte? Letztlich gibt es drei prinzipielle Möglichkeiten, steuernd in den Prozeß des dauernden Wandels, der dem Handel eigen ist, einzugreifen mit dem Ziel, die Urbanität gegenüber der Ruralität zu schützen. Die erste liegt in den Händen des Handels selbst. Er kann versuchen, durch Neuorganisation seiner Flächen unter einem Dach eine Nutzungsvielfalt zu erzeugen und Raum für Freizeitaktivitäten und scheinbar nicht ökonomische Nutzungen zu gewinnen. Dies kann die Vielfalt und Lebendigkeit urbaner Erlebnisräume und Einkaufsmöglichkeiten erhöhen. Auch mit dem »ästhetischen« Kapital, das eine revitalisierte Alt-

stadt bildet, kann er vielfältig werben und wuchern. Die zweite Möglichkeit haben die Kommunen. Immer dort, wo sie Grundstückseigentümer sind, können sie selbst fördernd oder hindernd den Wandlungsprozeß beeinflussen. Schließlich und drittens muß mit den bekannten hoheitlichen raumordnerischen, planerischen und stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen hantiert werden. Dazu zählen auch Einzelhandelskonzepte, vor allem aber die interkommunale Zusammenarbeit. So sieht beispielsweise das Baugesetzbuch in seinem Paragraph 2 Abs. 2 eine solche zwischengemeindliche Abstimmung bei der Bauleitplanung vor, eine Bestimmung, von der in der Praxis immer noch zu wenig oder gar kein Gebrauch gemacht wird, weil sie zu Einmischungen in die Planungshoheit benachbarter Gemeinden führt – was in der Regel politisch nicht genehm ist.

## VI.

Die Stadt ist ein unendliches Thema. Faszination und Haß halten sich bei ihrer Betrachtung die Waage. Sie ist etwas Künstliches, Widernatürliches. Städtische Lebensweise sei, so las ich einmal, der Triumph über die Abhängigkeit des Menschen von der Natur. Stadt ist Stein, und doch wandelt sie sich im Mahlstrom der Zeit ununterbrochen. Die überschaubare Polis der Antike explodierte mit der wachsenden Zahl der Menschen zur unheimlichen Megalopolis. Gleichwohl sind die alten Städte, die wir mögen, nicht nur Erinnerung an vergangene Zeiten, Traumstädte sozusagen, sondern gerade wegen ihrer Dichte und Enge, wegen ihrer Vielfalt und Flexibilität nach wie vor lebendige, liebenswerte Gegenwart und unseres steten Bemühens wert.

Eines aber habe ich auch immer wieder erfahren: So sehr sich die Menschen anstrengen mögen, ihre Städte zu planen, so stark setzt sich am Ende das Ungeplante durch. Maliziös könnte man sagen: Die Irrtümer der Planer sind die Launen des Zeitgeistes. Das mag, auf unser Thema bezogen, nachdenklich stimmen, ist aber irgendwo und irgendwie auch tröstlich. Deshalb und nach allen gesellschaftlichen Erfahrungen wage ich, den modernen Gefahren zum Trotz, locker zu prophezeien, daß – Planungen hin, Fügungen her – à la longue die quicke »Grüne Wiese« wieder vergeht, die urbane »Alte Stadt« aber besteht.

Jörg Leist / Joachim Scheible

## Altstadtsanierung Wangen im Allgäu

### *Ein vorläufiges Endergebnis*

#### 1. Leitbilder

Die Zeit der Altstadtsanierung neigt sich in Wangen im Allgäu nach über zwanzig Jahren dem Ende zu. Nach mehrjähriger Vorbereitungszeit, die zur Unterschutzstellung des Altstadtensembles nach dem baden-württembergischen Denkmalschutzgesetz und zur Erprobung einer ziemlich detaillierten Gestaltungssatzung für den Innenstadtbereich genutzt worden war, ist die Altsanierung 1979 mit einem ursprünglichen Förderrahmen von 10 Millionen DM begonnen worden. In Heft 3/1988 dieser Zeitschrift haben wir über die ersten 10 Jahre des Sanierungsverlaufs berichtet, unsere Rezeptur, unsere »Philosophie« und unsere Wunschziele beschrieben.<sup>1</sup> Nach weiteren 10 Jahren dürfen wir eine vorläufige Bilanz ziehen.

Wenn jemand seine eigene Altstadtsanierung lobt, darf man ihm ruhig mißtrauen. Wir laden aber gerne zum Besuch, zur kritischen Betrachtung und zum Gespräch ein.<sup>2</sup>

Eine unserer Sanierungsmaximen war von Anfang an, den Dingen und den handelnden Personen ausreichend Zeit zu geben, für Stetigkeit und Gleichmaß zu sorgen. Sicher hat es im Sinne dieser Maxime während der vergangenen 20 Jahre eine gewisse Rolle gespielt, daß Oberbürgermeister und Sanierungsbeauftragter nicht gewechselt haben. Und sie waren sich, was wohl nicht weniger wichtig ist, über Aufgabe und Vollzug einig. Wir haben unsere »Sanierungsphilosophie« – dargelegt im zitierten Heft dieser Zeitschrift – nicht verraten müssen. Allerdings hat auch der Gemeinderat die gemeinsame Linie zu jeder Zeit mitgetragen, und die Stadt durfte sich jederzeit des Wohlwollens von Regierungspräsidium und Ministerium sicher sein.

1. In der Praxis haben wir während der ganzen Sanierungsjahre der Förderung von privaten Maßnahmen Priorität gegeben. Stadteigene Sanierungsvorhaben wurden vornehmlich zur Verstetigung des jährlichen Mittelbedarfs angepackt, wenn der Jahresförderrahmen von den Privaten nicht ausgeschöpft werden konnte.
2. Leitziel war stets – eher mit zunehmender Tendenz im Lauf der Jahre – eine behutsame substanzschonende Erneuerung.

<sup>1</sup> Vgl. J. Leist / J. Scheible / Herbert Weiß, Altstadtsanierung: zum Beispiel Wangen im Allgäu, in: Die alte Stadt (15) 3/88, S. 303–322.

<sup>2</sup> Telefon des Oberbürgermeisters: (0 75 22) 7 41 01; des Sanierungsbeauftragten: (0 75 22) 7 41 85.

3. Was die sichtbare Gestalt der Gebäude anbelangt, galt die Devise »Finden statt Erfinden«. Die sanfte, manchmal auch überraschende Farbigekeit des Stadtbilds, die feinkörnige, handwerkliche Tradition bewahrende Erscheinungsform der Altstadt mag mit diesem Grundsatz zusammenhängen. Daß es gerade in diesem Bereich auch sichtbare Pannen gab, ist wohl kaum verwunderlich.
4. Ein weiterer Grundsatz war es, mit gleicher Behutsamkeit wie die denkmalgeschützten Gebäude, die persönlichen Belange der Altstadtbewohner zu behandeln und nachbarliche Beziehungen zu bewahren. Vor allem galt es immer, die Besitzfreude des Eigentümers am eigenen Haus in der Altstadt zu erhalten.

Wie darf man heute das Ergebnis sehen? Unter den sanierten Städten des Landes hat die Stadt einen ordentlichen Ruf. Große Patzer konnten vermieden werden. Die Stadt hat Flair und Gemütlichkeit behalten. Die Altstadt ist noch immer der anerkannte und lebendige Mittelpunkt, gleichermaßen geschätzt von Jung und Alt. Dies hängt damit zusammen, daß parallel zu den Sanierungsbestrebungen stets mit aller Macht versucht wurde, ausufernde Geschäftstätigkeit »auf der grünen Wiese« zu blockieren. Im Gegenzug wurde zur Stärkung der Altstadt ein neues Einkaufszentrum unmittelbar »Unter den Mauern«, aber mit denkmalpflegerischem Respektsabstand von der Stadtmauer, erbaut. Das Parkplatzangebot in fußläufiger Entfernung rund um den Stadtkern wurde inzwischen ganz beträchtlich erhöht. Es ist das Größte in weitem Umkreis. Parallel zur Vermehrung des Parkplatzangebots rund um den Stadtkern wurde schon bald nach Sanierungsbeginn eine Fußgängerzone eingerichtet, die im wesentlichen der Dimension des uralten Mittwochmarktes entspricht. Es gab deshalb kaum Akzeptanzprobleme. Doch so wie den einen aus ideologischen Vorstellungen die Fußgängerzone noch zu klein ist, erscheint sie gelegentlich solchen, die es eigentlich besser wissen müßten, als Mobilitäts- und Umsatzhindernis. Mit langem Zeigefinger wird auch auf den einen oder anderen leerstehenden Laden hingewiesen und der Untergang der Altstadt prophezeit. Sie bedenken nicht, daß die Geschäfts- und Büroflächen im Zuge der Sanierung wesentlich vergrößert und verbessert worden sind, auch in traditionell zweitklassigen Lagen. Genau betrachtet, sind die Verpachtungsprobleme hauptsächlich in den ganz wenigen Gebäuden aufgetreten, bei denen die Sanierung, aus welchen Gründen auch immer, in den letzten Jahren verpaßt worden ist. Daß die Flächenvermehrung die Pachterwartungen gedämpft hat, ist wohl zutreffend. Je nach Blickwinkel positiv oder negativ zu vermerken ist, daß insbesondere der Tagestourismus als Auswirkung der Stadtsanierung erheblich zugenommen hat. Allein auf Grund des dadurch bewirkten Geldzuflusses, rechnen sich die für das Stadtbild gemachten Ausgaben, gesamthaft gesehen, locker.

In diesen Zusammenhang gehört auch eine wichtige, bei der Sanierung gemachte Beobachtung. Es gab, vor allem entlang der denkmalgeschützten Stadtmauer, wenigstens zwei größere Bauquartiere, die sich einer geschäftlichen Nutzung weitgehend

entzogen. Der historisch wichtige Baubestand war so, daß er im Falle geschäftlicher Nutzung rettungslos verloren gewesen wäre. Dies zwang zu sanfterem Umgang. Das eine Gebiet hat sich zu unserer »Museums-, Galerie- und Archivecke« entwickelt, aufgelockert durch bescheidene Gastronomie und kleine Geschäfte, das andere kann man als »Volksbildungs-, Vereins- und Kleinkunstflanke« bezeichnen. Schöne Auswirkung dieser sanften Nutzung: Ein ganz spezieller, sehr angenehmer, Personenkreis wird den ganzen Tag über in diese Bereiche der Altstadt gezogen.

Das Sanierungsprogramm hat es auch ermöglicht, im Bereich der alten Stadtgräben den baulichen Wildwuchs der letzten 150 Jahre zurückzuschneiden. Eine größere Anzahl von schlechten Gebäuden machte Grünanlagen Platz. Der Umriss der Altstadt wurde wieder klar definiert. Vor allem ist es durch ganz systematisches Vorgehen möglich geworden, den an sich ganz bescheidenen Baubestand zu eindrucksvoller Wirkung zu bringen, neue reizvolle Zugangsmöglichkeiten in die Stadt zu schaffen und die traditionellen Eingangsbereiche anziehend und neugierig machend zu gestalten.

## 2. Stadtbildpflege und »Allgäuer Altstadtfibel«

Stadtbildpflege ist wohl ein neuer Begriff, der in den 70er Jahren landauf landab immer größere Bedeutung gewann. Indessen hat in Wangen die Stadtbildpflege eine viel längere Tradition. Schon in den alten Akten der Jahrhundertwende stoßen wir auf Auseinandersetzungen über Gestaltung zwischen Stadtverwaltung und der bauenden Bürgerschaft. Wangen hatte mit seinen Stadtbaumeistern Glück, andererseits war für nachhaltige Zerstörungen in der bescheidenen Kleinstadt auch nicht genug Geld verdient worden. So konnte die spätmittelalterliche Struktur und das Allgäuer Gepräge in der Zeit starker Veränderungen zwischen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und heute bewahrt werden. Im Rahmen der Stadtsanierung sind einige unauffällige Neubauten inmitten des alten Bestandes entstanden. Sie reihen sich ein in einen Stil, den man wohlwollend als »traditionelles Bauen« bezeichnen könnte und der in der Geschichte der Stadt wie ein roter Faden das Baugeschehen bestimmt hat. Internationale Baustile, seien es Renaissance, Barock oder Klassizismus, haben sich nur in wenigen repräsentativen Einzelbauten in der Altstadt dokumentiert. Solche Aufgaben stellten sich im Rahmen der Sanierung allerdings nicht.

Neben der Unterschutzstellung fast des ganzen Sanierungsbereichs nach dem baden-württembergischen Denkmalschutzgesetz (Ensemble-Schutz), hat die bereits erwähnte Gestaltungssatzung bei der Erhaltung des Stadtbilds eine wichtige Rolle gespielt. Sie wurde bekannt unter dem Namen »Allgäuer Altstadtfibel« und als gemeinsame Satzung der bauverwandten Städte Wangen, Leutkirch und Isny im Jahre 1982 rechtskräftig. Es wurde mit dieser Baufibel ein damals neuer Weg beschritten, in dem neben dem rechtlichen Text erläuternde und animierende Beispiele aufgenommen

wurden. Diese Fibel hat Verständnis und Bewußtsein der Bürgerschaft mitgeprägt. Wir sind im Augenblick dabei, die Satzung nach 17jähriger Laufzeit fortzuschreiben und der heutigen, auch rechtlich geänderten Situation anzupassen.

Trotz des Bestehens dieser Satzung haben wir es weitestgehend vermieden, den »Knüppel aus dem Sack« zu holen. Beratung der Bauherren und Überzeugungsarbeit durch gute Beispiele konnten viele Bauherren zu teurerer und aufwendigerer Gestaltung anspornen. Gestaltung ist immer ein kreativer Arbeits- und Entwicklungsprozeß. Sie entwickelt sich nicht aus einer Rechtsverordnung. Diese kann aber notfalls »Schlimmeres« verhindern. Der kreative Vorgang bedarf einer sicheren, begleitenden Hand. Die Eigendynamik der Bauvorbereitungen ortsfremder Bauherren oder Handwerker, aber auch Unwilliger und Unerfahrener, ist nicht zu unterschätzen. Es gilt zu erkennen, wo und wann Wesentliches vor sich geht und vor allem, wer an der Ausführung beteiligt ist. Wo ist Vertrauen möglich und wo ist Eingreifen nötig? Ortskenntnis heißt also nicht nur Kenntnis über das Gebäude, sondern auch Kenntnis über den Bauherrn, die beteiligte Handwerkerschaft und den Baumeister.

### 3. Sanierung, Erhalt, Neunutzung

Es ist zur Selbstverständlichkeit unserer Sanierung geworden, Erhaltbares auch wirklich zu erhalten. Das war ein schwieriger Lernprozeß, denn die Meinungen darüber gingen oft weit auseinander. Der eine oder andere Baumeister hat es am Ende auch vorgezogen, doch lieber auf dem freien Feld als in der Altstadt zu bauen. Grundsätzlich gab es zwei Faktoren, die zum Abbruch eines Gebäudes führen konnten:

1. die mit einer künftigen Nutzung unvereinbaren Geschoßhöhen und
2. der substantielle und konstruktive Zustand des Gebäudes.

Reichte unseren Vorfahren noch das Anheben der Türstürze als Reaktion auf das Anwachsen der Körpergröße, so müssen wir heute neben der Größe der jüngeren Generation auch noch das Anwachsen der Geschoßdeckenhöhen bewältigen. Der Altbau kann die Forderung nach schwingungsfreien Decken, nach Berücksichtigung des Körper- und Trittschalls und nach perfektem Brandschutz nicht erfüllen. Bei mangelnden Geschoßhöhen über mehrere Geschosse können Probleme entstehen, die einen Abbruch bedingen.

Der schlechte Allgemeinzustand eines Hauses kann zur Unwirtschaftlichkeit und so zum Abbruch führen. In fast allen Fällen können jedoch Bauelemente ergänzt, ausgetauscht, repariert oder instandgesetzt werden. Auch die Ableitung von Lasten ist, auf welchem Weg auch immer, leistbar. Gleichmaßen ist der Wärmeschutznachweis nicht ausschlaggebend für den Erhalt oder Nichterhalt eines Gebäudes.

Der Abbruch ist also eher bedingt durch die künftigen Nutzungsanforderungen und die zu erwartende Körpergröße künftiger Generationen als durch technische oder substantielle Mängel.

Mit dem Erhalt des aus dem Jahre 1342 stammenden Weberzunfthauses hat die Stadt Wangen ein Extrembeispiel vorgeführt. Das Haus, in der Bevölkerung spöttisch als Geröllhalde bezeichnet, wurde mit Injektionen, Korsettierung und orthopädischem Geschick nicht nur als herausragendes Kulturdenkmal per se erhalten, sondern auch für eine sicher sehr lebendige Zukunft gerüstet. Das reichhaltig ausgemalte Haus dient heute als Altentreff und Volkshochschule, der Saal wird für Veranstaltungen und als Versammlungsstätte genutzt. Nach wie vor bleibt ein solches Haus jedoch ein hochempfindliches Relikt, welches in seiner Belastbarkeit (Heizung, Luftfeuchtigkeit, Beanspruchung) Nutzungseinschränkungen erfahren muß. Was für einen Oldtimer als selbstverständlich erachtet wird, muß im Umgang und Gebrauch von alten Gebäuden erst gelernt werden.

### 4. Aspekt der Wirtschaftlichkeit

Die gebietsimmanenten Investitionskapazitäten einer Altstadt sind überschaubar und wären nicht ausreichend, um eine Sanierung durchzuführen. Die erhöhten Abschreibungen gemäß § 7h EstG, Aufmerksamkeit erregende Zuschauerverwartungen und der gute Standort einer Immobilie sind Anlaß für Investitionen in der Altstadt. Dieser vitalisierende Effekt birgt jedoch auch erhebliche Gefahren in sich. Das Bauvorhaben wird als wirtschaftliche Investition gehandhabt. Es entsteht ein Zeitdruck auf das Bauvorhaben, da dieses baldmöglichst Ertrag bringen soll. Die Wirtschaftlichkeit aus Sicht des Kaufmanns erzwingt Rhythmen, die einem behutsamen Umgang mit den alten Gebäuden entgegenlaufen. Die sorgfältige Bauvorbereitung, das Öffnen des Baus, das Hinnehmen eines Leerzustandes, das Fortschreiben der Planung, das Reagieren auf ständig neu auftauchende Befunde und Probleme während des Bauens stehen einem präzisen Terminplan entgegen. Das frühzeitige Festlegen eines Fertigstellungstermins widerspricht oft der Sorgfaltspflicht und führt zu falschen oder unausgegorenen Lösungen.

Die Betrachtungsweise unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit erzwingt in der Regel einen Nutzungsdruck, dem die alten Gebäuden nicht gewachsen sind. Je höher der Druck ist, desto mehr leidet das Gebäude. Anders verhalten sich Bauherren beim Bau ihres Einfamilienhauses. Renditeberechnungen sind hier nachrangig. Deshalb legen wir großen Wert darauf, daß die Hauseigentümer ihr Altstadthaus selbst bewohnen.

In der Altstadt Wangen sind im Verlauf von 20 Jahren über 200 Millionen DM investiert worden. Beispielhaft spiegelt sich der Nutzungsdruck im Ausbau der Dachgeschosse wider. Nur ein gewisser Teil der umgebauten Häuser wurde im Dachgeschosß nicht ausgebaut. Die Perforationen der vor der Sanierung noch im wesentlichen ungestörten Dachlandschaft stellen ein großes Problem der Sanierung dar. Einerseits ist das Wohnen in der Altstadt ein zentrales Ziel der Erneuerung, andererseits sind An-

forderungen aus der Landesbauordnung an gesundes Wohnen im Dachgeschoßausbau schwer zu erfüllen. Die Konfliktlösung »Licht, Luft, Sonne, Dachterrasse und intakte Dachlandschaft« ist bei jedem Haus eine neue Herausforderung.

##### 5. Die Altstadtbewohner

In der drangvollen Enge der ummauerten Stadt lebten im Mittelalter ca. 1500 Menschen. Zu Sanierungsbeginn waren es 1980 noch knappe 1200 Einwohner. Trotz gesamtstädtisch seit Jahren stagnierender Einwohnerzahl geht die Zahl der Altstadtbewohner jetzt wieder gegen 2000. Auch die Anzahl der Einzelhandelsgeschäfte und Dienstleistungsbetriebe hat sich im Sanierungszeitraum erhöht. Durch die verstärkte Wohnnutzung ist wieder eine wesentlich stärkere Sozialkontrolle von Straßen und Plätzen gegeben. Dies kommt dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen in der Altstadt sehr entgegen.

Ein ernstzunehmendes Problem für die Altstadtbewohner ist die Stellplatzfrage. Ohne Bereitstellung von Parkraum würde das Wohnen derart entwertet, daß seine Existenz auf Dauer gefährdet wäre. Das Problem ist allerdings, daß bei dem Erwerb von Eigentumswohnungen in der Regel nicht der reelle Wert für die Garage bezahlt wird, d. h. die Garage wird zu einem Preis unter den Gestehungskosten, zum Beispiel für 20 000 DM oder 25 000 DM, veräußert. Der überschießende Betrag wird in den Kaufpreis der Wohnung eingerechnet. Der Herstellungsaufwand für eine Tiefgarage ist in einer Kleinstadt wie Wangen mit ca. 35 000 DM aufwärts zu veranschlagen. Der Mietpreis von 70 DM monatlich ist selbstverständlich nicht kostendeckend. Gerade in der Endphase der Sanierung sind wir bemüht, das Stellplatzdefizit für Bewohner durch den Bau von Anwohner Tiefgaragen zu mindern.

##### 6. Sanierungsbilanz

Die Altstadtsanierung (Förderrahmen 32,6 Mio. DM) hat zu einer Gesamtinvestition von ca. 200 Mio. DM geführt. Einer solchen Investitionslawine wird die Altstadt mit einem Sanierungsgebiet von 14,28 ha wohl nie wieder ausgesetzt sein: Es entfallen auf private geförderte Baumaßnahmen ca. 92 Mio. DM, auf private nichtgeförderte Maßnahmen 57,6 Mio. DM. Öffentliche Baumaßnahmen der Stadt sind mit 27,7 Mio. DM beteiligt, kirchliche Baumaßnahmen mit 6,2 Mio. DM. Im Bereich des Tiefbaus einschließlich der Fußgängerzonen und Grünzonen sind Kosten von 13,2 Mio. DM angefallen.

Bei der Sanierung mit Privatleuten wurden 150 Sanierungsverträge abgeschlossen, 106 Maßnahmen liefen ohne Verträge. Die Zuschüsse aus SE-Mitteln betragen von 1979–2000 über die Laufzeit hinweg durchschnittlich 9,8%, wurden aber in den letzten sechs Jahren auf durchschnittlich 3,2% gesenkt. In der Endphase der Sanierung

spielte die erhöhte Abschreibungsmöglichkeit im Rahmen der Sanierung eine größere Rolle als die Zuwendungen.

Am Ende der Stadtsanierung steht die Frage nach dem Ausgleich sanierungsbedingter Bodenwertsteigerungen. Die Antwort ist nicht einfach und letztendlich noch offen. In der Altstadt sind nahezu alle Grundstücke überbaut. Grunderwerbspreise beinhalten daher stets unaufgeteilt Gebäude- und Bodenwert. Innerhalb der Stadtmauern herrscht die geschlossene Bauweise, außerhalb die offene. Beide Bereiche sind strukturell nicht vergleichbar. Die Bodenwerte werden folglich durch den Gutachterausschuß festgesetzt.

Die Sicherung der Altstadt als zentraler Standort wurde maßgeblich durch übergeordnete Maßnahmen erreicht und beeinflusst. Besonders hervorzuheben sind zunächst die Verkehrsentlastung und -beruhigung durch den Bau einer Ringstraße, sowie die bauleitplanerischen Festsetzungen zur Verhinderung von Lebensmittelmärkten in altstadtfernen Bereichen.

Atypisch und kaum nachvollziehbar ist die Feststellung, daß die Bodenpreisentwicklung in den Randbereichen der Altstadt, also außerhalb des Sanierungsgebietes, größer war als innerhalb des Gebietes.

Inwieweit sanierungsbedingte Bodenwertsteigerungen nachweis- und feststellbar sind, werden in Arbeit befindlichen Analysen ergeben.

Rosemarie Wilcken

## Sieben Jahre Stadterneuerung Wismar

*Erfahrungen aus der Sicht eines Kommunalpolitikers<sup>1</sup>*

### 1. Einführung

Viele Besucher unserer Stadt sind hellauf begeistert, wenn sie auf unserem Marktplatz aus dem Reisebus steigen. »Ihr Marktplatz ist aber schön geworden«, höre ich beinahe täglich, und es klingt ehrliche Bewunderung für unsere Stadtsanierung heraus. Wohl keiner ahnt, daß sein Kompliment bei mir nicht die gewünschte Freude auslöst. Aber schließlich habe ich durch siebenjährige Erfahrung gelernt, daß Stadtsanierung etwas völlig anderes ist, als nur den Marktplatz herausputzen.

Im Alltagsgebrauch wird das Wort »Stadtsanierung« meist mit Altstadtsanierung gleichgesetzt. Auch ich werde mich in meinen Ausführungen vorrangig auf unsere Erfahrungen bei der Sanierung unserer historischen Altstadt konzentrieren. Lassen Sie mich dennoch einführend betonen, daß Stadtsanierung in Ostdeutschland derzeit alle Bereiche städtischen Lebens betrifft. Sie beschränkt sich also mitnichten auf die Altstadt, sondern umfaßt die einzelnen Stadtteile, Gewerbe- und Industriebrachen sowie die Infrastruktur.

In meiner Stadt Wismar, und das ist in vielen ostdeutschen Städten ähnlich, wohnen sieben von acht Einwohnern nicht in der Altstadt, sondern zum großen Teil in Neubaugebieten aus DDR-Zeiten. Wir stehen vor zwei mehr oder weniger gleichrangigen Aufgaben:

Es gilt, die Lebensqualität in den Stadtteilen zu verbessern. So haben wir beispielsweise seit 1990 zwölf Millionen DM in die Wohnumfeldverbesserung in unserem größten Neubaugebiet Friedenshof gesteckt. Hinzu kommen weitere Millionen für die Sanierung der Wohnungen und der Straßen.

Ein weiteres Problem der Stadtsanierung will ich ebenfalls nur andeuten: In vielen ostdeutschen Städten hat die russische Armee innerstädtische Konversionsflächen hinterlassen – und dies nicht in dem Zustand, wie die Engländer oder Amerikaner ihre Liegenschaften verlassen haben. Wir haben in diesem Jahr einen 20 ha großen ehemaligen GUS-Schieß- und Truppenübungsplatz für die Ansiedlung eines Industriebetriebes saniert, und so kann ich für dieses Problem überhaupt noch nicht über-

<sup>1</sup> Für den Druck überarbeiteter Vortrag, gehalten auf der Internationalen Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt zum Thema »Zwischenbilanz. Zum Stand der Altstadterneuerung in den neuen Bundesländern« vom 7.–10.5. in Freyburg/Unstrut.

schaubare Dimensionen voraussagen. Denn die gesamte GUS-Fläche von 300 ha ist viermal so groß wie die Altstadt. 200 ha davon liegen zwischen zwei Stadtteilen.

Parallel zu all diesen gesamtstädtischen Aufgaben heißt es, die Innenstadt zu revitalisieren und zum wirklichen multifunktionalen Stadtzentrum zu entwickeln.

### 2. Altstadtsanierung und Immobilienmarkt

Ich möchte mich im folgenden auf die Problematik der Altstadt konzentrieren und dabei noch weiter einschränken: nämlich auf die Sanierung der Bausubstanz und der Erschließung.

Derzeit erscheint mir und meinen Mitarbeitern die Entwicklung der Altstadt wie ein Wettlauf mit der Zeit, von dem wir nicht wissen, ob wir ihn gewinnen können. Bevor ich über die Jahre seit dem Start zur Altstadtsanierung und über ihr Ziel berichte und versuche, die Erfahrungen und Ergebnisse aufzuzeigen, möchte ich mit wenigen Sätzen die Ausgangssituation beschreiben.

Der Niedergang der DDR war nirgendwo deutlicher ablesbar als an den ostdeutschen Altstädten. Wer immer konnte, hatte seinen Wohnsitz in Neubaugebiete mit Zentralheizung und Warmwasser verlegt. Geblieben waren »unverbesserliche« Eigentümer, die dem Druck des Eigentümergeverlichtes standhielten; es blieben alte Menschen oder vom Staat Eingewiesene, wie junge Familien oder Kinderreiche. Nicht ohne Grund waren die Altstädte ein Thema der Protestaktionen, war ihre Rettung ein Ziel des Jahres 1989.

Die Mangelwirtschaft der DDR hat zwar Altstadtmodernisierungen in Größenordnungen, wie sie in den westdeutschen Städten erfolgten, nicht ermöglicht. Dennoch glaube ich nicht, daß der Satz »Armut ist der beste Denkmalspfleger« ernst genommen werden sollte. Manche Altstädte könnten noch stehen, zum Beispiel Greifswald.

Es ist auch heute nicht abzusehen, ob für alle vernachlässigten Gebäude Rettung bevorsteht, oder ob es für manche nicht schon zu spät ist. Als 1990 die neuen politischen Eliten an die Macht kamen, waren die Ziele klar: »Rettung der Altstädte, Eigentumsbildung für die Bevölkerung, westdeutsche Städte als Vorbilder.« Die Chancen schienen nicht schlecht zu stehen, zumal sich die ostdeutschen Altstädte trotz ihrer Erbärmlichkeit eines erhalten hatten: ihre Zentrumsfunktion.

Der Start war furios. In kürzester Frist wurden die Sanierungsvoraussetzungen von Flächennutzungsplan über Rahmenplan-Altstadt bis hin zu Erhaltungs- und Gestaltungssatzungen geschaffen. 1991 waren dann mit den Städtebauprogrammen und der Investitionspauschale auch die finanziellen Voraussetzungen für uns Städte gegeben. Wir wollten ein Sprint hinlegen. Schnell, ästhetisch, das Ziel in der Nähe. Darum wurden unsere Altstädte fast alle zu förmlichen Sanierungsgebieten erklärt. In Wismar beispielsweise 76 ha mit 1.500 Vorderhäusern, davon 400 Denkmale.

Als erste große Hürde für private Bauherren ebenso wie für die öffentliche Hand er-



Abb. 1: Wismar, Königsspeicher an der Grube vor der Sanierung.

wiesen sich die ungeklärten Eigentumsverhältnisse. So waren die Kommunen über das Vermögensgesetz gehindert, sanierungsbedürftige Häuser unkompliziert zu veräußern und so einer Sanierung zuzuführen. Als weiteres Problem stellten sich die Sanierungsträger heraus. Durch die Städtebaurichtlinien wurden uns Städten sogenannte »erfahrene« private Sanierungsträger als Treuhänder der Sanierung quasi aufgezwungen. Damit bin ich – und ich weiß mich da mit vielen meiner Kollegen einig – nicht einverstanden. Viele von uns haben sich bis heute nicht damit abgefunden, daß Sondervermögen und Städtebaufördermittel durch ungeliebte Sanierungsträger verwaltet werden. Keine glückliche Voraussetzung für die Zusammenarbeit.

Um das Sanierungsziel zu erreichen, wurden in den Städten unterschiedliche Wege beschritten. Viele Städte zogen ihre sanierungsbedürftigen Häuser frei und betrieben erheblichen Aufwand zur Sicherung. In Wismar entschieden wir uns für den Weg, die Einwohner bis zum Beginn der Sanierung möglichst in den Altstadthäusern zu belassen. Die Sanierung begann im Jahr 1992 überall gleichzeitig. So schrieb ich denn auch zufrieden in meine Stadtentwicklungskonzeption: »Altstadt: keine besondere Aufmerksamkeit, entwickelt sich sehr gut«. – Wie ich mich getäuscht hatte:

Mit der Eröffnung der peripheren Einkaufszentren gerieten die Innenstädte unter massiven wirtschaftlichen Druck und drohten, ihre jahrhundertealte Zentrumsfunk-



Abb. 2: Wismar, Königsspeicher an der Grube nach der Sanierung.

tion zu verlieren. Mit der Vervielfachung der Autos kollabierte der innerstädtische Verkehr. Seitdem war das Thema Verkehr das Reizthema der Altstadtbewohner und Altstadtwirtschaft. Mit City-Bus, zentrumsnahen Parkplätzen und ganz bewußt ohne Anwohnerparkplätze haben wir die Situation entschärft.

Immer deutlicher wurde auch klar, daß die Gebäudesanierung im wahrsten Sinne des Wortes nur die Spitze vom Eisberg ist, daß die Erneuerung der Erschließungsanlagen Grundvoraussetzung der Sanierung sein muß. Die Kanalisation in Wismar hatte gerade 120. Geburtstag und galt, so lange ich denken kann, als rüstig. Ausgerechnet in meiner Amtszeit erwies sie sich als altersschwach und dringend erneuerungsbedürftig. So schaden wiederum nun die Aufgrabungen dem geschwächten innerstädtischen Einzelhandel und der Wirtschaft. – Aus dem Sprint war buchstäblich ein Langlauf mit Hürden und Gräben geworden.

Noch einmal zurück zum Grundstücksproblem. Zwischen 1991 und 1995 boomte der private Grundstücksverkehr. Gerade in 1A-Zonen langten Immobilienfirmen hin, indem sie zurückübertragene Häuser gleich straßenweise ankauften. Durch die Sonderabschreibungsregelungen, KfW-Kredite und Städtebaufördermittel war bis 1997 selbst für professionelle Immobilienfirmen die Sanierung eigentlich unrentierlicher repräsentativer Bauten lukrativ.

Folge dieses unregulierten Immobilienmarktes sind Konzentration der interessanten Objekte auf wenige Eigentümer, hohe Mieten mit den bekannten Negativeffekten für den innerstädtischen Einzelhandel. Hier behaupten sich ebenfalls Ketten- und Billiganbieter. Gute Sortimente als echtes Gegengewicht zur »Grünen Wiese« fehlen. Dabei müssen wir einem unserer zwei Immobilienhaie in Wismar auch noch dankbar sein, weil er alle Häuser saniert und die Auflagen erfüllt hat. Ein zweiter hingegen hat aufgekauft, weiter veräußert und zum Teil finanziell belastet und unsaniert liegen gelassen.

Wir stehen heute an einem Scheidepunkt, an dem die unterschiedlichsten Gebäudetypen offenbar unterschiedliche Schicksale erwarten.

Typisch für unsere nordischen Städte sind die Kaufmannshäuser als Generationenhäuser. Ihr aufwendiges Ambiente ist heute allenfalls für Liebhaber oder Freiberufler nutzbar. Gaststätten gibt es in solchen Häusern bereits genug, mehr als 120 in Wismar. Oder die zahlreichen Speicher in der Innenstadt. Wofür sind diese mit ihren niedrigen Deckenhöhen, zum Teil ohne richtiges Treppenhaus und einer Gebäudetiefe von 20 m, nutzbar? Auf meiner Liste mit Problemgebäuden in der Altstadt stehen sechs riesige Innenstadtspeicher und 14 prächtige Bürgerhäuser. Werden wir sie retten können? Und wenn, wann und wofür? Der Versuch einer Sicherung ist mehr als überfällig und duldet keinen Aufschub mehr.

Besser geht es den 800 kleinen und mittleren Häusern. Diese werden teilweise seit Generationen, den 80er Jahren und jetzt wieder neuentdeckt und können ihren Weg als selbstgenutztes innerstädtisches Ein- und Mehrfamilienhaus gehen, wenngleich auch ihre Veräußerung aus städtischem Besitz und die Sanierung wegen fehlender Nachfrage immer komplizierter werden.

Da sind auch noch die riesigen Stadtkirchen, die ohne öffentliche Hilfe dem Verfall preisgegeben sind. Sie sind im eigentlichen Sinne Stadträume, die angesichts der sinkenden Zahl kirchlich gebundener Einwohner auf Nutzung warten.

Wir alle, die wir mit Altstadtsanierung zu tun haben, sind uns klar darüber, daß aus unserem als Sprint begonnenen Lauf ein Marathon wird, der längst die geordneten Bahnen des Stadions verlassen hat und durch unwegsames Gelände führt. Aber auch ein Marathon hat ein Ziel, und mit guter Kondition und der richtigen Taktik stehen die Erfolgchancen nicht schlecht. Was ist nun unsere Taktik, von der man uns manchmal nachsagt, daß sie uns von anderen Städten unterscheidet?

1. Denkmalpflege hat einen hohen Stellenwert in der Stadt, wird gleichberechtigt bei allen Themen zur Innenstadtentwicklung einbezogen und ist dennoch um Nutzbarkeit und Wirtschaftlichkeit für die Bauherren bemüht. Denkmalpflege ist mit vielen Bereichen der Verwaltung verzahnt.
2. Die Denkmalpflege – und das hat sich bewährt – ist in Wismar der Verwaltungsspitze direkt unterstellt. Ich stehe gleichzeitig hinter und vor meinem Denkmalpfleger, gelegentlich auch über ihm. Aber Stadtplaner, Denkmalpfleger und ich zie-

len in der Regel alle in die gleiche Richtung und wissen uns dabei noch mit Kollegen der anderen Ressorts gleichgesinnt.

Glauben Sie aber nun nicht, daß immer Friede, Freude, Gemeinsamkeit bei uns herrscht. Im Gegenteil. In vielen Fällen wird hart gestritten, in manchen Fragen vertreten wir unterschiedliche Auffassungen. So haben z. B. die Stadtplaner eine andere Auffassung zum Parken innerhalb der Quartiere als Denkmalpflege und ich. Es ist meine große Sorge, daß die jahrhundertealte Struktur der Innenhofbegrünung jetzt dem ruhenden Verkehr geopfert wird.

Eines wird immer deutlicher: Ohne Städtebauförderung ist eine kontinuierliche Sanierung unserer ostdeutschen Städte nicht denkbar!

Erst in ca. zehn Jahren wird ein Stand erreicht sein, der zum Substanzerhalt »nur« die normale Wartung einer Routine-Instandhaltung und nicht Grundsanierung beinhaltet. Bis dahin werden aber auch die DDR-Innenstadtbauten überholungsreif, denn gegenwärtig vernachlässigen wir diese Bauten in den Innenstädten fast vollständig – und dies nun auch schon wieder über acht Jahre.

### 3. Fördermittel

Mit der jetzigen Vorgehensweise werden wir die Zeit nicht überlisten, Verfall nicht verhindern können. Die Gesamtzahl der sanierten Innenstadtbauten in Wismar hat längst die Zahl 600 überschritten. »Halbzeit« oder »Bergfest« ist aber noch immer nicht in Sicht. Meines Erachtens ist daher der Einsatz der Städtebauförderungsmittel noch effektiver zu gestalten.

So ist mir aufgefallen, daß die Anzahl der Dach- und Fassadensanierungen überproportional vertreten sind im Vergleich zu den Gesamtmaßnahmen. In Wismar wurden 108 private Maßnahmen über Städtebaufördermittel unterstützt, jedoch nur 36 davon als Gesamtmaßnahme. Dem stehen 72 private Dach- und Fassadensanierungen gegenüber. Dabei sollte es doch eher umgekehrt sein.

Schwierige Gesamtsanierungsmaßnahmen müssen daher der Schwerpunkt für Städtebauförderung sein, denn diese sind oftmals ohne finanzielle Hilfe nicht zu realisieren, werden also gar nicht erst angepackt. Fassadensanierungen sind für die Optik zwar wichtig, sollten aber in der Förderung gegenüber Dach, Fenster, Sanitär und Heizung zurückstehen. Sie könnten bei der Gesamtsanierung zur Herstellung der Wohnbarkeit der Häuser gegenüber anderen Bauschäden nachrangig saniert werden. Problematisch ist in diesem Zusammenhang, daß viele Eigentümer keine Finanzierung für ihr zu sanierendes Haus zustande kriegen, weil die Besicherung im Grundbuch wegen des schlechten Zustandes nicht die notwendige Kredithöhe für die Sanierungsaufwendungen erreicht.

Dazu ein Beispiel: Die Sanierung eines Hauses kostet 2,3 Millionen DM. Die Beleihbarkeit wird aber nicht auf den zukünftigen Endwert, ähnlich wie beim Eigen-

heim, sondern auf den Restwert festgelegt, z. B. 500 000 DM. Der Bauherr bekommt 30% Städtebauförderung, also 600 000 DM. Woher nimmt er die fehlenden 900 000 DM, die ihm keiner finanziert? Bauzeit ein Jahr, ohne Einnahmen aus der Immobilie, aber bei Kapitaldienst.

Hinzu kommt ein weiteres Problem. Die Zuschüsse werden erst nach Prüfung der Rechnungen durch die Landesförderinstitute ausgereicht, müssen also auch noch durch den Bauherrn vorfinanziert werden. Warum kann man Städtebauförderung nicht in die Alleinverfügbarkeit der Städte geben? Dort sind sie am besten aufgehoben und am einfachsten einsetzbar. Sanierungsträger kosten nur zusätzlich Geld.

Eine weitere Erfahrung ist: Sanierung mit Städtebaufördermitteln kostet zuviel Zeit. Man stelle sich vor: Mittel werden bereitgestellt, bewirtschaftet und kontrolliert von Kommunen, Treuhändern, Land, Landesbauförderinstitut. Das ist für mich wahrlich kein Beispiel von Verwaltungsvereinfachung.

Was erwarte ich von Städtebaufinanzierung? Vorfinanzierung zu günstigen Zinsen, lieber als Darlehen denn als verlorenen Zuschuß, lieber auch in hohen Anteilen und Gesamtfinanzierungen, als jetzt die Darlehensausreichung ausweist. Nur so können auch Einwohner in den Altstädten ihre Häuser sanieren. Auch könnte ich mir Städtebauförderung als Bürgschaft für die Beileihung bis zur Gesamtkostenhöhe vorstellen.

Wichtig ist, daß auch etwas mit den Häusern geschieht, auf die noch keine öffentliche oder private Sanierung und Nutzung wartet. So verfolgen wir alle mit großem Interesse den Versuch in Stralsund, Genossenschaftsmodelle auch für die Altstadt zu entwickeln. Wir werden dies ebenfalls versuchen. Der dritte Weg wäre, daß durch Kommunen nicht gleich zu verwertende Objekte selber saniert werden.

Ich möchte noch einmal mein Bild des Laufes bemühen: Es ist dringend notwendig, nochmals durchzustarten. Auch das ist aber noch nicht der Endspurt. Maximal einer von noch vielen erforderlichen Zwischenspurts. Nocheinmal will ich darauf hinweisen, daß unser Ideal das selbstgenutzte Wohn- und Geschäftshaus in der Innenstadt ist und bleibt. Nur dies bietet Gewähr für eine immerwährende Sanierung.

#### 4. Zukünftiges Wohnen in der Altstadt

Derzeit beobachten wir, daß die Altstadt zur Single-City wird. Es ist heute schon abzusehen, daß die teuren Wohnungen, die wir heute in die prächtigen Bürgerhäuser bauen und welche die alten, großzügigen Wohnflächen in kleine, abgeschlossene Wohnungen unterteilen, für Familiennutzungen zu klein werden. Zwar besteht derzeit Bedarf an kleinen Wohnungen, doch wird das immer so bleiben? Ich selbst bin davon überzeugt, daß das Wohnen in der Altstadt auch wieder attraktiv für Familien werden kann.

Die letzten Zahlen für die Wismarer Altstadt sind erfreulich. 6200 Menschen leben im Zentrum von Wismar. Der Exodus scheint gestoppt. Trotzdem beobachten wir viel

Leerstand. In die sanierten Häuser sind zusätzliche Wohnungen gebaut worden. Fast jedes Dachgeschoß ist ausgebaut. So ist die Anzahl der Bewohner zwar gleich, aber gerade große sanierte Wohnungen stehen leer.

Eine Vielzahl der Altstadteinwohner lebt in den kommunalen Nachkriegsbauten und Ersatzbauten aus DDR-Zeiten, während in den prächtigen Wohntagen der Bürgerhäuser Bewohner eher die Ausnahme sind. Hoffnungsvoll ist aber auch die Aussage der Statistik, daß sich die Anzahl der Bauanträge nicht verändert hat, sondern eher noch im Ansteigen begriffen ist.

Jeder Gang durch meine Stadt wird für mich zum Wechselbad der Gefühle. Natürlich bin ich stolz auf meine Stadt, auf das, was wir geschafft haben. Natürlich bin ich hoffnungsvoll, daß der eingeschrittene Weg richtig ist und zum Ziel führt. Aber zugleich erfüllt mich die bedrückende Sorge, wir könnten den Wettlauf mit dem Verfall verlieren. – Ich hoffe, wir haben genug Kondition.

## Autoren

HELMUT BÖHME (1936) ist Inhaber des Lehrstuhls für Neuere Geschichte an der Technischen Hochschule Darmstadt, deren Präsident er lange Jahre war. Verschiedene Forschungsprojekte und Veröffentlichungen zu sozialgeschichtlichen und wirtschaftspolitischen Aspekten vorwiegend des 19. und 20. Jahrhunderts. Seit 1980 als Honorarprofessor Vorlesungen und Seminare zur europäischen Stadtbaugeschichte im Fachbereich Architektur. Seit 1984 Mitherausgeber der Zeitschrift Die alte Stadt.

HARALD BODENSCHATZ (1946); Stadtsoziologe und Stadtplaner. Lehre an der RWTH Aachen und an der TU Berlin. Seit 1995 Professor für Planungs- und Architektursoziologie an der TU Berlin. Planerische Praxis in der Stadterneuerung. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Stadterneuerung, Stadtbaugeschichte und Architektursoziologie. Seit 1993 Mitglied der Redaktion der Zeitschrift Die alte Stadt.

AUGUST GEBESSLER (1929); Dr. phil., Honorarprofessor an der Universität Karlsruhe, ist seit 1995 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt. Ab 1943 Ausbildung im Flugzeugbau. Nach dem Krieg in München Studium der Kunstwissenschaft, der Klassischen Archäologie und der Geschichte. Ab 1958 im Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege. 1977–1994 Präsident des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg. Seit 1995 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt.

JÖRG LEIST (1935); Nach seiner Promotion 1962–1968 in der Landesverwaltung Baden-Württemberg tätig. Seit 1968 Oberbürgermeister der Stadt Wangen im Allgäu. – JOACHIM SCHEIBLE (1945); Studium der Architektur an der Universität Stuttgart; seit 1979 Freier Architekt und Sanierungsbeauftragter der Städte Wangen im Allgäu und Saulgau sowie seit 1987 der Stadt Ravensburg.

EUGEN SCHMID (1942), Bankkaufmann, Studium der Rechte in Tübingen und Kiel, Richter und Ministerialbeamter, Oberbürgermeister der Universitätsstadt Tübingen von 1975 bis 1999 und Vorsitzender des Städtetags Baden-Württemberg von 1995 bis 1999.

ROSEMARIE WILCKEN (1947); nach Studium der Humanmedizin Praktische Ärztin in Wismar 1973–1990. Wahl zur Bürgermeisterin der Hansestadt Wismar 1990 und Wiederwahl 1994. SPD-Mitglied seit 1989; politische Vorbilder: Helmut Schmidt, Uwe Ronneburger und Herbert Wehner. Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages, Mitglied des Verwaltungsrates des NDR Hamburg, Mitglied des Nationalkomitees HABITAT II.